

Universiteit Utrecht

Block 3 2016-2017

BA Duitse taal en cultuur

BA Eindwerkstuk Duits

Erstgutachter: Dr. Stefan Sudhoff

Zweitgutachter: Dr. Barbara Mariacher

Vor lauter Helvetismen die Standardsprache nicht mehr sehen!

**Eine korpuslinguistische Forschung zum Gebrauch von Helvetismen im
*Tagesanzeiger***

vorgelegt von:

Niels Haasnoot

4280350

Secretaris Varkevisserstraat 274

NL-2225 LL Katwijk aan Zee

+31 (0)71 4075101

c.haasnoot@students.uu.nl

Abgabedatum: 21.04.2017

Wörterzahl: 8.083

Soli Deo gloria

Vorwort

Vor Ihnen liegt die Bachelorarbeit über den Gebrauch von Helvetismen im *Tagesanzeiger*. Diese Arbeit ist im Rahmen meines Bachelorstudienabschlusses *Duitse taal en cultuur* an der Universiteit Utrecht geschrieben worden. Im Zeitraum zwischen Januar 2017 und April 2017 habe ich mich mit dieser korpuslinguistischen Forschung beschäftigt.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen bedanken, die mir während der Anfertigung von der Arbeit geholfen haben. Zuerst gilt mein besonderer Dank Herrn Dr. Stefan Sudhoff, bei dem ich mich für die angenehme Betreuung während des Schreibens bedanken möchte. Für die sehr hilfreichen Tipps und Hinweise und die strukturierte Vorgehensweise bei der Betreuung möchte ich mich herzlich bedanken.

Darüber hinaus gebührt mein Dank Frau Dr. Barbara Mariacher, die meine Bachelorarbeit als Zweitgutachter beurteilt hat. Für das hilfreiche Feedback und die angenehme Betreuung bin ich ihr dankbar. Ebenfalls danke ich Frau Lisa Mensing für das Korrekturlesen meiner Arbeit. Mit ihrer Unterstützung hat sich das sprachliche Niveau der Arbeit verbessert.

Abschließend möchte ich mich bei jedem bedanken, der mich während des Schreibens geistig unterstützt hat: Gegenüber den Eltern, Kommilitonen, Dozenten und Freunden zeige ich mich dankbar. Im Zusammenhang mit dem Kurs *Methoden van Onderzoek naar Interculturele Communicatie* und der Vorbereitung auf das Auslandssemester an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster ist es ein sehr anspruchsvoller Block für mich gewesen!

Niels Haasnoot

Katwijk aan Zee, den 21. April 2017

Zusammenfassung

Diese Bachelorarbeit befasst sich mit dem Gebrauch von Helvetismen im *Tagesanzeiger* des 21. Januar 2017. Helvetismen sind sprachliche Besonderheiten der schweizerischen Standardvarietät, deren Gebrauch vom Textthema und der Textsorte abhängig sein könnte. Vor diesem Hintergrund versucht diese Arbeit eine Antwort auf die Frage zu geben, inwiefern der Gebrauch von Helvetismen im *Tagesanzeiger* von der Textsorte und dem Textthema abhängig ist. Mithilfe des korpuslinguistischen Ansatzes ist gezeigt worden, dass der Gebrauch von Helvetismen tatsächlich vom Textthema abhängt: In Zeitungsartikeln mit einem schweizerischen Kontext sind deutlich mehr Helvetismen vorhanden als in nicht-schweizerischen Texten. In Bezug auf die Textsorte hat die Arbeit nachgewiesen, dass sich auf der Ebene der Textsorte keine Unterschiede feststellen lassen.

Inhalt

Vorwort.....	1
Zusammenfassung	2
Abkürzungsverzeichnis	4
1. Einleitung	5
2. Theoretischer Rahmen.....	7
2.1 Begriffserklärung.....	7
2.1.1 Standardsprache vs. Standardvarietät vs. Mundart.....	7
2.1.2 Deutsch als plurizentrische Sprache	9
2.2 Das Deutsche in der Schweiz	9
2.2.1 Die Sprachsituation in der Schweiz: Schweizer(hoch)deutsch	9
2.2.2 (Der Gebrauch von) Helvetismen.....	11
2.3 Textsorten in der Presse.....	15
2.3.1 Meldung.....	16
2.3.2 Bericht.....	16
2.3.3 Reportage.....	17
2.3.4 Interview	17
2.3.5 Kommentar	17
2.4 <i>Tagesanzeiger</i> in der Übersicht	18
3. Fragestellung und Hypothesen	19
3.1 Forschungsfrage	19
3.2 Hypothesen	20
4 Methodik.....	21
4.1 Korpuslinguistik	21
4.2 Korpus	22
4.3 Analyseverfahren.....	22
5. Analyse.....	24
5.1 Verteilung Texte.....	24
5.2 Verteilung Wörteranzahl	25
5.3 Helvetismenhäufigkeit im Allgemeinen.....	26
5.4 Helvetismenhäufigkeit je Textsorte.....	27
5.5 Helvetismenhäufigkeit je Textthema.....	28
6. Diskussion	31
7. Fazit	35
8. Bibliographie	37
Anhang	40

Abkürzungsverzeichnis

In der vorliegenden Arbeit werden - aus Platzgründen und aus Gründen der Lesbarkeit - an manchen Stellen Abkürzungen eingeführt. Nachstehend werden die Bedeutungen der Abkürzungen angegeben.

Fließtext

TA = Tagesanzeiger

VWB = Variantenwörterbuch des Deutschen

shd. = Schweizerhochdeutsch

bhd. = Bundeshochdeutsch

svw. = so viel wie

Ergebnisse im Anhang

I = Informationsbetonte Textsorte

M = Meinungsbetonte Textsorte

A = Artikel in nicht-schweizerischem Kontext

S = Artikel in schweizerischem Kontext

D = Duden Schweizerhochdeutsch

V¹ = Variantenwörterbuch des Deutschen

E = Einleitung

T = Titel des Zeitungsartikels

¹ Das Variantenwörterbuch des Deutschen wird in der Arbeit nicht konsequent mit VWB oder V abgekürzt. Im Fließtext wird die Abkürzung VWB verwendet, während aus Platzgründen im Anhang (*Anhang A*) die Abkürzung V verwendet wird.

1. Einleitung

Eine deutsche Familie ist in den Urlaub in die Schweiz gefahren. Heute kommen sie bei einer Züricher Buchhandlung vorbei. *Mann mit falsch parkiertem Autocar von der Polizei im Kanton Graubünden gebüsst* lautet der Titel eines Artikels in einer schweizerischen Tageszeitung. „Mami, die Leute hier sprechen gar nicht so gut Deutsch, guck da mal!“ sagt die zwölfjährige Tochter des Ehepaars. Die Eltern schauen sich die Zeitung an und es bleibt still. Zwar verstehen sie die Bedeutung des Titels, aber auch sie runzeln die Augenbrauen. Bevor sie ihrer Tochter antworten können, sieht sie in der Ferne einen Süßwarenladen.

Diese Geschichte schildert eine realistische Situation von einer deutschen Familie in der Deutschschweiz. Das Bundeshochdeutsche unterscheidet sich im lexikalischen Bereich teilweise vom Schweizerhochdeutschen (vgl. Bickel, 2001 : 21f.). Wenn die ungefähre gleiche Bedeutung des Titels in einer deutschen Tageszeitung gestanden hätte, dann hätten die deutschen Kollegen der Zeitung sowohl auf die Verben *parkieren* und *büssen* als auch auf die Substantive *Autocar* und *Kanton* verzichtet, weil diese Lexeme nur im Schweizerhochdeutschen üblich sind.

Diese sogenannten Helvetismen prägen das Hochdeutsche in der Schweiz. Auch in der schriftlichen Presse wird von den schweizerischen Autoren nicht auf den Gebrauch von Helvetismen verzichtet. Der deutsche Sprachwissenschaftler Ammon (1995) schreibt, dass lexikalische Varianten wie Helvetismen nicht überall vorkommen dürfen, weil Helvetismen in einem Text unerwünscht sein können, besonders wenn sie sich in einem nicht-schweizerischen Kontext abspielen (vgl. Ammon, 1995 : 473). Ekman (2007) weist ebenfalls auf den unterschiedlichen Gebrauch von lexikalischen Varianten in unterschiedlichen Themenbereichen hin. Sie kommt zu dem Schluss, dass Austriazismen in der österreichischen schriftlichen Presse meistens in kulturellen und politischen Themenbereichen vorkommen (vgl. Ekman, 2007 : 22).

Dass die Verwendung von Helvetismen nicht nur vom Textthema abhängen könnte, sondern auch von der Textsorte, schreibt Skog-Södersved (2007). Ihre Untersuchung nach Phraseologismen in unterschiedlichen Textsorten zeigt, dass die Stilmittel vor

allem in meinungsbetonten Textsorten verwendet werden, weil diese Textsorten den Leseanreiz erhöhen möchten (vgl. Skog-Södersved, 2007 : 273). Sedlářová (2011) erwähnt, dass Helvetismen auch Stilmittel seien (vgl. Sedlářová, 2011 : 23), die zum Leseanreiz beitragen könnten.

Das Thema der vorliegenden Bachelorarbeit ist die Untersuchung von lexikalischen Varianten in der schriftlichen Presse. Genauer gesagt wird in dieser Arbeit der Frage nachgegangen, inwiefern der Gebrauch von Helvetismen im *Tagesanzeiger* von der journalistischen Textsorte oder vom Textthema abhängt. Das Ziel der Arbeit ist, herauszufinden, ob Helvetismen in Zeitungsartikeln, die sich inhaltlich auf die Schweiz beziehen, häufiger vorkommen als in Artikeln mit einem nicht-schweizerischen Kontext. Das gilt ebenfalls für die Textsorten: Es wird geprüft ob meinungsbetonte Textsorten mehr Helvetismen als informationsbetonte Textsorten aufweisen.

Die wissenschaftliche Relevanz der Erforschung von Standardvarietäten ist aus linguistischer Sicht hoch. Es geht in dieser Arbeit nicht bloß darum, ein paar lexikalische und semantische Helvetismen im *Tagesanzeiger* zu finden. Vielmehr steht das Anliegen im Zentrum, die deutsche Standardsprache in ihrer Ganzheit dokumentieren zu können: Bei einer Beschränkung auf die bundeshochdeutschen Erscheinungsformen wäre das Bild von der deutschen Standardsprache äußerst unvollständig. Außerdem ist die vorliegende Arbeit von gesellschaftlicher Relevanz. Die Dokumentation von Helvetismen in der Presse bringt bei den Autoren ein Bewusstsein über die Variation der deutschen Standardsprache zustande, denn die deutsche Standardsprache ist keineswegs homogen und Standardvarietäten sind nicht schlechter oder weniger richtig als die Standardsprache.

Die vorliegende Arbeit beginnt mit den Definitionen der wichtigsten Begriffe im theoretischen Rahmen. Daraufgehend wird die Hauptfrage explizit dargestellt und die Hypothesen werden aufgestellt. Im vierten Kapitel steht der methodische Ansatz im Mittelpunkt, anhand dessen die Arbeit aufgebaut wird, denn in Kapitel fünf werden die Ergebnisse mithilfe von Tabellen vorgestellt. Anschließend findet eine Diskussion über die Ergebnisse statt. Bevor das Literaturverzeichnis und der Anhang die Bachelorarbeit beschließen, wird im Fazit eine Antwort auf die Hauptfrage gegeben und werden die Hypothesen entweder bestätigt oder zurückgewiesen.

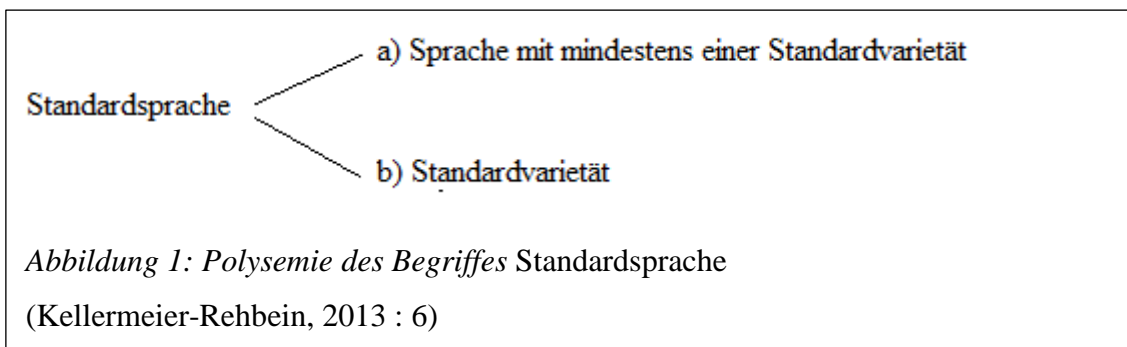
2. Theoretischer Rahmen

Dieses Kapitel widmet sich zuerst der Begriffserklärung: Was sind die Unterschiede zwischen Standarddeutsch und Dialekt? Danach wird das Deutsche als plurizentrische Sprache erläutert, wonach das Schweizer(hoch)deutsche in den Mittelpunkt rückt. Des Weiteren werden die journalistischen Textsorten auf einen Blick dargestellt und zum Schluss werden die wichtigsten Informationen über den *Tagesanzeiger* beschrieben.

2.1 Begriffserklärung

2.1.1 Standardsprache vs. Standardvarietät vs. Mundart

Die verschiedenen verwendeten Begriffe in der Dialektologie führen zu vielen Unklarheiten, denn es gibt unterschiedliche Bedeutungen dieser Termini. Ammon führt als Beispiel die Begriffe *Standardsprache* und *Standardvarietät* an, von denen es sehr schwierig zu behaupten sei, ob sie synonym seien (vgl. Ammon, 1986 : 1). Die Definition von *Standardsprache* in dieser Arbeit richtet sich nach der Umschreibung von Ammon: Der Begriff wird konsequent verwendet und eingeschränkt „auf die Bezeichnung einer gesamten Sprache, also einer Menge von Varietäten, die mindestens eine Standardvarietät enthält.“ (Ammon, 1986 : 19).



Da der Begriff der Standardsprache für die vorliegende Arbeit geklärt worden ist, taucht die Frage auf, was eigentlich eine *Standardvarietät* ist. Die Bedeutung dieses Begriffs ist ebenfalls in der Literatur mehrfach untersucht worden. Standardvarietäten sind keine eigenen Sprachen, sondern eine Form einer Standardsprache, die sich von anderen nationalen Varietäten der Standardsprache abgrenzt (vgl. Wicki, 2012 : 39): Besonders im Wortschatz und in der Aussprache sind große Unterschiede zu bemerken, während im Bereich der Grammatik eine Standardvarietät nicht sehr stark von der Standardsprache abweicht (vgl. Ammon et al., 2004 : XXXII). Allerdings betont das

Variantenwörterbuch des Deutschen (VWB), dass Standardvarietäten kein fehlerhaftes Deutsch im Vergleich zu der Standardsprache sind, sondern gleichberechtigt aufgefasst werden müssen (vgl. Ammon et al., 2004 : 32). Gemäß Kellermeier-Rehbein wird der Begriff definiert als

„die in öffentlichen und formellen Kommunikationssituationen zu verwendende Varietät einer offiziellen staatlichen Amtssprache. Durch ihre amtliche Institutionalisierung ist ihr Gebrauch für die interne und externe Kommunikation von Ämtern und Behörden untereinander sowie mit den Bürgern obligatorisch. Dies setzt voraus, dass die Standardvarietät Unterrichtsgegenstand und -sprache in der Schule ist, damit jeder Staatsangehörige an Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit teilhaben kann.“

(Kellermeier-Rehbein, 2013 : 5).

Ebenfalls ist zu erwähnen, dass eine Standardvarietät nationalen Normen unterliege (vgl. Bickel & Landolt, 2012b : 3). Eine Norm sei eine

„(rechtlich) anerkannte, allgemeingültige und meist schriftlich fixierte Regel zur Handhabung eines Sachverhaltes. Aus linguistischer Perspektive entspricht die Norm der Menge aller sprachlichen Einheiten und Regeln, die schriftlich im Kodex (Wörterbücher und Grammatiken) einer Sprache oder Varietät festgelegt sind.“

(Kellermeier-Rehbein, 2013 : 5).

Gegenüber der Standardsprache und der Standardvarietät auf der einen Seite, denen Normen unterliegen, stehen die Mundarten. Die Autorin erwähnt, dass eine Standardsprache Mundarten überdachen kann (vgl. Kellermeier-Rehbein, 2013 : 5). Laut Barbour und Stevenson (1998) bezeichne eine *Mundart* „die typische Sprachform eines kleinen Gebietes, [...] während mit ‚Dialekt‘ eine Gruppe von Mundarten gemeint sein kann[.]“ (Barbour & Stevenson, 1998 : 60). Allerdings werden die beiden Begriffe regelmäßig in gewissen Situationen getauscht und demzufolge als Synonyme verwendet (vgl. Barbour & Stevenson, 1998 : 60). Laut Ammon (1986) wird ein Dialekt oft als eine nicht-standardisierte Varietät verstanden, die ebenfalls regional begrenzt ist - im Gegensatz zu einer Standardvarietät (vgl. Ammon, 1986 : 23).

2.1.2 Deutsch als plurizentrische Sprache

Eine Standardsprache, in dieser Arbeit das Deutsche, besteht also aus mehreren Standardvarietäten, die wiederum aus Mundarten bestehen können. Demzufolge kann das Deutsche als plurizentrische Sprache bezeichnet werden. Die Plurizentrik des Deutschen ist die Grundlage für die Entwicklung des VWB gewesen. Das VWB definiert die Plurizentrik der deutschen Sprache wie folgt:

„Von einer plurizentrischen Sprache spricht man dann, wenn diese in mehr als einem Land als nationale oder regionale Amtssprache in Gebrauch ist und wenn sich dadurch standardsprachliche Unterschiede herausgebildet haben. [...] Die deutsche Sprache wird zwar in einer ganzen Reihe von Ländern und kleineren oder größeren Teilen der Bevölkerung gesprochen, Amtssprache ist sie aber nur in [...] Deutschland, Österreich, Liechtenstein [...], [der] Schweiz [...], Luxemburg [...], Ostbelgien [...] und Südtirol in Norditalien[.]“

(Ammon et al., 2004 : 31)

Ammon betont zuletzt, dass die Standardvarietäten bislang noch nicht häufig genug untersucht worden sind: Die Wörterbücher der unterschiedlichen Varietäten sind noch nicht vollständig, anhand seines VWB versucht er diese Lücken zu schließen (vgl. Ammon et al., 2004 : 32).

2.2 Das Deutsche in der Schweiz

2.2.1 Die Sprachsituation in der Schweiz: Schweizer(hoch)deutsch

Ein wichtiges Beispiel für eine Standardvarietät der deutschen Standardsprache ist das Schweizerhochdeutsche. Die Schweiz hat - im Vergleich zu den anderen Vollzentren² der deutschen Sprache – mehrere Amtssprachen: Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch, die in vier geographisch abgegrenzten Räumen der Schweiz gesprochen werden (vgl. Ammon et al., 2004 : 38). Im vierten Artikel der eidgenössischen Bundesverfassung werden die vier Sprachen als *Landessprachen* betitelt (vgl. Werlen, 2004 : 2). Das Deutsche wird von den meisten Schweizern gesprochen, denn 63,2% der Staatsbürger sprechen Deutsch, während Französisch (19,2%), Italienisch (7,6%) und

² Laut Ammon et al. (2004) sind Deutschland, Österreich und die Schweiz die Vollzentren der deutschen Sprache. Von einem Vollzentrum spricht man, wenn die standardsprachlichen Besonderheiten der Standardvarietät in einigen Nachschlagewerken, beispielsweise Wörterbüchern, autorisiert sind. Beim Fehlen eigener Nachschlagewerke spricht man von nationalen Halbzentren einer plurizentrischen Sprache (vgl. Ammon et al., 2004 : 31).

Rätoromanisch (0,6%) hinter dem Deutschen zurückbleiben (vgl. Ammon et al., 2004 : 38). Zwar sprechen die meisten Einwohner Deutsch, aber wenn es um die Gesamtanzahl der Deutschsprecher in der Welt geht, bilden die Deutschschweizer nur einen kleinen Bruchteil dieser Sprecheranzahl (vgl. Ammon et al., 2004 : 38f.).

Die Standardvarietät in der Deutschschweiz wird meistens als *Schweizerhochdeutsch* wiedergegeben. Unter formalen Umständen - beispielsweise in der Schule, Kirche und Presse - wird Schweizerhochdeutsch gesprochen (vgl. Ammon et al., 2004 : 39). Bickel (2001) geht von drei Faktoren aus, die das Schweizerhochdeutsche als nationale Varietät bezeichnen: Zuerst hat die Standardsprache mithilfe des Radios und Fernsehens in der Schweiz im eigenen Land eine größere Verbreitung als im Ausland. Danach beschreibt der Autor, dass die schweizerischen Schulen „kantonalen Hoheit“ unterstehen: So werden die Lehrwerke von kantonalen Verlagen und schweizerischen Buchverlagen hergestellt, damit eine Tradition entstehe, die sich auch auf die Sprache auswirke. Zum Schluss habe die Schweiz einen eigenen Sprachdienst, der die schweizerischen, einheitlichen Sachspezifika in Gesetzen, Regelungen und Verfassungen überprüfe (vgl. Bickel, 2001 : 21). Jedoch ist nicht nur Bickel dieser Auffassung, sondern auch Ammon beschreibt im VWB, dass diese Faktoren Einfluss auf die Standardvarietät in der Schweiz nehmen: Vor allem die Verwaltung, das Recht, Institutionen, Verlage und Medien spielen dabei eine Rolle (vgl. Ammon et al., 2004 : 32).

Das Schweizerhochdeutsche sollte jedoch nicht mit dem Begriff *Schweizerdeutsch* verwechselt werden. Da das Schweizerhochdeutsche sich auf die Standardvarietät in der Schweiz bezieht, fokussiert der Sammelbegriff Schweizerdeutsch sich auf die Deutschschweizer Dialekte und Mundarten (vgl. Sieber, 2010 : 373). Die Schweizer verwenden die Mundart in fast allen alltäglichen, umgangssprachlichen Situationen: „Jeder Deutschschweizer spricht mit anderen Deutschschweizern Mundart - und die sprachliche Verständigung ist dabei gewährleistet.“ (Sieber, 2010 : 373).

Wenn man als Umgangssprache Mundart spricht und in formellen Situationen die schweizerische Standardvarietät, gäbe es im Alltag einen Austausch zwischen Mundart auf der einen Seite und Standardvarietät auf der anderen Seite. Dieser Austausch wird in der Literatur als *Diglossie* bezeichnet.

2.2.2 (Der Gebrauch von) Helvetismen

Das Schweizerhochdeutsche kennzeichnet sich durch eine (teilweise) von der Standardsprache abweichende Aussprache, Flexion, Schreibung, Wortbildung, Lexik und Pragmatik (vgl. Bickel, 2001 : 21). Diese sprachlichen schweizerischen Eigenheiten werden in der Literatur *Helvetismen* oder *Schweizerismen* genannt. In Bezug auf das Lexikon spielen die (lexikalischen und semantischen) Helvetismen eine große Rolle (vgl. Bickel, 2001 : 21f.). In der schriftlichen Sprache geben die Helvetismen Aufschluss darüber, dass die Standardvarietät in der Schweiz sich vom Bundeshochdeutschen oder dem österreichischen Hochdeutschen abgrenzt. Die für die Schweiz gebräuchlichen Lexeme können ein Gespräch zwischen Deutschen oder Österreichern enorm stören, weil sie zu Missverständnissen führen können (vgl. Wicki, 2012 : 42).

Helvetismen können in verschiedene Kategorien eingeteilt werden. Anja Ehram-Neff (2006) meint, dass Helvetismen sich auf verschiedene Arten und Weisen unterscheiden. Es gibt ihr zufolge sechs Arten von Helvetismen:

1 Wortschatz-Helvetismen

Wortschatz-Helvetismen werden auch als lexikalische Helvetismen bezeichnet. Ebenfalls wird in der Literatur von lexikalischen Varianten gesprochen. Diese Art von Helvetismen ist die Bekannteste: Es sind für die Schweiz charakteristische Varianten (vgl. Sieber, 2010 : 376). Beispiele von lexikalischen Helvetismen sind *Velo* (bhd. *Fahrrad*), *Trottoir* (bhd. *Gehweg*), *Tram* (bhd. *Straßenbahn*), *Entscheid* (bhd. *Entscheidung*), *parkieren* (bhd. *parken*), *Glace* (bhd. *Eis*), *Coiffeur* (bhd. *Friseur*) und *Vortritt* (bhd. *Vorfahrt*).

2 Grammatische Helvetismen

Im Bereich der Grammatik tauchen Helvetismen auf, die sich durch unterschiedliche Determiniererverwendung von der Standardsprache unterscheiden. Beispiele sind *das E-Mail* (bhd. *die E-Mail*), *das SMS* (bhd. *die SMS*), *der Radio* (bhd. *das Radio*) und die Besonderheit des Wortes *bereits*: Auf dieses Wort folgt ein finites Verb, statt eine Präpositionalphrase (vgl. Dürscheid & Sutter, 2014 : 39).

3 Orthographische Helvetismen

Die Eigenheiten des Schweizerhochdeutschen werden ebenfalls durch Orthographie von der Standardsprache abgegrenzt. In der schweizerischen Standardvarietät wird das Eszett (β) nicht verwendet und durch *ss* ersetzt. Ebenfalls erhalten einige Lehnwörter, unter anderem aus dem Französischen und dem Italienischen, ihre ursprüngliche Orthographie. Beispiele dafür sind *Portemonnaie* (bhd. *Portemonnee*) und *Sauce* (bhd. *Saße*) (vgl. Ehram-Neff, 2006 : 168).

4 Idiomatiche Helvetismen

Die Phraseologismen spielen in dieser Gruppe eine große Rolle. Eine feste Wortverbindung im Schweizerhochdeutschen kann von der Standardsprache abweichen. Beispiele für idiomatische Helvetismen sind etwa *keinen Zug haben* (bhd. *keine Kraft haben*) und *auf etwas/jemanden spinnen* (bhd. *verrückt sein nach etwas/jemandem*) (vgl. Ehram-Neff, 2006 : 168f.).

5 Semantische Helvetismen

Es gibt schweizerhochdeutsche Lexeme - Substantive, Adjektive und Verben - die sich in ihrer Bedeutung von der Standardsprache abgrenzen (vgl. Ehram-Neff, 2006 : 169). Beispiele für diese semantischen Helvetismen sind *Anlass* (shd. svw. *Veranstaltung*, während bhd. svw. *Bewegung, Anstoß*) und *Aktion* (shd. *Sonderangebot*, während bhd. svw. *Handlungsweise*).

6 Frequenzhelvetismen

Zwar sind Frequenzhelvetismen an sich gemeindeutsch, sie kommen allerdings in schweizerischen Texten besonders häufig vor (vgl. Ehram-Neff, 2006 : 169). Bei einer Forschung nach Frequenzhelvetismen taucht das Problem auf, welche Lexeme in der Schweiz tatsächlich häufiger als in Österreich oder Deutschland vorkommen. Beispiele für Frequenzhelvetismen sind *allfällig* und *eindrücklich*.

In der vorliegenden Arbeit spielen die lexikalischen Helvetismen sowie die semantischen Schweizerismen eine bedeutende Rolle.³

³ Im weiteren Verlauf der Arbeit beschränkt der Begriff *Helvetismus* sich auf lexikalische und semantische Helvetismen. Auf orthographische, grammatische und idiomatische Helvetismen wird in der Analyse keine Rücksicht genommen.

Obwohl die Kategorien den Eindruck erwecken könnten, dass es sehr viele Helvetismen im schweizerischen Standarddeutsch gibt, ist das Gegenteil der Fall. Die Helvetismen bilden nur einen kleinen Teil des deutschen Gesamtwortschatzes: Der Schweizerhochdeutsche Duden⁴ enthält mehr als dreitausend Helvetismen, während die Vollwörterbücher der deutschen Sprache mehr als hunderttausende Einträge umfasst. Dass Helvetismen nicht sehr häufig in Texten vorkommen, scheint plausibel. In den Jahren 1969 und 1970 hat Kaiser versucht, die Vorkommenshäufigkeiten von Helvetismen darzustellen. Die Studie zeigt, dass weniger als ein halbes Prozent der Wörter seines Korpus Helvetismen sind (vgl. Meyer, 2005 : 1193).

Dass Helvetismen Teil des Schweizerhochdeutschen sind, heißt allerdings nicht, dass die Helvetismen in jedem Kontext verwendet werden können. Der deutsche Sprachwissenschaftler Ammon (1995) beschreibt in seinem Werk *Die deutsche Sprache in Deutschland, Österreich und der Schweiz*, dass schweizerische Autoren manchmal von Verlagslektoren den Auftrag bekommen, Helvetismen oder landesspezifische Phraseologismen zu vermeiden. Stattdessen könnten sie die Varianten am besten durch bundeshochdeutsche Varianten und Ausdrücke ersetzen (vgl. Ammon, 1995 : 471). Seiner Meinung nach sind Helvetismen sehr unpassend in Texten, die sich nicht auf einen schweizerischen Kontext beziehen, denn lexikalische Varianten wie Helvetismen sind regional markiert (vgl. Ammon, 1995 : 473). Helvetismen dürften nur dann auftauchen, wenn die Texte zu einem schweizerischen Kontext gehören. Demgegenüber steht die deutsche Standardsprache, die „universell anwendbar“ sei (Ammon, 1995 : 473).

Auch die Schwedin Ekman (2007) untersucht im Werk *Wie sagt man in Österreich?* den Gebrauch von bestimmten Austriazismen in der österreichischen Presse. In *Dem Standard* und *Der Presse*, zwei überregionalen Tageszeitungen in Österreich, erforscht sie die Verwendung von einigen Austriazismen. Mithilfe vom Archiv der elektronischen Zeitungsausgabe sucht sie Belege für den Gebrauch von Austriazismen in den

⁴ Im weiteren Verlauf der Arbeit wird der Schweizerhochdeutsche Duden vom Begriff *Duden* ersetzt. Es handelt sich um das folgende Werk:

Bickel, Hans & Landolt, Christoph (2012a): *Schweizerhochdeutsch. Wörterbuch der Standardsprache in der deutschen Schweiz*. Mannheim/Zürich: Duden.

Dieser Begriff verweist in der Bachelorarbeit nicht auf das deutsche Vollwörterbuch des *Duden*. Wenn vom Vollwörterbuch des *Duden* die Rede ist, dann wird das explizit erwähnt.

Themenbereichen Politik, Investor, Panorama, Kultur, Wissenschaft und Sport. Sie kommt zu der Schlussfolgerung, dass Austriazismen in den Bereichen Politik und Wirtschaft am häufigsten vorkommen (vgl. Ekman, 2007 : 22f.). Allerdings gibt die Untersuchung von Ekman nicht vollständig Aufschluss darüber, wie häufig Austriazismen exakt in der österreichischen Presse je Themenbereich vorkommen, weil die elektronischen Archive nur bestimmte von ihr ausgewählte Austriazismen nachschlagen.

Ammon (1995) erwähnt weiterhin, dass nicht nur der Faktor Themenbereich eine Rolle bei der Verwendung von Helvetismen spielen kann, sondern auch der Faktor Textsorte auf die Verwendung von Helvetismen Einfluss nehmen könnte (vgl. Ammon, 1995 : 473). Auch Meyer (2005) ist dieser Meinung: „Helvetismen sind nur sehr ungleichmäßig über den Gesamtwortschatz verteilt.“ (Meyer, 2005 : 1193). Mit dieser Aussage will der Autor hervorheben, dass Helvetismen an bestimmte Textsorten gebunden sein können. Statistische Analysen zu Vorkommenshäufigkeiten von Helvetismen führt er nicht aus.

Die Textsortenabhängigkeit von stilistischen Mitteln erforscht Skog-Södersved (2007). Laut ihr werden Phraseologismen (Wortverbindungen) eingesetzt, um den „Leseanreiz“ zu erhöhen (Skog-Södersved, 2007 : 273). Sie hat festgestellt, dass Phraseologismen häufig in meinungsbetonten Textsorten vorkommen. Das habe mit der Intention der Textsorte zu tun, denn Autoren versuchen in meinungsbetonten Textsorten etwas Bewertendes zum Ausdruck zu bringen (vgl. Jungová, 2006 : 35).

Bei der stilistischen Realisierung von Texten spielen nicht nur Phraseologismen als Stilmittel eine Rolle (vgl. Sedlářová, 2011 : 24). Auch lexikalischen Stilmittel spielen dabei eine Rolle; Die Autorin unterscheidet zwischen unterschiedlichen Arten von lexikalischen Stilelementen (vgl. Sedlářová, 2011 : 22f.):

- 1) diachronisch: Neologismen und veraltete Lexeme;
- 2) diatopisch: Lexeme mit räumlicher und regionaler Begrenzung wie Dialektismen und nationale Varianten wie Helvetismen;
- 3) diastratisch: Sprache mit einem sozialen Aspekt, beispielsweise Jugendsprache, Sportlersprache. Es handelt sich um soziale Bereiche mit Sonderwortschatz;
- 4) diatechnisch: Fachsprachen;

- 5) diaintergrativ: Entlehnungen und Fremdwörter, die vielfältige stilistische Effekte herbeirufen;
- 6) diaevaluativ: In diesem Bereich handelt es sich um die Emotionalität und emotionale Bewertung.

Aus dieser Verteilung kann man schließen, dass nicht nur der Gebrauch von Phraseologismen, sondern auch die Helvetismenverwendung zu einer höheren Anziehungskraft in meinungsbetonten Textsorten führen kann. Damit wären die Vorkommenshäufigkeiten von Helvetismen in meinungsbetonten Textsorten höher als in informationsbetonten Textsorten.

2.3 Textsorten in der Presse

Für den Begriff *Textsorte* gibt es in der Literatur viele Bezeichnungen. Eine Auszählung von allen unterschiedlichen Textsorten von Dimter aus dem Jahre 1973 hat gezeigt, dass es mehr als 500 Textsorten gibt (vgl. Brinker et al., 2014 : 136). In der linguistischen Textanalyse versteht man unter einer Textsorte Gruppen von Texten, die sich durch sprachliche und kontextuelle Merkmale ähneln (vgl. Brinker et al., 2014 : 139). Es ist eine „Kombination von Merkmalen [...] aus Klassifikationsdimensionen, die nach den drei semiotischen Grundaspekten des Textes (Abbildung von Welt, kommunikative Funktion, Eigenstruktur) gruppiert sind[.]“ (Messina, 2015 : 140). Im Rahmen dieser Arbeit ist es nicht möglich, näher auf die Bestimmung von Textsorten einzugehen.

Journalistische Textsorten werden nach Burger (2005) in zwei Gruppen eingeteilt: informations- und meinungsbetonte Textsorten (*Abbildung 2*). In einem Zeitungsartikel handelt es sich um eine informative Textfunktion. Allerdings kann diese Textfunktion sprachlich sowohl sachbetont als auch meinungsbetont dargestellt werden (vgl. Brinker et al., 2014 : 108). Informationsbetonte Textsorten versuchen den Leser zu informieren und „ihr Hauptteil besteht also darin, dass der Leser einen betreffenden Sachverhalt zur Kenntnis nimmt.“ (Jungová, 2006 : 35). Bei meinungsbetonten Textsorten gehe es um einen Beitrag eines Autors, der etwas Bewertendes zum Ausdruck bringen wolle und der eine Meinung zu einem bestimmten Thema habe (vgl. Jungová, 2006 : 35). Auch will der Autor die Meinung des Rezipienten mithilfe von sprachlichen Mitteln beeinflussen (vgl. Heyne & Vollmer, 2016 : 37).

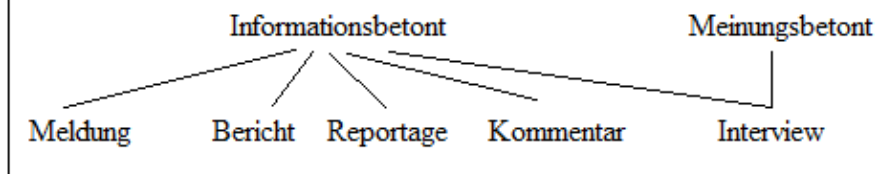


Abbildung 2: Informations- und meinungsbetonte Textsorten (Burger, 2005 : 213)

Weiterhin unterscheidet Burger fünf Arten von journalistischen Textsorten. Es muss erwähnt werden, dass es in der Literatur unterschiedliche Definitionen und Klassifikationen von journalistischen Textsorten gibt. In der vorliegenden Arbeit werden die journalistischen Textsorten von Burger miteinbezogen. Darüber hinaus betont der Autor selbst, dass Textsortenmischung auftreten kann (vgl. Burger, 2005 : 224). Die fünf Textsorten nach Burger werden kurz behandelt.

2.3.1 Meldung

Die Meldung sei die einfachste und kürzeste Textsorte in der Presse (vgl. Burger, 2005 : 213). In dieser Textsorte geht es hauptsächlich um drei Grundgedanken: Zuerst wird erwähnt, was sich ereignet hat, danach kommen die übrigen w-Fragen zur Sprache (wo, wann, wie, weshalb) und zum Schluss wird mitgeteilt, wer in diesem Kontext beteiligt ist (vgl. Burger, 2005 : 213). Eine Meldung wird nach der umgekehrten Pyramide dargestellt: Die wichtigsten Informationen stehen am Anfang, während die Details im weiteren Textverlauf beschrieben werden (vgl. Burger, 2005 : 214).

2.3.2 Bericht

Von informationsbetonten Textsorten ist der Bericht die wichtigste Textsorte (vgl. Burger, 2005 : 213). Die Elemente einer Meldung kommen ebenfalls im Bericht vor, aber der Bericht fügt - im Vergleich zu der Meldung - mehrere Informationen hinzu: Der Verlauf des Ereignisses sowie die Vorgeschichte und die Folgen des Ereignisses werden beschrieben (vgl. Burger, 2005 : 213). Darüber hinaus ist der Bericht deutlich länger als die Meldung. Der Bericht ist ebenfalls nach der umgekehrten Pyramide strukturiert (vgl. Burger, 2005. : 214).

2.3.3 Reportage

Das wichtigste Merkmal einer Reportage ist die Darstellung aus der Perspektive des Autors oder eines Augenzeugen (vgl. Burger, 2005 : 215). Personen, Objekte und Sachverhalte können in einer Reportage näher betrachtet werden und vom Autor bewertet werden. Diese Textsorte ist eine spezielle Form der Informationsvermittlung: „Der Leser fühlt sich durch die Gefühle des Rezipienten (des Reporters) angesprochen.“ (vgl. Jungová, 2006 : 55). Zudem beschreibt eine Reportage die Umgebung des Geschehens; das ist für die Reportage von großer Bedeutung, denn der szenische Einstieg wird am Anfang des Artikels bereits geschildert (vgl. Jungová, 2006 : 56f.). Zuerst wird die Szene dargestellt (*Vor-Ort-Ebene*), danach werden Redewiedergaben geschildert (*Personenebene*) und zum Schluss werden Hintergrundinformationen vom Autor gegeben (*Dokumentationsebene*) (vgl. Jungová, 2006 : 58).

2.3.4 Interview

Das Interview ist eine Textsorte, die dem Leser vertiefende Informationen vermittelt (vgl. Burger, 2005 : 222). Eine Person wird von dem Autor zu einem Thema befragt und personalisiert dargestellt (vgl. Burger, 2005 : 222). Ein Interview informiert über Meinungen eines Anderen und versucht Antworten auf bestimmte Probleme zu geben (vgl. Jungová, 2006 : 59). Diese journalistische Textsorte kann sowohl informationsbetont als auch meinungsbetont hergestellt werden:

„Bei dem Sachinterview geht es vor allem um die Vermittlung von Informationen, die gestellten Fragen werden auf berichtende Weise sachlich und neutral beantwortet mit dem Akzent auf Fakten, Zahlen und Daten. Es wird die Fachsprache verwendet. Das Meinungsinterview bietet dem Leser Argumente, Erklärungen und Hintergründe.“
(Jungová, 2006 : 60).

Wichtig zu erwähnen ist, dass das Interview redaktionell bearbeitet wird und dass der gesprochene Text angepasst ist: Die Sprache wird verschriftlicht (vgl. Jungová, 2006 : 60).

2.3.5 Kommentar

In einem Kommentar äußert der Autor sich explizit zu einem bestimmten Thema und sagt dem Leser damit seine persönliche Meinung – im Gegensatz zum Bericht. (vgl.

Burger, 2005 : 225). Die Problemstellung ist die Grundlage dieser journalistischen Textsorte; es könnte sich dabei um Personen, Handlungen und Ereignisse handeln (vgl. Jungová, 2006 : 64). Mithilfe von Argumenten versucht der Autor einen wertvollen Beitrag zu einem Thema zu liefern. Allerdings besteht der Kommentar nicht nur aus den Argumenten des Autors, sondern bietet auch eine Orientierung zum Sachverhalt und versucht anhand von Beweisgründen die gegnerischen Argumente zu widerlegen (vgl. Jungová, 2006 : 65). Kennzeichnend für einen Zeitungskommentar ist die Verwendung von Metaphern, Idiomen und bewertenden Begriffen (vgl. Jungová, 2006 : 230). Der Gebrauch von sprachlichen Besonderheiten dient der Erhöhung des Leseranreizes (vgl. Skog-Södersved, 2007 : 273).

2.4 Tagesanzeiger in der Übersicht

Die in der vorliegenden Arbeit analysierte Zeitung ist der *Tagesanzeiger*. Der *Tagesanzeiger* ist eine überregionale Zeitung mit Hauptsitz in Zürich. Die erste Ausgabe ist im Jahre 1893 erschienen. Im Jahre 2016 hat die Zeitung eine verbreitete Gesamtauflage von 157.323 (vgl. WEMF Auflagenbulletin 2016 : 25). Zusammen mit der *Neuen Zürcher Zeitung* (NZZ) ist der *Tagesanzeiger* eine der zwei überregionalen Qualitätszeitungen in der Schweiz (vgl. Schneider, 2003 : 102). Damit ist die Zeitung mit der NZZ die einflussreichste Zeitung des Landes. Wöchentlich liegen die folgenden Beilagen der Zeitung bei: *züritipp* (am Donnerstag), *Das Magazin* und *Alpha* (beide am Samstag).

3. Fragestellung und Hypothesen

Das nachstehende Kapitel enthält eine genauere Fragestellung in Anlehnung an die im vorhergehenden Kapitel beschriebene Theorie. Darüber hinaus werden einige Hypothesen aufgestellt, die am Ende der Arbeit überprüft werden.

3.1 Forschungsfrage

In der Einleitung ist bereits erwähnt worden, dass es in dieser Bachelorarbeit um die lexikalischen und semantischen Helvetismen in der schriftlichen Presse geht. Diese Bachelorarbeit versucht anhand sprachlicher Daten im *Tagesanzeiger* eine Schlussfolgerung zu ziehen, inwiefern der Gebrauch von Helvetismen von der Textsorte und dem Textthema abhängig ist. Die methodische Vorgehensweise wird im nächsten Kapitel weiter beleuchtet. Mithilfe dieser Daten lässt sich die folgende Hauptfrage aufstellen:

Inwiefern ist der Gebrauch von Helvetismen im Tagesanzeiger von der Textsorte und dem Textthema abhängig?

Diese Hauptfrage lässt sich nicht sofort beantworten. Mithilfe von Teilfragen können Antworten schrittweise in die Richtung der definitiven Antwort führen. In Bezug auf die Unterscheidung zwischen Textsorte und Textthema werden folgende Teilfragen aufgestellt:

- 1) *Wie viele Helvetismen gibt es im Allgemeinen im Tagesanzeiger?*
- 2) *Inwiefern werden Helvetismen in den informationsbetonten journalistischen Texten verwendet?*
- 3) *Inwiefern werden Helvetismen in den meinungsbetonten journalistischen Texten verwendet?*
- 4) *Inwieweit werden Helvetismen in Texten mit einem schweizerischen Thema verwendet?*
- 5) *Inwieweit werden Helvetismen in Texten mit einem nicht-schweizerischen Thema verwendet?*

3.2 Hypothesen

Unter Berücksichtigung der im theoretischen Rahmen beschriebenen Theorien, lassen sich für die vorliegende Arbeit folgende Hypothesen ableiten.

Hypothese 1

Der Duden enthält mehr als dreitausend Helvetismen. Die Helvetismen machen nur einen Bruchteil des deutschen Gesamtwortschatzes aus. Die in den Jahren 1969 und 1970 durchgeführte Untersuchung von Kaiser (Meyer, 1995) zeigt, dass Helvetismen in seinem Korpus weniger als ein halbes Prozent der Wörter umfassen.

H1: Die Gesamtanzahl von Helvetismen im *Tagesanzeiger* ist sehr gering.

Hypothese 2

Lexikalische Stilmittel wie Phraseologismen kommen laut Skog-Södersved (2007) häufiger in meinungsbetonten Textsorten vor. Sedlářová (2011) behauptet, dass auch lexikalische Varianten wie Helvetismen als Stilmittel eingesetzt werden können, um den Leseanreiz in meinungsbetonten Textsorten zu erhöhen. Heyne & Vollmer (2016) erwähnen ebenfalls den Gebrauch von sprachlichen Besonderheiten in meinungsbetonten Textsorten.

H2: Meinungsbetonte journalistische Textsorten weisen eine höhere Anzahl von Helvetismen auf, als informationsbetonte journalistische Textsorten.

Hypothese 3

Nach Ekman (2007) sind Austriazismen in der österreichischen Presse vor allem in wirtschaftlichen und politischen Texten vertreten. Darüber hinaus weist Ammon (1995) darauf hin, dass Helvetismen in nicht-schweizerischen Themenbereichen unerwünscht sein könnten.

H3: Helvetismen treten häufiger in Zeitungsartikeln auf, die sich inhaltlich auf die Schweiz beziehen.

4 Methodik

Im vorliegenden Kapitel wird die methodische Vorgehensweise der Arbeit beschrieben. Um die Forschungsfrage beantworten zu können und die Hypothesen entweder zu bestätigen oder zu verwerfen, geht die Arbeit von sprachlichen Daten aus, die mithilfe des korpuslinguistischen Ansatzes geprüft werden können. Zuerst wird dieser methodische Ansatz beschrieben. Danach wird das Korpus vorgestellt, worauf die Arbeit sich bezieht.

4.1 Korpuslinguistik

In dieser Arbeit wird ein bestimmtes Korpus analysiert. Daraus werden einige Schlussfolgerungen gezogen. Der Begriff *Korpus* wird von den Autoren wie folgt definiert:

„Ein Korpus ist eine Sammlung schriftlicher oder gesprochener Äußerungen. Die Daten des Korpus sind typischerweise digitalisiert[.] [...] Die Bestandteile des Korpus, die Texte, bestehen aus den Daten selbst [...] und aus linguistischen Annotationen, die diesen Daten zugeordnet sind.“

(Lemnitzer & Zinsmeister, 2006 : 7)

Zusätzlich wird erwähnt, dass die sprachlichen Daten eines Korpus zufällig entstanden oder gewählt sein können. Mithilfe dieses Korpus können Beschreibungen von Äußerungen in einer natürlichen Sprache, beispielsweise dem Deutschen, gemacht werden (vgl. Lemnitzer & Zinsmeister, 2006 : 9). Es handelt sich bei der Korpuslinguistik um Datenanalysen, die dem Sprachunterricht und der Sprachdokumentation, sowie der Lexikographie oder der Sprachverarbeitung dienen (vgl. Lemnitzer & Zinsmeister, 2006 : 9). Es sei wichtig, dass die Ergebnisse von korpuslinguistischen Untersuchungen nachprüfbar sind: Für eventuelle weitere Forschungen kann dasselbe Korpus von anderen Wissenschaftlern verwendet werden und damit können Forschungen miteinander verglichen werden (vgl. Lemnitzer & Zinsmeister, 2006 : 9).

In der vorliegenden Arbeit handelt es sich um einen korpusbasierten quantitativen Ansatz, der durch sowohl absolute als auch relative Häufigkeiten von Wörtern und

Strukturen gekennzeichnet wird (vgl. Lemnitzer & Zinsmeister, 2006 : 34). Der Zeitaufwand, sprachliche Phänomene zu finden und quantitativ zu erfassen, sollte nicht unterschätzt werden (vgl. Lemnitzer & Zinsmeister, 2006 : 53).

4.2 Korpus

Die sprachlichen Daten sind der Arbeit als Anhang beigelegt. Es handelt sich um den *Tagesanzeiger* vom Samstag, den 21. Januar 2017. In dieser Einzelausgabe ist allerdings auch das Magazin *Wochenende* der Zeitung beigelegt, diese sprachlichen Daten werden jedoch nicht in der vorliegenden Arbeit berücksichtigt. Aus zeitlichen Gründen gilt das ebenfalls für die *Alpha*-Ausgabe. Die Gesamteinzelausgabe vom *Tagesanzeiger* des 21. Januar 2017 besteht aus sechzig Seiten. Die zu untersuchenden Zeitungsartikel bestehen aus insgesamt 23.796 Wörtern und verteilen sich über 73 Texte.

Wichtig zu erwähnen ist, dass das Korpus sich nur auf den Fließtext der Zeitungsartikel bezieht: Auf Werbe- und Todesanzeigen, tabellarische Datendarstellungen (beispielsweise Börsen, Anlagefonds, Sportergebnisse), Legenden (bei Bebilderungen), den Teil *Bellevue* und die Sport- und Autorubriken, Mitteilungen, Rätsel, das Fernseh-, Radio- und Spielfilmeangebot, Doku- und Tagestipps und den Wetterbericht wird keine Rücksicht genommen. Titel von Artikeln werden allerdings in das Korpus miteinbezogen.

4.3 Analyseverfahren

Alle Artikel im *Tagesanzeiger* vom 21. Januar 2017 werden gelesen. Alle Helvetismen aus den Artikeln werden notiert. Es wäre eine unmögliche Aufgabe, alle Wörter im Wörterbuch nachzuschlagen. Es gibt jedoch einige Möglichkeiten, die Helvetismen in einem Text zu erkennen. Duden erwähnt, dass Helvetismen zwar in allen Bereichen der schweizerischen Standardvarietät vorkommen, aber es gibt Themenbereiche, bei denen die Helvetismen häufiger in Erscheinung treten, beispielsweise bei den Themen Haus und Haushalt, Esswaren und Recht (vgl. Bickel & Landolt, 2012a : 82). Darüber hinaus sind Helvetismen mit französischem, italienischem, englischem und lateinischem Einfluss gut zu erkennen, denn mittels der Vielsprachigkeit des Landes sind diese Lexeme ins schweizerhochdeutsche Lexikon gelangt (vgl. Bickel & Landolt, 2012a: 83f.). Zum Schluss sind Sachspezifika ein Teil aller Helvetismen: Helvetische

Sachspezifika unterscheiden sich durch die politischen und juristischen Institutionen in der Schweiz von anderen deutschsprachigen Ländern (vgl. Wicki, 2012 : 44).

Es werden in der Untersuchung zwei verschiedene Wörterbücher verwendet, damit es keine Missverständnisse über das Auftreten von Helvetismen gibt. In dieser Arbeit werden zuerst Helvetismen aufgenommen, die im Duden vermerkt sind. Weil diese Ausgabe des Duden nur Lexeme enthält, die spezifisch schweizerisch sind (vgl. Bickel & Landolt, 2012a : 7), ist der Duden für die vorliegende Arbeit praktisch und bedeutungsvoll. Kommt ein Helvetismus nicht im Duden vor, dann wird das VWB zur Hand genommen. Lexeme, die mit CH vermerkt sind, werden dann berücksichtigt.

Die Texte aus dem *Tagesanzeiger* werden zuerst nach Textsorte (informations- sowie meinungsbetont) kategorisiert. Aus allen Artikeln werden die Gesamtanzahl von Wörtern sowie die verwendeten Helvetismen angegeben. Daraus ergibt sich pro Textsorte ein Prozentsatz. Aus den unterschiedlichen Prozentzahlen kann man schließen, ob der Gebrauch von Helvetismen sich pro Textsorte unterscheidet.

Danach werden die Texte aus der Zeitung thematisch sortiert: Es handelt sich darum, die Zeitungsartikel, die sich inhaltlich auf die Schweiz beziehen, von den Zeitungsartikeln zu unterscheiden, die sich in einem nicht-schweizerischen Kontext abspielen. Ebenfalls werden hier die Gesamtanzahl von Wörtern sowie die gebrauchten Helvetismen aufgeführt. Pro Textthema wird es einen Prozentsatz geben: Die unterschiedlichen Prozentzahlen können - ebenfalls bei der Textsorte - miteinander verglichen werden. Daraus ergibt sich eine Diskussion, die im sechsten Kapitel geschildert wird.

5. Analyse

In diesem Kapitel rücken die Ergebnisse in den Mittelpunkt. Mithilfe von Tabellen werden die Resultate veranschaulicht. Die analysierten Texte aus dem *Tagesanzeiger* sind als Anhang beigefügt (*Anhang B*). Die Gesamtübersicht der Texte sowie die Helvetismen je Text befinden sich ebenfalls im Anhang (*Anhang A*). Prozentsätze werden auf eine Dezimalstelle auf- oder abgerundet.

5.1 Verteilung Texte

Insgesamt sind 73 Artikel aus dem *Tagesanzeiger* des 31. Januar 2017 analysiert worden. Die Texte verteilen sich zwar nicht hundertprozentig gleichmäßig über die Textthemen, doch gibt es eine gute Verteilung zwischen den auf die Schweiz bezogenen Texten und den Texten, die sich auf das Ausland beziehen (*Tabelle 1*).

Aus der Tabelle ergibt sich allerdings eine weniger verhältnismäßige Verteilung der Texte über die Textsorten. Die große Mehrheit der Texte ist informationsbetont, während nur dreizehn Texte meinungsbetont sind (*Tabelle 1*).

ÜBERSICHT TEXTEANZAHL			
	Informationsbetont	Meinungsbetont	Gesamtanzahl
Schweiz	33	10	43
Ausland	27	3	30
Gesamtanzahl	60	13	73 Texte

Tabelle 1: Die Verteilung der Texte über die Textthemen und die Textsorten.

In Bezug auf die Textsorte lassen sich manche Zeitungsartikel leicht einteilen. *Die Dämmerung eines neuen Amerika* wird vom Autor als Leitartikel bezeichnet. Damit handelt es sich um eine meinungsbetonte Textsorte. Eine ähnliche Situation ergibt sich im zweiten Text der Zeitung: *America First*. In der Einleitung steht, dass es eine Reportage von Sacha Batthyany ist. Damit gehört dieser Text zu den informationsbetonten Textsorten.

Die kürzeren Texte sind informationsbetont: Es ist von einer Meldung oder einer Nachricht die Rede. Nur die vier w-Fragen werden in diesen Artikeln beantwortet. Außerdem werden die kleinen informationsbetonten Textsorten in der Zeitung mit *Nachricht* angegeben.

Demgegenüber stehen die längeren Texte, diese sind schwieriger einzuordnen. Die größte Schwierigkeit ergibt sich bei der Unterscheidung zwischen Bericht und Reportage als informationsbetonte Textsorten einerseits und dem Kommentar als meinungsbetonte Textsorte andererseits. Allerdings gibt es im Text Anzeichen dafür, dass es sich hier um eine meinungsbetonte oder informationsbetonte Textsorte handelt. Im Artikel *Ist diese Reform eine gute Lösung?* geben die Pro- und Kontra-Argumente Aufschluss darüber, dass es sich um einen meinungsbetonten Text handelt. Bei *SP stoppt eigene Falschaussagen* werden keine Meinungen geäußert. Die folgenden Sätze sind exemplarisch für die Darstellung von Fakten.

- (1) Ursprünglich, so schreibt die Partei in ihrem Argumentarium, hätten mit den Agglomerationsprogrammen auch der öffentliche Verkehr (ÖV) sowie der Fuss- und Veloverkehr gefördert werden sollen. (TA : 9)
- (2) Doch habe die bürgerliche Mehrheit «massive Abstriche» in diesem Punkt gemacht. (TA : 9)

5.2 Verteilung Wörteranzahl

Die 73 Texte aus dem *Tagesanzeiger* enthalten insgesamt 23.796 Wörter. Daraus ergibt sich eine durchschnittliche Textlänge von 326 Wörtern. Es gibt nicht nur eine anteilmäßige Verteilung der Texte über die Textthemen, sondern auch die Gesamtwörteranzahl lässt sich gut über die Themen verteilen: Die auf die Schweiz bezogenen Texte enthalten dreitausend Wörter mehr als die Artikel, die sich auf das Ausland beziehen (*Tabelle 2*).

In Bezug auf die Textsorten kann festgestellt werden, dass sich die Mehrheit der sprachlichen Daten auf informationsbetonte Textsorten bezieht (15.623 Wörter gegenüber 8.173 Wörtern). Allerdings ist der Unterschied zwischen den beiden Textsorten nicht so groß wie die Textanzahl im vorhergegangenen Absatz gezeigt hat. Aus den Erkenntnissen aus dem theoretischen Rahmen kann man auch schließen, dass

das mit der Textlänge von Nachrichten und Berichten zu tun hat, denn diese Textsorten sind meistens kürzer. Für sie gibt es auch mehr Platz in der Zeitung.

ÜBERSICHT WÖRTERANZAHL (TOKENS)			
	Informationsbetont	Meinungsbetont	Gesamtanzahl
Schweiz	7.612	6.030	13.642
Ausland	8.011	2.143	10.154
Gesamtanzahl	15.623	8.173	23.796 Wörter

Tabelle 2: Die Gesamtwörteranzahl im Tagesanzeiger, über die Textthemen und die Textsorten verteilt.

5.3 Helvetismenhäufigkeit im Allgemeinen

Wenn man nun alle Wörter des Korpus analysiert, ergibt sich, dass insgesamt 250 Helvetismen vorkommen. Der daraus folgende Prozentsatz - die Gesamtanzahl Helvetismen geteilt durch die Wörteranzahl - zeigt, dass 1,1% der Wörter in der Ausgabe Helvetismen sind (*Tabelle 3 und 4*). Umgerechnet heißt das, dass je 91 Wörter in der Tageszeitung ein Helvetismus vorkommt.

In den Zeitungsartikeln kommen viele Wörter vor, die sich auf eine Institution oder auf Gegenstände beziehen: Es handelt sich hier um die sogenannten Sachspezifika. Die helvetischen Sachspezifika sind an die Schweiz gebunden und nicht durch ein gemeindeutsches Wort austauschbar. Folgende Sätze aus den Artikeln *SP stoppt eigene Falschaussagen* und *Nicht nur Doris Leuthard kritisiert die Davoser Preise* sind dafür ein Beispiel:

(3) Zwar hat die Verkehrskommission des *Nationalrats* darauf gepocht, dass vom NAF nur Strassenprojekte profitieren sollen, auch im ÖV-Bereich. (TA : 9)

(4) Aber es sind nicht nur die Davoser Hotelpreise, die schockieren: 2500 *Franken* die Nacht in einem überpinselten 3-Stern-Hotel, das heute mit 5 Sternen wirbt. (TA : 10)

In (3) wird der Helvetismus *Nationalrat* verwendet: Es ist die große Kammer des Parlaments und im Großen und Ganzen mit dem deutschen Bundesrat (Legislative) vergleichbar. Allerdings wird mit dem Begriff *Bundesrat* in der Schweiz die Exekutive

gemeint. Der Begriff *Nationalrat* kann hier also nicht durch *Bundesrat* ersetzt werden, weil die beiden Begriffe eine ganz andere Bedeutung in der Schweiz haben. Damit sind sie auch semantische Helvetismen.

Eine ähnliche Situation wird in (4) geschildert. *Franken* ist in der Schweiz ein übliches Lexem, weil es die Währung des Landes betrifft. Dieser Helvetismus wäre durch den bundeshochdeutschen *Euro* ersetzbar, allerdings macht das in der Schweiz wenig Sinn, weil im Alpenland nicht mit dem Euro bezahlt wird. Auch in diesem Kontext bleibt dem Autor keine andere Möglichkeit übrig als einen Helvetismus zu verwenden.

5.4 Helvetismenhäufigkeit je Textsorte

Bei insgesamt 15.623 Wörtern enthalten die sechzig informationsbetonten Textsorten 167 Helvetismen. Daraus ergibt sich ein Prozentsatz von 1,1%. Das heißt, dass je 91 Wörter ein Helvetismus vorkommt. Ein ähnliches Ergebnis trifft auf die meinungsbetonten Texte zu: 83 Helvetismen sind in Texten mit insgesamt 8.173 Wörtern gefunden worden. Die Helvetismen bilden in dieser Kategorie ein Prozent der Gesamtworteranzahl. Der Unterschied zwischen den beiden Textsorten ist so klein, dass aufgrund der Textsorte keine Unterschiede im Vorkommen von Helvetismen auftauchen.

HELVETISMEN JE TEXTSORTE			
	Anzahl Helvetismen	Anzahl Wörter (Tokens)	Prozentsatz
Informationsbetont	167	15.623	1,1% (1 je 91)
Meinungsbetont	83	8.173	1,0% (1 je 100)
Gesamtanzahl	250	23.796	1,1% (1 je 91)

Tabelle 3: Die Vorkommenshäufigkeiten von Helvetismen je Textsorte.

Obwohl informationsbetonte sowie meinungsbetonte Textsorten anteilmäßig einen gleichen Prozentsatz von Helvetismen zeigen, ist der Unterschied zwischen den einzelnen Texten groß (*Anhang A*). Auffällig ist, dass die Zeitungsartikel mit einer hohen Helvetismenanzahl der Kategorie Informationsbetont zugeschrieben werden können. Beispiele für Zeitungsartikel, die prozentuell eine hohe Anzahl von

Helvetismen enthalten, sind *Blocher warnt vor Entmachtung* (4,4%), *Federer zieht mit herausragender Leistung in die Achtelfinals ein* (7,1%), *Kommission gegen Hilfe an ehemalige Parlamentarier* (5,7%), *SP stoppt eigene Falschaussagen* (4,4%), *Neues Schulhaus im Kreis 5* (4,1 %) und *Streit unter Afghanen ausgeartet: Ein Mann im Spital* (5,0%).

Allerdings sind die Prozentzahlen zwischen informations- und meinungsbetonten Textsorten fast gleich groß. Das heißt ebenfalls, es müsste viele informationsbetonte Textsorten geben, die kaum oder keine Helvetismen aufweisen. Dies kann bestätigt werden: Wenn man sich die Spalte *Helvetismenanzahl* anschaut (*Anhang A*), kommt man zu dem Schluss, dass Helvetismen öfter nicht in informationsbetonten Textsorten als in meinungsbetonten Textsorten vorkommen. Beispiele für Texte, die keine Helvetismen enthalten und ebenfalls zur Kategorie Informationsbetont gehören, sind *Lawinenunglück in Italien: Zehn Überlebende entdeckt*, *Korruptionsjäger bei rätselhaftem Absturz getötet*, *Stärkeres Wachstum löst Chinas Probleme nicht wirklich*, *EU-Ombudsfrau will mehr über diskrete Bankergruppe wissen* und *Husky-Gespann verliert Führerin*.

5.5 Helvetismenhäufigkeit je Textthema

In Bezug auf die Textsorte lassen sich jedoch andere Ergebnisse feststellen. In Tabelle 4 sind die Helvetismen nach Textthema eingeteilt. Es zeigt sich, dass die auf die Schweiz bezogenen Texte viel mehr Helvetismen enthalten als die ausländisch orientierten Texte (226 Helvetismen gegenüber 24 Helvetismen). Der daraus berechnete Prozentsatz in der dritten Spalte zeigt, dass 1,7% der Wörter in einem schweizerischen Text Helvetismen sind. Das heißt - aus einem anderen Blickwinkel betrachtet - dass durchschnittlich je 59 Wörter ein Helvetismus vorkommt.

Demgegenüber stehen die Zeitungsartikel, die sich auf ein ausländisches Thema beziehen. In den 30 Texten sind nur 24 Helvetismen in den Diktionären gefunden worden. Wird diese Anzahl mit der Wörteranzahl (10.154) multipliziert, ergibt sich ein Prozentsatz von 0,2%. Das heißt, dass je 500 Wörter in einem inhaltlich ausländischen Zeitungsartikel nur ein Helvetismus vorkommt (*Tabelle 4*).

HELVETISMEN JE TEXTTHEMA			
	Anzahl Helvetismen	Anzahl Wörter (Tokens)	Prozentsatz
Schweiz	226	13.642	1,7% (1 je 59)
Ausland	24	10.154	0,2% (1 je 500)
Gesamtanzahl	250	23.796	1,1% (1 je 91)

Tabelle 4: Die Verwendungshäufigkeit von Helvetismen je Textthema.

Bezüglich dieses Forschungsaspekts ist der Nichtgebrauch beziehungsweise die Vermeidung von Helvetismen in Zeitungsartikeln, die sich nicht auf die Schweiz beziehen, ein interessanter Aspekt. An manchen Stellen in der Zeitung wird ein gemeindeutsches Wort verwendet, während in der Schweiz auch eine schweizerische Variante zur Verfügung steht. Exemplarisch für den Nichtgebrauch beziehungsweise die Vermeidung von Helvetismen in ausländischen inhaltlichen Kontexten sind die folgenden Beispielsätze.

- (5) Die irakische Flagge weht wieder über den meisten *Vierteln* der Osthälfte von Mosul. (TA : 4)
- (6) Die Schliessung der Stadtautobahn hat das *Quartier* belebt, aber auch verteuert. (TA : 15)
- (7) Hier durchsuchte die Polizei im November 2016 frühmorgens die An’Nur-Moschee im *Quartier* Hegi. (TA : 25)
- (8) Für den Neubau der Schulanlage Pfingstweid im stark wachsenden Escher-Wyss-*Quartier* beantragen Stadt- und Gemeinderat 29,48 Millionen Franken. (TA : 27)
- (9) In der Liegenschaft mitten im Rotlicht*quartier* im Kreis vier, unweit der Ecke Militär-/Langstrasse, tut sich etwas. (TA : 27)

Im Artikel *Die Terrormiliz gerät in die Defensive* (5) wird dreimal das Wort *Viertel* verwendet: Es ist die gemeindeutsche Variante des im Schweizerhochdeutschen gängigen Lexems *Quartier*. In diesem Artikel wird allerdings auf *Quartier* verzichtet. Der Autor entscheidet sich in diesem Text, der sich inhaltlich nicht auf die Schweiz

bezieht, für die gemeindeutsche Variante. Diese gemeindeutsche Variante wird jedoch in den Artikeln, die sich auf die Schweiz beziehen, nicht verwendet: In den Artikeln *Ein bisschen Heimatschutz* (6), *Urs Allemann, der Entschärfer* (7), *Neues Schulhaus im Kreis 5* (8) und *Neues Backpacker-Hostel an der Langstrasse* (9) wird von den unterschiedlichen Autoren konsequent der Helvetismus *Quartier* eingesetzt. Das Textthema bestimmt in diesen Sätzen tatsächlich den Einsatz von Helvetismen.

6. Diskussion

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse aus dem vorhergegangenen Kapitel diskutiert. Darüber hinaus wird gezeigt, wie die Ergebnisse mit den im theoretischen Rahmen besprochenen Theorien verknüpft werden können. Außerdem werden die Antworten auf die Teilfragen und die Hauptfrage gegeben. Zum Schluss werden die Widersprüche, Beschränkungen und Grenzen der Arbeit dargestellt.

Die Analyse hat aufgezeigt, wie viele Helvetismen im *Tagesanzeiger* vorkommen. Es ist deutlich geworden, dass Helvetismen in der Zeitung eine seltsame Erscheinung sind: Nur ein Helvetismus wird pro 91 Wörter verwendet. Hiermit kann die erste Hypothese bestätigt werden. Hieraus ergibt sich die Frage, warum die Vorkommenshäufigkeiten von Helvetismen im *Tagesanzeiger* so niedrig sind.

Das Analysekapitel ist schon im Absatz 5.3 auf die Sachspezifika eingegangen. Es ist festgestellt worden, dass helvetische Sachspezifika in der schweizerischen Presse nicht vermieden werden können, weil sie an einen schweizerischen Kontext gebunden sind. Die Forschungen von Ammon (1995) und Schmidlin (2011) weisen allerdings darauf hin, dass manche Autoren tatsächlich Helvetismen vermeiden wollen, wenn es möglich ist. Es gibt Verlagslektoren, die den schweizerischen Autoren empfehlen, so wenig wie möglich Helvetismen zu verwenden (vgl. Ammon, 1995 : 471). Schmidlin (2011) betont, dass schweizerische Schriftsteller, die vor 1930 geboren sind, weniger Helvetismen verwenden als Schriftsteller, die in der Zeitspanne zwischen 1930 und 1960 geboren sind (vgl. Schmidlin, 2011 : 165):

„Die Erklärung, dass ihr vermehrter Gebrauch regionaler Varianten in Zusammenhang mit einem Zeitgeist steht, der Autoritäten, auch sprachliche Autoritäten, in Frage stellt, scheint plausibel. In der hier analysierten Datenbank des VWB sind einige Texte junger, aufstrebender Autorinnen und Autoren der Gegenwart vertreten[.] [...] Die jüngeren Schweizer Autorinnen und Autoren scheinen Helvetismen, im Vergleich zu ihren älteren Kolleginnen und Kollegen, eher zu vermeiden.“

(Schmidlin, 2011 : 165)

Die Autorin meint zuletzt, dass die Erklärung für die Vermeidung von Helvetismen der jüngeren Generation auf den schriftstellerischen Erfolg zurückzuführen ist:

„So berichten Zoë Jenny und Peter Stamm im Jahr 2000, dass sie ihre Lektoren bitten, sie auf sämtliche Helvetismen aufmerksam zu machen, um dadurch Verständnisprobleme in Deutschland zu verhindern und dem Klischee entgegenzuwirken, man könne in der Schweiz kein richtiges Deutsch [...] Max Frisch berichtet, dass in den Erstausgaben seiner Werke Helvetismen von den Verlagslektoren getilgt worden seien, wogegen er sich offenbar nicht wehrte; wenn das Buch später nochmals herauskam, habe er die betreffenden Ausdrücke wieder rückerkorrigiert[.]“

(Schmidlin, 2011 : 165)

Die Frage bleibt offen, ob die Scheu vor Helvetismen auch für junge schweizerische Presseautoren gelten wird. Der Gebrauch von Helvetismen von unterschiedlichen Autoren ist also eines der methodischen Probleme der vorliegenden Arbeit, weil die Einstellungen von unterschiedlichen Autoren zum Gebrauch von Helvetismen von persönlicher Beschaffenheit sind. Aufgrund zeitlicher Beschränkung wurde auf die Forschung nach persönlichen Einstellungen verzichtet.

Ist die Forschung von Schmidlin (2011) ein Zeichen von Scheu vor Helvetismen? Eine Aussage von Peter Bichsel weist nicht auf eine Scheu vor Helvetismen hin, sondern er schreibt, dass sogar ein fehlerhaftes Bewusstsein der Autoren gegenüber Helvetismen herrscht:

„Schweizern scheint das Wissen um die Eigentümlichkeiten ihres Schweizerhochdeutschen weitgehen zu fehlen. [...] Wir staunten nicht schlecht, als die aus Deutschland stammende Lehrstuhlinhaberin uns auf fünf bis sieben Helvetismen pro Zeitungsseite aufmerksam machte, darunter *allfällig*, *amten*, *innert*, *Leibchen*, *parkieren* und *zurzeit*.“

(Züger, 2012 : 68)

So viel zur Diskussion über die geringe Helvetismenverwendung in der Zeitung. Der zweite Teil der Analyse hat aufgezeigt, dass die Helvetismenverwendung im *Tagesanzeiger* des 31. Januar 2017 nicht von der Textsorte abhängt. Die

informationsbetonten Texte enthalten etwas mehr Helvetismen als die meinungsbetonten Texte, aber der Unterschied ist sehr gering. Diesem Ergebnis widersprechen allerdings die in den theoretischen Rahmen beschriebenen Theorien. Die aufgestellte Hypothese zu den Textsorten hat einen vermehrten Gebrauch von Helvetismen in meinungsbetonten Textsorten vorausgesagt, weil diese Textsorte eine andere Intention als informationsbetonte Textsorten aufweist: In meinungsbetonten Textsorten geht es um die Meinung des Autors; diese Meinung kann den Leser mithilfe von sprachlichen Besonderheiten überzeugen. Durch die Auswertung dieses Ergebnisses soll die zweite Hypothese zurückgewiesen werden.

Man kann sich Fragen, inwiefern Helvetismen als Stilmittel eingesetzt werden, um die Aufmerksamkeit des Lesers zu erzwingen. Teil der schweizerischen Standardvarietät sind die Helvetismen. Als schweizerdeutsches Kind lernt man also Schweizerhochdeutsch, kein Bundeshochdeutsch. Sind helvetische Varianten als Ersatz für ein bundeshochdeutsches Lexem von stilistischem Zweck? Im Grunde genommen ist der Helvetismus *Spital* für Deutschschweizer üblicher als *Krankenhaus*, das gilt auch für *Velo* (statt bhd. *Fahrrad*).

Eine bessere Möglichkeit, die Aufmerksamkeit des Lesers zu bekommen, wäre der Gebrauch von mundartnahen Helvetismen. „Das stilistische Kriterium „mundartnah“ ist [...] interessant, weil es hier um die Abgrenzung zwischen Standard und Nonstandard geht.“ (Baigger & Sutter, 2006 : 61). Dialektwörter sind besonders gut als Stilmittel geeignet, weil sie nicht zum Standard gehören, während die Zeitungsartikel auf (Schweizer)hochdeutsch verfasst werden. Auf diese Art und Weise könnte der Gebrauch von helvetischen Dialektwörtern - im Gegensatz zu Helvetismen, die zur Standardvarietät gehören - den Leser erregen.

Obwohl die Textsorte keinen Einfluss auf den Gebrauch von Helvetismen in Zeitungsartikeln nimmt, wird aus den Ergebnissen im Analysekapitel deutlich, dass das Textthema schon ein wichtiger Faktor für die Helvetismenhäufigkeiten in der Zeitung ist. In Zeitungsartikeln, die sich inhaltlich auf die Schweiz beziehen, kommen eindeutig mehr Helvetismen vor als in Artikeln, die sich inhaltlich nicht auf die Schweiz beziehen. Das Ergebnis bestätigt die dritte Hypothese der Arbeit.

Es ist nicht so verwunderlich, dass in Zeitungsartikeln, die sich auf die Schweiz beziehen, mehr Helvetismen vorkommen als in Zeitungsartikeln mit einem Schwerpunkt auf dem Ausland. Auch hier kann der Aspekt der Sachspezifika herbeigeführt werden, weil diese Helvetismen sich nur auf schweizerische Institutionen und Gegenstände beziehen.

Mithilfe dieses Resultats kann die These von Ammon (1995) über den unpassenden Gebrauch von Helvetismen in Texten mit einem nicht-schweizerischen Inhalt verifiziert werden. Die Studie von Ekman (2007), dass lexikalische Varianten in unterschiedlichen Themenbereichen häufiger vorkommen, kann in diesem Fall sogar erhärtet werden.

Da nun festgestellt worden ist, dass die wenigen Helvetismen im *Tagesanzeiger* nicht textsortenabhängig, sondern themenabhängig sind, kann die Frage aufgeworfen werden, inwiefern andere Faktoren den Gebrauch von Helvetismen beeinflussen können. Aufgrund zeitlicher Beschränkung hat sich die Arbeit nicht mit anderen kontextuellen Faktoren für die Verwendung von Helvetismen befasst. Es hat sich herausgestellt, dass Autoren sich der Helvetismenverwendung mitunter gar nicht bewusst sind. Darüber hinaus spielen laut Schmidlin (2011) die Einstellungen zum Gebrauch von Helvetismen eine Rolle, die in der vorliegenden Arbeit nicht berücksichtigt worden sind. Aufgrund dessen kann man von einem methodischen Problem der Arbeit sprechen. Für zukünftige Forschungen wäre es interessant zu untersuchen, inwiefern die Auffassung von Presseautoren gegenüber dem Helvetismengebrauch bei der Verwendung von Helvetismen in der Zeitung eine Rolle spielt.

Von weitergehendem Interesse ist außerdem die Frage, inwiefern eine Scheu vor Helvetismen bei den Presseautoren besteht. Dies steht in Anlehnung an die Aussagen von Schmidlin über die Verwendung von Helvetismen von jüngeren literarischen Autoren im Vergleich zur älteren Generation. Aufgrund dessen kann in einer neuen Untersuchung die Frage zentral stehen, inwiefern jüngere schweizerische Autoren in der Presse eine Scheu vor Helvetismen haben.

7. Fazit

Die vorliegende Arbeit hat sich mit der Frage beschäftigt, inwiefern der Gebrauch von Helvetismen im *Tagesanzeiger* vom 31. Januar 2017 von der Textsorte und vom Textthema abhängt.

Es dürfte deutlich geworden sein, dass laut Ammon (1995) und Ekman (2007) der Gebrauch von Helvetismen vom Themenbereich eines Textes abhängig sein kann. Nicht nur der Themenbereich wäre ein Faktor für den Gebrauch von Helvetismen, sondern laut Meyer (2005) nehme auch die Textsorte Einfluss auf den Helvetismengebrauch.

Dementsprechend hat die vorliegende Arbeit sich zum Ziel gesetzt, die Verwendungshäufigkeiten von Helvetismen im *Tagesanzeiger* des 21. Januar 2017 in Bezug auf die Textsorte und das Textthema zu analysieren. Die Arbeit hat gezeigt, dass Helvetismen in der Zeitung eine seltsame Angelegenheit sind: Nur 1,1% der Wörter sind als Helvetismus klassifiziert worden. Es ist besprochen worden, dass die Autoren Helvetismen bewusst vermeiden können, andere Autoren sind sich manchmal des Helvetismengebrauchs überhaupt nicht bewusst.

In Bezug auf die Textsorten hat die Arbeit gezeigt, dass es keinen Unterschied zwischen Textsorten über den Gebrauch von Helvetismen gibt. Informationsbetonte Texte weisen einen Helvetismus je 91 Wörter auf, während meinungsbetonte Textsorten pro 100 Wörter einen Helvetismus enthalten. Man kann sich fragen, inwiefern Helvetismen - die der schweizerischen Standardvarietät angehören - eingesetzt werden um die Aufmerksamkeit des Lesers zu bekommen.

Obwohl Textsorten nicht den Gebrauch von Helvetismen bestimmen, wurde herausgestellt, dass das Textthema schon einen Einfluss auf die Helvetismenverwendung hat: In Zeitungsartikeln mit schweizerischem Inhalt kommen eindeutig mehr Helvetismen vor als in Zeitungsartikeln, die sich inhaltlich nicht auf die Schweiz beziehen: Nur ein Bruchteil der Wörter (0,2%) sind Helvetismen, die in Artikeln mit einem nicht-schweizerischen Kontext vorkommen. Demgegenüber steht, dass 1,7% der Wörter in Artikeln, die sich auf die Schweiz beziehen, Helvetismen sind.

Zurück zu der deutschen Familie, die in den Urlaub in die Schweiz gefahren ist. Die Schlagzeile *Mann mit falsch parkiertem Autocar von der Polizei im Kanton Graubünden gebüsst* ist ein typisches Beispiel für einen inhaltlichen schweizerischen Kontext, in dem Helvetismen häufiger auftreten. Es handelt sich nicht um schlechtes Deutsch, sondern um den Gebrauch von Varianten im Schweizerhochdeutschen, der in der schriftlichen Presse vom Textthema abhängig ist.

8. Bibliographie

Literatur

- Ammon, Ulrich (1986): *Sprache - Varietät / Standardvarietät - Dialekt*. Duisburg: Universität Duisburg-Essen.
- Ammon, Ulrich et al. (1995): *Die deutsche Sprache in Deutschland, Österreich und der Schweiz: das Problem der nationalen Varietäten*. Berlin/New York: Walter de Gruyter.
- Ammon, Ulrich et al. (2004): *Variantenwörterbuch des Deutschen. Die Standardsprache in Österreich, der Schweiz und Deutschland sowie in Liechtenstein, Luxemburg, Ostbelgien und Südtirol*. Berlin: Walter de Gruyter.
- Barbour, Stephen & Stevenson, Patrick (1998): *Variation im Deutschen. Soziolinguistische Perspektiven*. Berlin/New York: Walter de Gruyter.
- Baigger, Katja & Sutter, Patrizia (2006): Grenzfälle des Standards. Zur Abgrenzung standardsprachlicher von nichtstandardsprachlichen Helvetismen. In: Dürscheid, Christa & Businger, Martin (Hg.): *Schweizer Standarddeutsch. Beiträge zur Varietätenlinguistik*. Tübingen: Günter Narr Verlag, 49-80.
- Bickel, Hans (2001): Schweizerhochdeutsch: kein minderwertiges Hochdeutsch! Das Deutsche als plurizentrische Sprache aus Schweizer Sicht. In: *Babylonia*, 2, 19-22.
- Bickel, Hans & Landolt, Christoph (2012a): *Schweizerhochdeutsch. Wörterbuch der Standardsprache in der deutschen Schweiz*. Mannheim/Zürich: Duden.
- Bickel, Hans & Landolt, Christoph (2012b): Helvetismen als Teil der deutschen Standardsprache. «Schweizerhochdeutsch» – ein neues Wörterbuch des SVDS im Duden-Verlag. In: *Sprachspiegel*, 68 (1), 2-7, 15-16.
- Brinker, Klaus et al. (2014): *Linguistische Textanalyse: Eine Einführung in Grundbegriffe und Methoden*. Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- Burger, Harald (2005): *Mediensprache. Eine Einführung in Sprache und Kommunikationsformen der Massenmedien*. Berlin/New York: Walter de Gruyter.
- Dürscheid, Christa & Sutter, Patrizia (2014): Grammatische Helvetismen im Wörterbuch. In: *Zeitschrift für angewandte Linguistik*, 60 (1), 37-65.

- Ehrsam-Neff, Anja (2006): Helvetismen in Schweizer Tageszeitungen. In: Dürscheid, Christa & Businger, Martin (Hg.): *Schweizer Standarddeutsch. Beiträge zur Varietätenlinguistik*. Tübingen: Günter Narr Verlag, 163-178.
- Ekman, Sara (2007): *Wie sagt man in Österreich? Einige Bemerkungen zum Austriazismus und dem Wortschatz der deutschen Sprache in Österreich*. Stockholm: Stockholms Universitet.
- Heyne, Sabine & Vollmer, Bastian A. (2016): *Innovation und Persuasion in der Presse. Eine komparative Korpusanalyse zur Form und Funktion von Neologismen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Jungová, Zuzana (2006): *Textsorten in der Presse und Publizistik und ihre stilistische Realisierung*. Diplomarbeit: Masaryk-Universität Brno.
- Kellermeier-Rehbein, Birte (2013): Standard oder Nonstandard? Ungelöste Probleme der Abgrenzung. In: Schneider-Wiejowski, Karina & Kellermeier-Rehbein, Birte & Haselhuber, Jakob (Hg.): *Vielfalt, Variation und Stellung der deutschen Sprache*. Berlin/New York: Walter de Gruyter, 3-22.
- Lemnitzer, Lothar & Zinsmeister, Heike (2006): *Korpuslinguistik. Eine Einführung*. Tübingen: Gunter Narr Verlag.
- Messina, Chiara (2015): *Die österreichischen Wirtschaftssprachen. Terminologie und diatopische Variation*. Berlin: Frank & Timme GmbH.
- Meyer, Kurt (2005): Die lexikalische Situation des Standarddeutschen in der Schweiz. In: Cruse, Alan D. et al. (Hg.): *Lexikologie. Ein internationales Handbuch zur Natur und Struktur von Wörtern und Wortschätzen*. Berlin/New York: Walter de Gruyter, 1189-1195.
- Sedlářová, Romana (2011): *Lexikalische und phraseologische Mittel der Emotionalität und Expressivität am Beispiel des Romans „Adler und Engel“ von Juli Zeh und seiner tschechischen Übersetzung „Orlí a andělé“*. Magisterarbeit: Masaryk-Universität Brno.
- Schmidlin, Regula (2013): Gebrauch und Einschätzung des Deutschen als plurizentrische Sprache. In: Schneider-Wiejowski, Karina & Kellermeier-Rehbein, Birte & Haselhuber, Jakob (Hg.): *Vielfalt, Variation und Stellung der deutschen Sprache*. Berlin/New York: Walter de Gruyter, 23-42.
- Schneider, Maria-Luise (2003): *Zur Rationalität von Volksabstimmungen. Der Gentechnikkonflikt im direktdemokratischen Verfahren*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

- Sieber, Peter (2010): Deutsch in der Schweiz: Standard, regionale und dialektale Variation. In: Krumm, Hans-Jürgen et al. (Hg.): *Deutsch als Fremd- und Zweitsprache: ein internationales Handbuch*. Berlin/New York: Walter de Gruyter, 372-385.
- Skog-Södersved, Mariann (2007): Phraseologismen in den Printmedien. In: Burger, Harald et al. (Hg.): *Phraseologie/Phraseology. Ein internationales Handbuch der zeitgenössischen Forschung*. Berlin/New York: Walter de Gruyter, 269-275.
- Werlen, Iwar (2004): Zur Sprachsituation der Schweiz mit besonderer Berücksichtigung der Diglossie in der Deutschschweiz. In: *Bulletin VALS-ASLA*, 79, 1-30.
- Wicki, Mario (2012): Gibt es ein Schweizer Standarddeutsch? Pro und Contra. In: Stolz, Michael & Schöller, Robert (Hg.): *Germanistik in der Schweiz. Zeitschrift der Schweizerischen Akademischen Gesellschaft für Germanistik*, 9, 35-55.
- Züger, Katrin (2012): Von Übergwändli, überschrittenen Geleisen und Handys. Aspekte der angewandten Linguistik. In: *Sprachspiegel*, 68 (3), 66-76.

Zeitungen

Tagesanzeiger. Die unabhängige Schweizer Tageszeitung. Samstag, den 21.01.2017, 125. Jahrgang, Nr. 17, AZ 8021 Zürich.

Onlinequellen

Werbemedienforschung (WEMF) Auflagenbulletin 2016, Zürich. Abrufbar unter: http://wemf.ch/site/assets/files/0/02/797/2016_bulletin-de_v2.pdf [Zuletzt abgerufen am 20.04.2017, 18:52].

Anhang

Teil A: Helvetismen je Text

SEITE 1 (984 Wörter)					
Text	Wörteranzahl	Textsorte	Thema	Helvetismen (Quelle, Absatz)	Helvetismenanzahl (Prozentsatz)
<i>Die Dämmerung eines neuen Amerika</i>	718	M	A	Tatbeweis (D69, 9) verdanken (D73, 11)	2 (0,3%)
<i>Kritik an überhöhten Preisen in Davos</i>	90	I	S	Landamman (D46) Franken (V259) - 2x **	3 (3,3%)
<i>Blocher warnt vor Entmachtung</i>	91	I	S	Stimmbürger (D67) Bundesrat (D22) Bundesverfassung (D23) Eidgenossenschaft (D27) **	4 (4,4%)
<i>Lawinenunglück in Italien: Zehn Überlebende entdeckt</i>	43	I	A	N/A	N/A
<i>Federer zieht mit herausragender Leistung in die Achtelfinals ein</i>	42	I	S	Achtelfinals (D31) - 2x Baselbieter (V90) **	3 (7,1%)
SEITE 2 (1303 Wörter)					
<i>America First</i>	1303	I	A	gestimmt (D67, 1) Parole (D53, 3)	2 (0,2%)
SEITE 3 (1383 Wörter)					
<i>Das Team. Die Trump-Bändiger</i>	869	I	A	Budget (D22, 2) allenfalls (D13, 4/9) Agenda (D12, 6)	4 (0,5%)
<i>Pathos und Populismus</i>	514	I	A	gestimmt (D67, 4)	1 (0,2%)
SEITE 4 (1629 Wörter)					
<i>Ex-Präsident Jammeh gibt nach</i>	492	I	A	appellierte (D15, 5)	1 (0,2%)
<i>Die Terrormiliz gerät in die Defensive</i>	693	I	A	Bundespolizei (D22, 2)	1 (0,1%)
<i>Eine Trophäe für Donald Trump</i>	444	I	A	Vorkehrungen (D76, 2) Geldwäscherei (D33, 2) einzutreten (D28, 4)	3 (0,7%)
SEITE 5 (1892 Wörter)					
<i>Rauchzeichen des Lebens</i>	900	I	A	Spitäler (D65, 4)	1 (0,1%)
<i>Im Namen der Rose</i>	807	M	A	N/A	N/A
<i>Syrien überlässt Moskau den Marinestützpunkt Tartus</i>	63	I	A	N/A	N/A
<i>Korruptionsjäger bei rätselhaftem Absturz getötet</i>	53	I	A	N/A	N/A
<i>Bis zu 170 Tote nach Angriff auf Flüchtlingscamp</i>	69	I	A	N/A	N/A

SEITE 6 (1518 Wörter)					
<i>«Immerhin ist ein Unternehmer US-Präsident»</i>	1069	M	S	Bundesrat (D22, 7/11/18) Bundesrat (D22, 9)* Initiative (D40, 11/11) Gegenvorschlag (D33, 11) Initianten (D39f., 11) Entscheid (D28, 14) Geschäft (D34, 14) Patent (D53, 16/17) eingelegt (D27, 21)	12 (1,1%)
<i>Schneider-Ammanns Offensive. Näher an Moskau heranrücken</i>	449	I	S	Departement (D25, E/1/1) Bundesrat (D22, 1) Bundesrat (D22, 1/1/1/5) Nationalrat (D51, 2/5) geschäften (D34, 4) Franken (V259, 4)	12 (2,7%)
SEITE 7 (741 Wörter)					
<i>Polizisten erleben bei Xi-Besuch ein Desaster</i>	521	I	S	Spital (D65, 2) Kanton (D41, 2/5/6) Westschweiz (D78, 3/3) Massenlager (D49, 3) Leintüchern (D47, 3) kantonal (D41, 5) Regierungsrat (D57, 6) Konkordat (D44, 6/6)	12 (2,3%)
<i>Schweiz und Türkei wollen ein Rückübernahmeabkommen</i>	133	I	S	Bundesrat (D22) **	1 (0,8%)
<i>Kommission gegen Hilfe an ehemalige Parlamentarier</i>	87	I	S	Kommission (D44) - 2x Nationalrat (D51) Initiative (D40) Franken (V259) **	5 (5,7%)
Seite 8 (1364 Wörter)					
<i>Ist diese Reform eine gute Lösung?</i>	999	M	S	Vorlage (V849, 1/7/10) Franken (V259, 1/2/3/9) Kanton (D41, 2/3/3/4/5/7/10/10/11) Total (D70, 2) zins (D79, 5) Referendum (D57, 7/12/12) Volksinitiative (D75, 8) einlegen (D27, 8) AHV (D12, 9) Pensionskasse (D54, 9) Nationalrat (D51, 9) Stimmbürger (D67, 9) Bundesrat (D22, 10/10/11) Murks (D50, 13) Budgets (D22, 14) Spitäler (D65, 14)	33 (3,3%)
<i>SP stoppt eigene Falschaussagen</i>	365	I	S	Vorlage (V849, 1/4) Stimmvolk (V760, 1) Agglomeration (D12, 1/1) Argumentarium (D15, 1/4) Velo (D73, 1/2) Kommission (D44, 2/2) Nationalrat (D51, 2) Trams (D71, 2)	16 (4,4%)

				Nationalrat (D51, 3)* Freisinn (V262, 3) Franken (V259, 4)	
SEITE 9 (1373 Wörter)					
<i>Nicht nur Doris Leuthard kritisiert die Davoser Preise</i>	597	I	S	Landamman (D46, E/3/4/7) Bundespräsidentin (D22, 1) Bundesrat (D22, 1) Franken (V259, 2/2/3/7) Cup (V167, 5) Entscheid (D28, 6)	12 (2,0%)
<i>Syngeta und Chemchina reichen Antrag in den USA ein</i>	94	I	A	N/A	N/A
<i>Angeschlagene Toshiba will Firmenteile versilbern</i>	97	I	A	N/A	N/A
<i>Strafe gegen Standard & Poor's verlangt</i>	107	I	A	N/A	N/A
<i>Stärkeres Wachstum löst Chinas Probleme nicht wirklich</i>	478	I	A	N/A	N/A
SEITE 10 (1445 Wörter)					
<i>Wasserkraftwerk ohne Stromleitung?</i>	772	I	S	Bundesgericht (D22, E/6/6/7/7/9/10/11) Baubewilligung (D18, 2) Einsprachen (D28, 2) Gemeindepräsident (D34, 3) gelangen (D33, 7) Franken (V259, 8) Bundesrat (D22, 11)	14 (1,8%)
<i>Tote Leitung bei Tausenden Swisscom-Kunden</i>	531	I	S	Selbstständigerwerbende (D63, 4) Franken (V259, 6)	2 (0,4%)
<i>Uber zahlt Millionen wegen Irreführung</i>	142	I	A	N/A	N/A
SEITE 11 (1378 Wörter)					
<i>EU-Ombudsfrau will mehr über diskrete Bankergruppe wissen</i>	174	I	A	N/A	N/A
<i>Amag: Mehr Umsatz, weniger Marktanteil</i>	86	I	A	Franken (V259) - 2x **	2 (2,3%)
<i>800 Prozent Inflation in Venezuela</i>	95	I	A	N/A	N/A
<i>Viel mehr als nur ein Fleisch- und Wurstimperium</i>	585	I	S	Franken (V259, 1/6/6/8/9) Ochsenmetzg (D49, 2) respektive (D58, 2/7) Aktionariat (D13, 3) Charcuterie (D24, 5/5/8) Poulet (D55, 8)	13 (2,2%)
<i>Ein feines Tuch aus Orangen</i>	438	I	A	N/A	N/A
SEITE 12 (1345 Wörter)					
<i>Kalt und abgehoben</i>	842	M	S	lancieren (D46, 9) begrüsst (D18, 12)	2 (0,2%)
<i>Auf dem Abstellgleis</i>	503	M	S	Franken (V259, 5)	1 (0,2%)
SEITE 13 (1321 Wörter)					
<i>Zauberin aus Schwamendingen</i>	367	M	S	Aufsteller (V64, 2) Matura (D49, 3)	2 (0,5%)

<i>Heute sind sie wenigstens randständig</i>	618	M	A	Parolen (D53, 7)	1 (0,2%)
<i>Ein bisschen Heimatschutz</i>	336	M	S	Quartier (D56, 1/4)	2 (0,6%)
SEITE 14 (1058 Wörter)					
<i>Husky-Gespann verliert Führerin</i>	104	I	A	N/A	N/A
<i>Suche nach Vermissten</i>	79	I	A	N/A	N/A
<i>Amokfahrt in Fussgängerzone</i>	399	I	A	Zone (D80, T/3) Spital (D65, 4/6)	5 (1,3%)
<i>Obelix will Karriere machen</i>	90	I	A	N/A	N/A
<i>Fünfte Staffel Polit-Intrigen</i>	37	I	A	N/A	N/A
<i>Tödlicher Unfall beim Schulsport</i>	88	I	S	Päckli (D53) **	1 (1,1%)
<i>100 Jahre Ausleihgebühr</i>	90	I	A	Franken (V259) **	1 (1,1%)
<i>Kollision mit Todesfolge</i>	52	I	S	Fahrzeuglenker (V230) **	1 (1,9%)
<i>Von Krokodil totgebissen</i>	58	I	A	N/A	N/A
<i>Mit Drehleiter gerettet</i>	61	I	S	Spital (D65) **	1 (1,6%)
SEITE 15 (1291 Wörter)					
<i>Herrliberg first</i>	832	M	S	Bundesrat (D22, 2/4/4/5/10) Initiative (D40, 5/6/8/10) Nationalrätin (D51, 8) Volksrechte (D75, 9/11) Tram (D71, 10)	13 (1,6%)
<i>Einen Abend lang drängeln</i>	459	M	S	Bundespräsidentin (D22, 2) Chefredaktor (D57, 3) Bundesrat (D22, 3/3) Anlass (D14, 4)	5 (1,1%)
SEITE 16 (1345 Wörter)					
<i>Urs Allemann, der Entschärfer</i>	699	I	S	Quartier (D56, 2) Stadtpräsident (D66, 2) Sprengel (D65, 3) Vorsteher (D76, 7)	4 (0,6%)
<i>Dschingis hat die Männermode revolutioniert</i>	329	I	S	dislozierte (D26, 1) Trottoir (D71, 2)	2 (0,6%)
<i>Ein weiterer Schritt zum neuen Kinderspital</i>	317	I	S	Spital (D65, T/1/2/3/3/4/5) kantonal (D41, 3) Franken (V259, 4/4) Einsprachen (D28, 5) Kanton (D41, 5)	12 (3,8%)
SEITE 17 (623 Wörter)					
<i>«Einen authentischen Blick ermöglichen»</i>	351	M	S	Stadtpolizei (D66, 1/1) Sanität (D59f., 1) hie (D38, 3) Kantone (D41, 4) Spital (D65, 4)	6 (1,7%)
<i>«WE ARE IN LOVE»</i>	272	M	S	Stadtpolizei (D66, E/1/1) tönte (D70, 3)	4 (1,5%)
SEITE 18 (1803 Wörter)					
<i>Eklat an Zürcher Tagesschule Bungertwies</i>	262	I	S	Schulpflege (D62, 1/1/3)	3 (1,1%)

<i>Abstimmung 12. Februar - Wahlhürde</i>	48	I	S	Initiative (D40) **	1 (2,1%)
<i>Abstimmung 12. Februar - Ordnungsdienst SIP</i>	59	I	S	Departement (D25) Kanton (D41) **	2 (3,4%)
<i>Abstimmung 12. Februar - Neues Schulhaus im Kreis 5</i>	49	I	S	Quartier (D56) Franken (V259) **	2 (4,1%)
<i>Abstimmung 12. Februar - Stadtratswahl</i>	31	I	S	N/A	N/A
<i>Neues Backpacker- Hostel an der Langstrasse</i>	526	I	S	Quartier (D56, 1) Franken (V259, 1/4/7) Milieu (D49, 4/9) schweizweit (D62, 6) Mietzins (D49, 7/9)	9 (1,7%)
<i>Die erste sprechende Ampel</i>	144	I	S	Stadtpolizei (D66) **	1 (0,7%)
<i>Explosion in Zürich verläuft glimpflich</i>	138	I	S	Stadtpolizei (D66) 2x **	2 (1,4%)
<i>Rentner schiessen illegal Kormorane ab</i>	118	I	S	Kanton (D41) Kantonspolizei (D41) **	2 (1,7%)
<i>Kulturell zerrissen</i>	50	I	S	N/A	N/A
<i>Streit unter Afghanen ausgeartet: Ein Mann im Spital</i>	60	I	S	Spital (D65) - 2x Kapo (D42) **	3 (5%)
<i>Stadt Winterthur unterstützt Afro- Pfingsten-Neuaufgabe</i>	89	I	S	Franken (V259) **	1 (1,1%)
<i>Jetzt sagt auch Schönenberg Ja zur Heirat mit Wädenswil</i>	90	I	S	Stimmberechtigten (D67) **	1 (1,1%)
<i>120 neue Mietwohnungen auf Weinkellerei-Areal</i>	45	I	S	bezugsbereit (D20) **	1 (2,2%)
<i>Klinik Hirslanden engagiert sich in der Ärzteausbildung</i>	94	I	S	N/A	N/A
73 Texte	23.796 Wörter	60 I 13 M	43 S 30 A		250 Helvetismen

* = Es gibt laut DUDEN Unterschiede zwischen Bundesrat/Nationalrat als Institution und Bundesrat/Bundesrätin/Nationalrat/Nationalrätin als Person.

** = In diesem Artikel gibt es keine Absätze.

Teil B: Die Zeitungsartikel aus dem *Tagesanzeiger* des 31. Januar 2017

SEITE 1

Die Dämmerung eines neuen Amerika (718)

Donald Trump ist als 45. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt worden. Sein Amtsantritt markiert eine Zeitenwende, nicht nur für Amerika, sondern vor allem auch für Europa. Endlich ist es losgegangen. Endlich sind die gut zehn Wochen seit der Wahl Donald Trumps abgelaufen. Die Übergangsphase verlief ungewöhnlich ruppig, der 45. US-Präsident konnte es offensichtlich kaum erwarten, die Macht zu übernehmen. Fast täglich mischte er sich mit seinen Kurznachrichten ins politische Geschehen ein – ein unübliches Gebaren für einen Wahlsieger. Aber das spielt keine Rolle mehr. Nun darf er regieren. Mit seiner Rede zum Amtsantritt knüpfte Präsident Trump an seinen Wahlkampf an: «America first, America first!», rief er, ballte die Faust und kündigte gigantische Investitionen an: Strassen, Autobahnen, Brücken, Flugplätze. Im Stil eines römischen Volkstribuns versprach er vor dem Capitol in Washington, die Macht dem Volk zurückzugeben: «Das Establishment hat sich selbst geschützt, aber nicht die Bürger unseres Landes.» Es war eine Dankesrede an seine Wähler, die ihrem Helden zujubelten. Immerhin streckte der neue Präsident – der Krönungsmesse der USDemokratie gebührend – allen Amerikanerinnen und Amerikanern die Hand entgegen: «Wir haben dasselbe rote Blut von Patrioten, egal, ob wir schwarz oder braun oder weiss sind.» Auf eine versöhnliche Geste gegenüber Wahlverliererin Hillary Clinton, die der Zeremonie beiwohnte, wartete man allerdings vergeblich – ein Zeichen menschlicher Grösse, das mancher Vorgänger Trumps gesetzt hat. Trump bleibt also Trump. Auch die Konturen seiner Aussenpolitik zeichnen sich ab: Er will die «zivilisierte Welt» vereinen, um den islamistischen Terror «auszumerzen». Gleichzeitig signalisierte er den Alliierten, dass sich die USA künftig mehr um sich selbst kümmern werden: «Wir haben die Grenzen anderer Nationen, aber nicht unsere eigenen verteidigt.» Zieht sich Amerika zurück in einen kriegerischen Isolationismus? Trumps Aussagen sind widersprüchlich, und sind sie es für einmal nicht, haben seine designierten Minister öffentlich genau das Gegenteil gesagt von dem, was der neue Boss im Weissen Haus ankündigte. Zumindest bisher. Fest steht, dass Trump nach den Regeln Trumps regieren will. Dabei werden unter seinen TwitterGewittern Gewissheiten zu Ruinen zerfallen. Die Prämisse etwa, dass Wohlstand für alle allen mehr Wohlstand bringt, gilt bereits nicht mehr: Statt Freihandelsabkommen soll es neue Zölle geben, wogegen sich Washington seit Jahrzehnten gewehrt hat. Auch an der strategischen Ordnung, welche die USA als westliche Führungsmacht seit 1945 aufgebaut und mit grossem Aufwand verteidigt haben, will Präsident Trump nicht länger festhalten: «Wir haben jahrzehntlang die Armeen anderer Länder subventioniert, während unser Militär verarmte.» Wie absurd das auch klingen mag – die USA unterhalten die mit Abstand modernsten und am besten ausgerüsteten Streitkräfte der Welt: Trump bestätigte hiermit aber, dass er die Nato für «überflüssig» hält. Sein Auftritt hat gezeigt: Trumps Äusserungen seit seinem Wahlsieg sind ernst gemeint. Er freute sich über den Brexit, hoffte auf weitere Austritte aus der EU und schwärzte die deutsche Kanzlerin an. Dabei wäre sie eine genuine Alliierte. Nun aber scheint es, als wolle Trump – mutmasslich im Gleichschritt mit Wladimir Putin – Angela Merkel vor den deutschen Wahlen desavouieren. Auf Regeln angewiesen Bis zum gegenteiligen Tatbeweis muss Europa mit einem Angriff auf die liberale Ordnung rechnen. Demokratie, Menschenrechte und freier Handel drohen an Bedeutung zu verlieren. Gerade ein Kleinstaat wie die Schweiz wäre darauf angewiesen, dass die internationalen Regeln eingehalten werden. Wenn Trump alles durchsetzt, was er angedacht hat, ist die relative Stabilität der Nachkriegszeit dahin. Was Uber für die Taxi-Branche und Airbnb für den Tourismus sind, könnte Trump für die Weltpolitik werden: ein disruptiver Präsident, der bewährte Strukturen rücksichtslos zerstört. Auch gesellschaftlich: Intellektuelle gelten plötzlich als elitär, Kritiker als Verräter, Anständige als schwach. Es scheint, als habe am 20. Januar 2017 eine neue Epoche begonnen. Die Folge wäre die Rückkehr in eine hobbessche Welt, geprägt von Unsicherheit für Kleinstaaten und Machtkämpfen zwischen den Grossmächten. Wie aber soll Europa reagieren, das Amerika ja so viel zu verdanken hat? In gemeinsamen Bereichen wie Freihandel, Klimawandel, Russland oder dem Iran dürften die europäischen Interessen mit jenen Washingtons kollidieren. Europa steht also vor «trumpulenten» Zeiten – das Wortspiel sei aus aktuellem Anlass erlaubt. Angela Merkel hat das Gegenmittel benannt: Für Europa bedeutet Trump, dass es sein Schicksal nun selber in die Hand nehmen muss. Trotz Brexit, Euro- und Flüchtlingskrise. Ein Anfang wäre, sich an die Inaugurationsrede eines anderen US-Präsidenten zu erinnern. Bei seinem Amtsantritt 1933, als ebenfalls ein neues Zeitalter heraufdämmerte, sagte Franklin D. Roosevelt: «Das Einzige, was wir fürchten müssen, ist die Furcht an

sich.»

Kritik an überhöhten Preisen in Davos (90)

Eine Übernachtung in einem überpinselten 3-Stern-Hotel für Franken, einen Hamburger für Franken während des WEF schrauben Gastronomen und Hoteliers in Davos ihre Preise deutlich nach oben. Die lokalen Behörden stören sich bereits seit einiger Zeit daran, nun kündigt Landammann Tarzisius Caviezel Massnahmen gegen unverschämte Anbieter. «Wir sind daran, Ideen zu entwickeln, wie wir mittels Containern günstigen Wohnraum und Eventraum anbieten können», sagte er. Die hohen Preise würden dem Image des Dorfes und dem Tourismus schaden, denn Davos sei als Skiort auf den Mittelstand angewiesen.

Blocher warnt vor Entmachtung (91)

Die Elite habe vergessen, dass nicht sie, sondern die Mehrheit der Stimmbürger das Sagen habe, sagte Alt-Bundesrat Christoph Blocher an der traditionellen Albisgütli-Tagung der Zürcher SVP. Blocher sang in seiner Rede ein Loblied auf die Bundesverfassung. Sie sei «der solide und konstante Wert der schweizerischen Eidgenossenschaft». Dank der besonderen Staatsform gehe es der Schweiz weniger schlecht als anderen Ländern, sagte der Parteistrategie am Freitagabend vor rund 1200 Gästen. Eine Entmachtung der Bürger sei im Gang. Die SVP (mit)mache aber nicht dabei, den Sonderfall zu Grabe zu tragen.

Lawinenunglück in Italien: Zehn Überlebende entdeckt (43)

Zwei Tage nach dem schweren Lawinenunglück in den Abruzzen sind zwei Menschen aus den Trümmern eines LuxusBerghotels gerettet worden. Mindestens acht weitere Überlebende seien ausfindig gemacht worden, (mit)teilte ein Sprecher der Feuerwehr, drei der Überlebenden seien Kinder.

Federer zieht mit herausragender Leistung in die Achtelfinals ein (42)

Roger Federer meldete sich gegen die Weltnummer, Tomas Berdych, mit einer Galavorstellung in der Elite zurück. Der 35-jährige Baselbieter bezwang den Tschechen. Neben ihm erreichte auch Stan Wawrinka die Achtelfinals des Australian Open.

SEITE 2

America first (1303)

Donald Trump fackelt nicht lange. Er sagt, viel wird sich ändern, sehr viel. In der US-Hauptstadt wurde zuerst gejubelt, dann protestiert.

Mit wem man in Washington D.C. dieser Tage auch sprach, man hörte immer wieder einen Satz: «Ich kann nicht glauben, dass es passiert.» Amerikas Hauptstadt ist eine Bastion der Liberalen, 91 Prozent der Washingtoner hatten für Hillary Clinton gestimmt. Nun mussten sie gequält mitansehen, wie die ganze Woche über immer mehr Menschen aus allen Ecken des Landes mit roten Donald-TrumpMützen ihre Stadt besetzten. Am Freitagmittag sollte es dann doch passieren. Mit der Hand auf der Bibel, legte der etwas angespannt wirkende Geschäftsmann aus New York auf den Stufen des Kapitols den Eid als 45. Präsident der Vereinigten Staaten ab. Hunderttausende verfolgten danach die Antrittsrede Donald Trumps unter einsetzendem Nieselregen. Wie schon im Wahlkampf so versprach er auch jetzt, für Jobs zu sorgen und dafür, dass Amerika wieder gewinnen werde. Er werde sichere Grenzen schaffen, bessere Strassen bauen und einen Wirtschaftsaufschwung bewirken, von dem alle profitierten. «Wenn Amerika vereint ist, ist das Land nicht aufzuhalten.» Es sind Ankündigungen, an denen er sich in vier Jahren messen lassen muss. Mehr als einmal wiederholte der neue Präsident seine alte Parole: «America first»; den islamistischen Terrorismus werde er «auslöschen», vorbei seien die Zeiten, in denen nur geredet werde, aber «nicht gehandelt», sagte Trump. Es waren Worte, die wohl an seinen Vorgänger Barack Obama gerichtet waren, der nur wenige Meter hinter ihm sass. «Nazis» und «Kommunisten» Die Rede wird allen Trump-Fans gefallen haben – die Skeptiker allerdings werden skeptisch bleiben, und die Demonstranten hinter den Absperrgittern hielten Transparente in die Luft mit den Worten: «Jetzt beginnt das dunkle Zeitalter.» Tatsächlich zeigte sich Trump wenig versöhnlich, Hillary Clinton erwähnte er nicht mit einem Wort. Statt symbolisch die Arme auszustrecken, ballte er während seinen letzten Worten die Hand zur Faust: «Gott schütze Amerika.» Noch während Donald Trump und sein Vize Mike Pence den Obamas nachwinkten, die mit dem Hubschrauber nach der Amtseinssetzung in den Urlaub flogen, trafen rund ums

Kapitol erste Trump-Demonstranten auf Trump-Unterstützer, was zum Teil aussah, als sei man bei einem Fussballerby. Einige Hundert schwarz gekleidete, vermummte Demonstranten zogen randalierend durch das Zentrum der US-Hauptstadt. Die Trump-Gegner warfen Steine, zerstörten Schaufensterscheiben und nannten jeden, der eine Trump-Mütze anhatte, Nazi. Worauf sie sich anhören mussten, sie seien Kommunistenschweine. Die Stadt Washington hatte sich seit Wochen auf die Menschenmassen vorbereitet. Seit Tagen stehen an jeder Strassenecke Polizisten hinter Absperrgittern. Daneben verkaufen fliegende Händler ihre T-Shirts: Obama, Trump, Monica Lewinsky, Martin Luther King – die jüngere amerikanische Geschichte auf buntem Jersey für 20 Dollar. Die Restaurants haben ihre Öffnungszeiten verlängert, «weil wir alle ein paar Drinks brauchen», wie es in der «Washington Post» hiess. Auch die Metro bat vorsorglich um Verständnis, es könne etwas chaotisch werden, was mit Hohn quittiert wurde, weil die U-Bahn in DC immer Verspätung hat. Nach seiner Rede verschwand Donald Trump, so will es das strenge Protokoll dieses ersten Tages, zum Lunch mit den Mitgliedern des Kongresses. Es gab Hummer an Safransauce, danach Angus-Beef und Schokoladen-Soufflé. Dazu wurden amerikanische Weine serviert, die Trump aber nicht anrührte. Der neuerdings mächtigste Mann der Welt ist, obwohl er einst einen Wodka unter seinem Namen vertrieb, bekennender Abstinenzler. Die Familie des neuen Präsidenten war schon am Donnerstag in Washington eingeflogen, wo am Abend vor dem Lincoln-Memorial ein Willkommenskonzert stattfand; dieses offenbarte, was Donald Trump gerne verschweigt: Er tritt sein Amt mit sinkenden Umfragewerten an und kam jüngst nicht über 40 Prozent Zustimmung. Auch unter Musikern – und Künstlern generell – hat er wenige Freunde. Nichts gegen den Countrysänger Toby Keith und die wackere Rockband 3 Doors Down, die auf der Bühne standen und eine gute Stimmung erzwingen wollten: Das Publikum blieb zurückhaltend, daran konnte auch das Feuerwerk nichts mehr ändern. Die grossen Namen fehlten. Bruce Springsteen, Jennifer Lopez, The Beach Boys, sie alle hatten abgesagt. Das ging auch anderen so: Mehr als 60 demokratische Kongressmitglieder hatten angekündigt, der Inauguration fernzubleiben. Einige protestierten gegen Trumps «Politik der Spaltung». Andere kritisierten die «ungeklärte Beziehung zu Wladimir Putin». Der bekannte Bürgerrechtler John Lewis hatte Donald Trump schon zuvor als «illegitimen Präsidenten» bezeichnet. Die Flitterwochen Die Wochen zwischen der Präsidentschaftswahl im November und den ersten Tagen im Weissen Haus werden in den USA «Honeymoon» genannt. Traditionell schiesst die Beliebtheitskurve des neuen Präsidenten in ebendiesen Flitterwochen nach oben. Amerika ist ein Land, das den Wandel liebt. Barack Obama erhielt vor acht Jahren in seiner ersten Zeit 70 bis 80 Prozent Zustimmung. Trump hingegen hat schon als Kandidat der Republikaner polarisiert, er polarisierte als President-elect und sieht sich nun mit der Tatsache konfrontiert, dass an diesem Samstag, seinem ersten vollen Arbeitstag als Präsident, Hunderttausende im ganzen Land gegen ihn protestieren wollen. Flitterwochen sehen anders aus. Nachdem es am Freitag schon zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei kam, werden heute 250 000 Menschen beim Women's March in Washington erwartet. In Hunderten Städten soll es ähnliche Märsche geben. «Wir wollen dem Präsidenten zeigen, dass wir seine Amtszeit von Beginn an kritisch begleiten», sagt Sprecherin Cassidy Fendley. Ganz ähnlich äusserte sich der scheidende Präsident Barack Obama in seiner letzten Pressekonferenz. Er hat zwar angekündigt, sich rarmachen zu wollen, allein schon deshalb, «weil ich meine eigene Stimme im Fernsehen nicht ertrage». Er wolle mit seinen Kindern zusammen sein und «vielleicht etwas schreiben», sagte Obama. Zum Schluss seiner Amtszeit begnadigte er noch 330 Häftlinge und transferierte vier weitere Guantánamo-Gefangene ins Ausland, womit sich jetzt noch 41 Insassen im US-Militärgefängnis auf Kuba befinden, das Obama eigentlich schliessen wollte. An die Adresse Trumps gerichtet, zog er vor den Medien Mitte Woche gleich mehrere rote Linien: Er werde sich zurückmelden, falls er systematische Diskriminierung beobachte, falls die Presse eingeschüchert werde oder falls man Kinder, die in den USA aufgewachsen seien, abschieben wolle. Zu Recht bangt Obama um sein politisches Erbe. Als er kurz vor Trumps Rede auf die Bühne trat, begannen viele Trump-Anhänger zu pfeifen und zu buhen. Trump hat seinen Wählern versprochen, viele Verordnungen, Gesetze und Abkommen zu annullieren, die unter seinem Vorgänger in Kraft gesetzt wurden. So soll Obamas Gesundheitsreform fallen. Trump will zudem Obamas Klimaverordnungen rückgängig machen, «gleich am ersten Tag im Oval office»; und er wird einen neuen Richter für den obersten Gerichtshof ernennen. Bevor sich der neue und der alte Präsident aber in die Haare geraten, was nur eine Frage der Zeit sein wird, tranken sie am Freitag vor Trumps Einsetzung im Weissen Haus ganz gesittet Tee, in Begleitung ihrer Gattinnen. Der Tee gehört genauso zum Protokoll wie die Übergabe der Nuklearcodes. Vom gestrigen Tag an wird ein Offizier den Atomkoffer, auch Football genannt, hinter Trump hertragen. Als Präsident kann er mit den im Koffer enthaltenen Codes, ohne Autorisierung durch den Kongress, einen Atomschlag anordnen. Ein wenig von der Tradition abgewichen ist hingegen First

Lady Melania Trump, die vorerst in New York bleiben wird, wo ihr Sohn Barron die Schule beenden soll, bevor auch sie an die 1600 Pennsylvania Avenue zieht. Sie darf dann ein paar neue Möbel mit ins Weisse Haus nehmen, Teppiche und Vorhänge austauschen. Im Kern aber wird «das Haus, das von Sklaven gebaut wurde, und in dem nun acht Jahre lang schwarze Kinder aufwuchsen», wie Michelle Obama in einer Rede sagte, unverändert bleiben. So wie es Jackie Kennedy einst dekorierte. Am Ende des Tages, nach den ganzen Bällen und weiteren Reden, wird Trump wohl zum ersten Mal am Schreibtisch im Oval Office gesessen haben, in dessen Schublade ein Brief von Obama steckt. Auch das gehört zur Tradition. George Bush Senior schrieb Bill Clinton, er solle sich von der Kritik nicht zermürben lassen. George W. Bush schrieb Obama, er öffne ein neues Kapitel in der amerikanischen Geschichte. Über den Inhalt des Briefs an Trump ist nichts bekannt. Aber «The Donald», wie er in seinem früheren Leben genannt wurde, wird auf Twitter vielleicht bald darüber berichten. Von nun an als «Potus» – als «President of the United States».

SEITE 3

Das Team. Die Trump-Bändiger (869)

Die Kritiker des neuen US-Präsidenten stellen schon jetzt die Frage: Wer kann verhindern, dass Donald Trump unabsehbaren Schaden anrichtet?

Wer die Frage beantworten will, wer Donald Trump bändigen kann, muss Theorie und Praxis auseinanderhalten. Die Gründerväter der USA waren misstrauische Menschen, sie wollten ein demokratisches Staatswesen, vor allem aber eines, indem niemand zu viel Macht hat. Das galt ins besondere für das Amt des Präsidenten – George Washington und seine Mitrevolutionäre hatten keinen Unabhängigkeitskrieg geführt, um danach statt vom britischen König von einem allmächtigen Staatsoberhaupt regiert zu werden. Deswegen stellten sie in der Verfassung neben den Präsidenten, den Anführer der Exekutive, eine starke Legislative. Der Kongress in Washington, bestehend aus dem Abgeordnetenhaus und dem Senat, hat ähnlich weitreichende Befugnisse wie der Mann im Weissen Haus. So ist das System der «checks and balances» entstanden, alle Teile der Regierung halten sich gegenseitig in Schach: Alle Gesetze müssen sowohl vom Präsidenten als auch von beiden Parlamentskammern gebilligt werden; der Senat muss die Minister des Präsidenten bestätigen; der Kongress verfügt über das uneingeschränkte Budgetrecht. Theoretisch kann deshalb der Präsident nur sehr beschränkt regieren, wenn der Kongress nicht mitmacht. Der Demokrat Barack Obama hat das immer wieder schmerzhaft erfahren müssen. Die republikanischen Mehrheitsfraktionen im Abgeordnetenhaus und im Senat liessen ihn über Jahre einfach auflaufen und verweigerten die Zusammenarbeit. Trump ist in einer weit bequemerer Position. Seine Republikaner beherrschen beide Kammern im Kongress, die Demokraten können allenfalls Verfahrenstricks nutzen, um ihm Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Theoretisch könnte es zwar zum Streit zwischen dem republikanischen Präsidenten und dem republikanischen Parlament kommen. Und es gibt schon jetzt politische Projekte, bei denen unterschiedliche Vorstellungen zutage getreten sind, etwa bei der angestrebten Steuerreform. Er wird durchregieren. Aber in der Praxis wird sich Trump vermutlich öfter durchsetzen als geschlagen geben müssen. Noch im vergangenen Spätsommer hatten viele Republikaner damit gerechnet, dass Hillary Clinton das Weisse Haus und in ihrem Kielwasser die Demokraten den Kongress erobern würden. Die Republikaner sind heilfroh, dass Trump gewonnen und ihnen ihre Mehrheiten gesichert hat. Sie haben sehr genau beobachtet, dass Widerstand gegen Trump im Wahlkampf eher schädlich als nützlich war. Fakt ist: Trump kann jeden republikanischen Kandidaten oder Politiker mit ein paar Tweets vernichten. Das ist ein wirksames Druckmittel. Die Loyalität der republikanischen Fraktionsspitzen im Kongress gegenüber der Person Trump ist sicher begrenzt. Aber sie werden kaum ihre Regierungsfähigkeit aufs Spiel setzen wollen, indem sie ihn herausfordern. Das bedeutet: Solange Trumps Agenda – vor allem in der Innenpolitik – nicht mit heiligen republikanischen Dogmen bricht, was nicht zu erwarten ist, kann der neue Präsident vermutlich durchregieren. Zu glauben, der Kongress werde Trump bändigen oder einhegen, ist eine Illusion. Zumal Trump in etlichen politischen Bereichen weniger ideologisch denkt als viele republikanische Parlamentarier. Neben dem Kongress gibt es das Kabinett. Den Ministern freilich räumt die Verfassung praktisch keine Macht ein. Sie sind Angestellte des Präsidenten, er kann ihren Rat annehmen und sie Politik machen lassen. Er muss aber nicht. Trump hat etliche Leute in sein Kabinett geholt, die auf ein erfolgreiches Leben ausserhalb der Politik zurückblicken können. Das macht sie unabhängig. Zudem haben einige Ministerkandidaten bei ihren Senatsanhörungen dezidiert andere Ansichten geäussert als der neue Präsident – etwa, was den Umgang mit Russland oder den Wert der Nato angeht. Das lässt einige Beobachter in Washington hoffen,

dass Trump sich bei diesen Themen beeinflussen lässt. Ex-General mit viel Einfluss Allerdings ist die Hoffnung, ein als erratic gefürchteter Präsident werde sich von seinen Ministern und Beratern einhegen lassen, schon oft enttäuscht worden, siehe zuletzt George W. Bush und Colin Powell. Ob Trumps Minister tatsächlich etwas zu sagen haben werden, ist völlig offen. Trump war als Unternehmer durchaus bereit, Verantwortung zu delegieren, aber nur, wenn seine Untergebenen taten, was er wollte. Dass ein Minister politische Alleingänge macht, dürfte in Trumps Welt nicht vorgesehen sein, ausser bei Themen, die den Präsidentennichtinteressieren. Aussenpolitiker in Washington halten allenfalls einen Mann in Trumps Kabinett für so gewichtig, dass der Präsident ihn nicht einfach übergehen kann: den früheren General und künftigen Verteidigungsminister James Mattis. Er hat eine lange Offizierskarriere hinter sich, er war im Krieg und hat die Marineinfanterie mit vier Sternen auf der Schulter verlassen. Mattis, so die Vermutung, wird sich weder von Trumps Untergebenen noch vom Präsidenten selber herumschubsen lassen. Mattis im Streitfall zu feuern, wäre jedoch für Trump angesichts des Rufs, den der Ex-Soldat genießt, eine heikle Sache. In Europa hat daher gerade Mattis' scharfer Ton gegenüber Moskau und sein klares Bekenntnis zur Nato für Erleichterung gesorgt. Eine dritte Gruppe von Menschen, die sicher Einfluss auf Trump hat, besteht aus seinen engsten Beratern, die er mit nach Washington oder ins Weisse Haus bringt. Einige davon sind Familienmitglieder wie seine Tochter Ivanka oder sein Schwiegersohn Jared Kushner; einige Berater sind Gefolgsleute aus Wahlkampfzeiten wie sein Chefstrategie Steve Bannon, andere haben früher für eine von Trumps vielen Firmen gearbeitet. Trump, so heisst es, schliesse sich oft der Meinung desjenigen an, mit dem er zuletzt gesprochen habe. Und die letzten Gespräche vor wichtigen Entscheidungen wird er vermutlich mit seinem innersten Kreis führen. Wer dazu gehört, ist per se einflussreich. Inwiefern diese Leute allerdings eigene politische Ideen entwickeln sollen oder ob ihre Aufgabe nur ist, Trumps Vorstellungen in die Praxis umzusetzen, ist unbekannt. Vermutlich werden sie ihre Rolle nicht darin sehen, Trump zu zähmen.

Pathos und Populismus (514)

Donald Trump ist 45. Präsident der USA. In seiner ersten Rede kündigt er an, nur noch US-Interessen zum Massstab seiner Politik zu machen. Der neue US-Präsident Donald Trump sagte in seiner Antrittsrede, die Welt müsse sich darauf einstellen, dass seine Regierung jede politische Entscheidung danach bewerten werde, ob sie Amerika nütze oder nicht. «Amerika zuerst» sei von nun an das Leitmotiv der US-Politik, sagte Trump am Freitag nach seiner Vereidigung in Washington. Trump macht damit ein zentrales Versprechen aus dem Wahlkampf zur offiziellen Regierungslinie. Wie schon früher bei zahllosen Wahlveranstaltungen beklagte er auch in seiner Antrittsrede, dass Amerika seit Jahrzehnten unter offenen Grenzen und dem Freihandel leide und dass es sich zu sehr um das Wohlergehen anderer Länder in der Welt gekümmert habe. «Der Reichtum wurde der amerikanischen Mittelklasse entrissen und über die ganze Welt verteilt», so Trump. Damit aber sei von diesem Tag an Schluss. «Wir werden unser Land wieder aufbauen», versprach er. Der Populismus in Trumps Rede war gepaart mit fast schon revolutionärem Pathos. Trump übte heftige Kritik an den Politikern in Washington, die angeblich nur für sich selbst sorgten, nicht für die einfachen Leute. Das «Establishment» habe immer nur sich selbst geschützt, alle Kosten aber den Bürgern aufgeladen, so Trump. Mit seinem Amtsantritt habe das ein Ende, die Macht ginge nun wieder ans Volk über, versprach er. Aggressives Auftreten Konkrete politische Vorhaben sprach Trump nicht an. Ebenso wenig ging er auf seine Kritiker zu und auf den Teil der amerikanischen Wähler, die nicht für ihn gestimmt hatten. Im Gegenteil: Durch seine populistische Rede bestätigte Trump, was sich schon in den zweieinhalb Monate seit seinem Wahlsieg gezeigt hatte: dass er nicht die Absicht hat, sich oder seinen politischen Kurs zu ändern, sondern dass er sein Wahlkampfprogramm so weit als möglich umsetzen will. Ob dieses aggressive Auftreten gut ist für das Land, das Trump regieren wird, kann man bezweifeln. Die amerikanische Gesellschaft ist politisch, sozial, kulturell und wirtschaftlich so tief gespalten wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Der harte Wahlkampf hat die Risse verbreitert. Und Trump, obwohl der knappe Wahlsieger, ist alles andere als unumstritten. Der Vorwurf der US-Geheimdienste, Russland habe versucht, die Wahl zu seinen Gunsten zu manipulieren, die Berufung etlicher Milliardäre und Banker ins Kabinett, seine beleidigten Wortduelle mit Kritikern –all das hat Trumps Ansehen seit dem Wahlsieg sinken lassen. Aktuelle Umfragen zufolge ist der neue Präsident nur bei 40 Prozent der Amerikaner beliebt. Das ist weniger als sein Stimmenanteil am Wahlergebnis. Zum Vergleich: Der scheidende Präsident Barack Obama hatte bei seinem Amtsantritt Beliebtheitswerte von um die 80 Prozent, derzeit liegen sie bei etwa 60 Prozent. Obamas Erbe wird zerstört Trotzdem will Trump das Land umkrepeln. Das meiste von dem, was Obama als sein politisches Erbe betrachtet, wollen Trump und die Republikaner im Kongress wieder rückgängig machen.

Erstes Ziel: Obamas Gesundheitsreform, durch die erstmals in der Geschichte der USA eine allgemeine, staatlich geförderte Krankenversicherung eingerichtet wurde. Die ersten Schritte, um Obamacare wieder abzuschaffen, wurden bereits getan; am Ende könnten fast 20 Millionen Menschen ihre Krankenversicherung wieder verlieren. Doch auch Obamas Klimaschutz- und Energiepolitik, seine Bildungs-, Steuer-, Einwanderungs und Bürgerrechtspolitik stehen zur Disposition.

SEITE 4

Ex-Präsident Jammeh gibt nach (492)

Im Machtkampf um das Präsidentenamt im westafrikanischen Gambia scheint der abgewählte Yahya Jammeh das Feld zu räumen. Die genauen Umstände waren am Freitagabend noch unklar. Das Schicksal des westafrikanischen Touristenparadieses Gambia stand auch am Freitagabend noch in der Schwebe, nachdem der regionale Staatenbund Ecowas dem ehemaligen Präsidenten Yahya Jammeh eine weitere Chance eingeräumt hatte, sein Amt ohne Blutvergiessen zu räumen. Während bereits am Donnerstagabend Truppen aus mehreren westafrikanischen Staaten, vor allem aus dem Senegal, auf gambisches Staatsgebiet vorgedrungen waren, wurde die Invasion am Freitagmorgen vorübergehend gestoppt, um dem guineischen Staatschef Alpha Condé sowie seinem mauretanischen Amtskollegen Mohamed Ould Abdel Aziz die Möglichkeit zu einem letzten Gespräch mit dem im Präsidentenamt in der gambischen Hauptstadt Banjul verschanzten Autokraten Jammeh zu geben. Die beiden Emissäre landeten am Freitagmorgen auf dem Flughafen von Banjul – ob ihre Mission erfolgreich werden würde, stand bis Redaktionsschluss nicht endgültig fest. Jammeh werde das Amt abgeben und ins Exil gehen, sagte ein Berater des neuen Präsidenten Adama Barrow am Freitag. Am Nachmittag wurden die Gespräche für die Gebete der muslimischen Teilnehmer unterbrochen. Falls der Plan der Präsidenten gelingt, wird Jammeh mit seiner Familie im Flugzeug des mauretanischen Staatschefs das Land in Richtung der guineischen Hauptstadt Conakry verlassen. Das Ende der 22-jährigen Herrschaft Jammehs war am Donnerstagabend durch die Amtseinführung Adama Barrows zum neuen Präsidenten in der gambischen Botschaft der senegalesischen Hauptstadt Dakar besiegelt worden. Die Zeremonie wurde von mehreren ausländischen Diplomaten begleitet: Sowohl die Vereinten Nationen wie die Afrikanische Union erkannten Barrow anschliessend als legitimen Präsidenten des knapp 2 Millionen Einwohner zählenden Staates an. Der 51-jährige Oppositionschef hatte am 1. Dezember überraschend die Wahlen gewonnen: Nach der anfänglichen Anerkennung seiner Niederlage suchte Jammeh das Wahlergebnis später anzufechten. Seitdem tobt im westafrikanischen Kleinstaat ein Machtkampf, den Ecowas nun mit der Entsendung von Soldaten zugunsten des ehemaligen Grundstückmachers Barrow entschied. Armee bleibt ruhig Nach Barrows Vereidigung war es am Donnerstagabend in Gambia zu ersten Freudenfesten gekommen, an denen auch Streitkräfte-Chef Ousman Badije teilnahm. Bereits zuvor hatte der General mitgeteilt, seine Soldaten würden nicht gegen die Invasionstruppen kämpfen: Es handle sich um einen politischen und keinen militärischen Konflikt, so Badije. Teile der gambischen Armee verbrühten sich Augenzeugenberichten zufolge am Freitag mit der Inventionsarmee. Unklar ist allerdings, wie sich die Prätorianergarde Jammehs bei einem Vormarsch der Ecowas-Soldaten auf das Präsidentenamt verhalten wird. Gerüchten zufolge soll sich der Ex-Staatschef auch eine Söldnertruppe zugelegt haben. Bei seiner Amtseinführung appellierte der 51-jährige Barrow an den UNOSicherheitsrat, bei der Umsetzung des Wahlergebnisses behilflich zu sein, das zum ersten Mal in der Geschichte des 1965 von Grossbritannien unabhängig gewordenen Staates einen demokratischen Machtwechsel vorsieht. Kurz später gab der Sicherheitsrat in New York mit einer Resolution grünes Licht für den Ecowas-Einmarsch. Gambias Strassen waren am Freitag nahezu ausgestorben, die meisten Geschäfte blieben geschlossen. Weit über die Grenzen Gambias hinaus wurde der Ecowas-Einsatz in den sozialen Netzwerken als Befreiungstat gefeiert. Der Staatenbund habe das 22 Jahre lange Leiden der Gambier endlich beendet, hiess es unter anderem.

Die Terrormiliz gerät in die Defensive (693)

Die irakische Regierung meldet Erfolge bei der Rückeroberung Mosuls.

Die irakische Flagge weht wieder über den meisten Vierteln der Osthälfte von Mosul. Doch die Nachrichten über die völlige Befreiung dieses Teils der zweitgrössten irakischen Stadt von der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) waren etwas voreilig, wie die Armee nun zugeben musste. Die Eliteeinheiten der Antiterrorismuskräfte, auch als «Goldene Division» bekannt, hatten erklärt, sie hätten ihre Mission erfüllt. Reguläre Verbände der Armee und der Bundespolizei lieferten sich noch in einigen

abgelegenen Vierteln der Stadt Gefechte mit den Jihadisten. Die strategisch bedeutenden Verbindungsachsen und Gebiete im Osten der Stadt sind aber freigezogen. Zudem seien die meisten IS-Befehlshaber tot, sagte ein Sprecher der irakischen Armee. Sie seien während der seit drei Monaten anhaltenden Kämpfe im Osten der Metropole getötet worden. Premier Haidar al-Abadi verkündete, irakische Truppen würden jetzt auf den Westen der Stadt jenseits des Tigris vorrücken, der sich noch vollständig in der Hand des IS befindet. Bewohner hatten wiederholt von Luftangriffen und Einschlägen von Artilleriegeschossen in Vierteln berichtet, in denen der IS Waffenlager, Werkstätten und andere Einrichtungen unterhält. Der Westteil der Stadt mit seinen engen Strassen ist dichter besiedelt als der Osten. Dennoch prophezeien irakische Kommandanten, die Rückeroberung werde dort einfacher. Unabhängige Experten halten dem entgegen, dass der IS diesen Teil der Stadt stärker befestigt hat, was die Manövrierfähigkeit der Truppen ebenso einschränkt wie den Einsatz schwerer Waffen und Luftunterstützung. Laut der UNO sind seit Beginn der Offensive Mitte Oktober 2016 mehr als 148 000 Menschen vor den Kämpfen geflohen, 12 500 von ihnen alleine vergangene Woche. 16 500 seien bereits wieder in die befreiten Gebiete zurückgekehrt. Hunderttausende seien auf humanitäre Hilfe angewiesen. Viele Menschen warteten darauf, bis Schutt und Müll aus den Strassen geräumt seien und Strom und Wasser wieder fliessen, bevor sie zurückkehrten. Die Regierung ermögliche Hilfslieferungen und verteilte Lebensmittel. Keinen Zugang gibt es zu den Bewohnern im vom IS kontrollierten Westteil, wo die UNO noch bis zu 750 000 Menschen vermutet. Hohe Verluste der Armee Bei den Kämpfen wurden gemäss den Angaben mindestens 1500 Zivilisten verletzt, die zur Behandlung nach Erbil gebracht worden waren, der Hauptstadt der kurdischen Autonomieregion. Eine gesicherte Zahl, wie viele Zivilisten getötet wurden, liegt nicht vor. Die UNO-Unterstützungsmission Unami gab sie für die gesamte Provinz Niniveh, in der Mosul liegt, für Dezember mit 208 an, für November mit 332. UNO-Nothilfe-Koordinatorin Lise Grande machte massgeblich den IS verantwortlich, der gezielt auf fliehende Zivilisten schiesse. Hunderte, nach anderen Schätzungen sogar etwa 2000 IS-Kämpfer wurden getötet. Die Verluste der irakischen Einheiten gibt die Regierung offiziell nicht bekannt, sie übersteigen in einigen Einheiten aber dem Vernehmen nach 20 Prozent und dürften damit im vierstelligen Bereich liegen. Der IS zündete alleine im Ostteil Mosuls mehr als 300 Autobomben.

Syrien Der IS sprengt erneut historische Bauten in Palmyra

In der ohnehin schwer beschädigten antiken Stadt Palmyra in Syrien ist es zu neuen Zerstörungen gekommen. Das geht aus Satellitenbildern hervor, die von den in Boston ansässigen American Schools of Oriental Research veröffentlicht wurden. Sie erlauben keinen direkten Aufschluss über die Ursache, es liegt aber die Vermutung nahe, dass die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) das Teträpylon und Teile der Bühnenrückwand des römischen Amphitheaters gesprengt hat. Die Bilder vom 10. Januar zeigen, dass von einst 16 Säulen des Teträpylon nur noch die 4 westlichsten teilweise stehen. Die zerstörten Kapitelle und Dachelemente, die von je 4 Säulen getragen wurden, liegen am Boden, ebenso Säulensegmente. Auf der Bühne des Theaters liegen ebenfalls grössere Mengen Trümmer. Von den 3 Portalen, die in Bildern vom 26. Dezember dort zu sehen waren, sind nur noch Stümpfe zu erkennen. Syriens Regime hatte Palmyra mithilfe russischer Truppen im März 2016 zurückerobert. Im Dezember gab das Regime der Einnahme der Rebellen-Enklave Ostaleppo Priorität und überlies Palmyra weitgehend ohne Widerstand erneut dem IS. Für die militanten Islamisten sind die historischen Bauten Palmyras Überreste aus der «Zeit des Unglaubens», die aus ihrer Sicht vernichtet werden müssen. Die neuen Zerstörungen reihen sich in eine Serie ähnlicher Gewaltakte des IS ein. Die Unesco verurteilte die Sprengung der Monumente als «Kriegsverbrechen». Die Zerstörung sei «ein immenser Verlust für das syrische Volk und die Menschheit», sagte Unesco-Chefin Irina Bokowa. Die Oasenstadt gehört seit 1980 zum Unesco-Weltkulturerbe.

Eine Trophäe für Donald Trump? (444)

Die Auslieferung des Drogenbosses Chapo Guzmán an die US-Justiz sorgt in Mexiko für Polemik. Der Verdacht ist derart naheliegend, dass sich Mexikos Staatsanwaltschaft veranlasst sah, ihn explizit zu dementieren. Es sei ein reiner Zufall, dass Joaquín «El Chapo» Guzmán, der Anführer des Drogenkartells von Sinaloa, ausgerechnet am Vorabend der Amtsübernahme von Donald Trump an die US-Justiz überstellt worden sei. Die Aktion sei keinesfalls ein Versuch, den künftigen amerikanischen Präsidenten milde zu stimmen. «Wir haben uns lediglich an internationale Abkommen gehalten», betonte ein Vertreter der mexikanischen Behörden. Die Anwälte des Drogenbosses sehen es anders. «Die Regierung hat meinen Mandanten dem neuen amerikanischen Präsidenten als Trophäe dargereicht», behauptete José Refugio Rodríguez. Das US-Justizministerium bedankte sich beim Nachbarn für die «hervorragende

Zusammenarbeit». Am Donnerstagnachmittag holten Sicherheitskräfte den Chef des SinaloaKartells aus seiner Einzelzelle in einem Hochsicherheitsgefängnis der Grenzstadt Ciudad Juárez. Unter strikten Sicherheitsvorkehrungen brachten sie Chapo Guzmán zum Flughafen, um ihn Beamten der amerikanischen Antidrogenpolizei DEA zu übergeben. Kurz vor neun Uhr abends landete die Maschine mit dem Drogenboss in New York. In sechs amerikanischen Bundesstaaten liegen Anklagen gegen den 60-jährigen Mexikaner vor, unter anderem wegen Mordes, organisierter Kriminalität, Drogenschmuggels, Geldwäscherei. Zunächst wird sich Chapo Guzmán vor einem Gericht im New Yorker Stadtbezirk Brooklyn verantworten müssen. Die zuständige Staatsanwältin Loretta Lynch wirft ihm vor, während eines Jahrzehnts bis zu 23 Tonnen Kokain in die USA geschmuggelt zu haben. In Mexiko ist es Guzmán zweimal gelungen, aus einem Hochsicherheitsgefängnis zu fliehen. Seine Auslieferung in die USA zeugt nicht zuletzt vom Bestreben der mexikanischen Regierung, eine erneute internationale Schmach von derart kolossalem Ausmass zu vermeiden. Seit seiner letzten Verhaftung im Januar 2016 haben Chapo Guzmáns Anwälte alle juristischen Mittel ausgeschöpft, um die Überstellung ihres Klienten zu verhindern. Unter anderem argumentierten sie, dem Drogenboss drohe in Texas die Todesstrafe. Beginnende Demenz Noch am Donnerstag legten sie bei einem mexikanischen Gericht vergeblich eine Beschwerde ein. Sie beantragten auch, dass das oberste mexikanische Gericht über den Fall entscheiden müsse, was Guzmáns Auslieferung zumindest erheblich verzögert hätte. Das oberste Richterergremium lehnte es jedoch ab, auf das Ansinnen einzutreten. Guzmáns Anwälte beklagen, nicht über die bevorstehende Auslieferung informiert worden zu sein. Sie hätten davon aus den Medien erfahren. Im unwahrscheinlichen Fall, dass Guzmán nach Verbüßung seiner Haft in den USA noch lebt, würde er erneut nach Mexiko gebracht. Dort liegen noch immer zehn Anklagen gegen ihn vor. Ungewiss ist, ob Guzmán mit der US-Justiz kooperiert, um eine geringere Strafe zu erhalten. Ungewiss ist auch, inwieweit er zur Kooperation überhaupt fähig ist. Denn laut dem Psychiater Julio César Ayuso, der Chapo Guzmán vergangenen August im Gefängnis untersuchte, zeigt der Drogenboss Symptome einer beginnenden Demenz. Unter anderem leide er an Gedächtnisschwund.

SEITE 5

Rauchzeichen des Lebens (900)

In den Abruzzen konnten zwei Tage nach dem Niedergang einer Lawine mindestens zehn Menschen aus dem verschütteten Hotel gerettet werden. Italiens Medien sprechen vom «Wunder von Rigopiano». Doch hätte das Unglück nicht vermieden werden können?

Plötzlich war da Rauch, 40 Stunden nach dem Unglück. Rauch aus der Küche, oder wenigstens von da, wo nach Lageplan die Küche ungefähr sein musste. Gerade als niemand mehr daran zu glauben schien, dass unter den Schneemassen noch Leben war, konnten italienische Feuerwehrleute im verschütteten Hotel Rigopiano in den Abruzzen zehn Vermisste lokalisieren. Acht hatten sich unter einer Deckenverstrebung, die der Lawine standgehalten hatte, verschanzt. Ein Luftloch, eine Nische der Hoffnung. «Sie hatten ein Feuer angefacht, um sich daran zu wärmen», sagten die Retter, «über den Rauch fanden wir zu ihrem Unterschlupf». Und zu den Stimmen hinter der dicken Schneemauer. Auch vier Kinderstimmen waren dabei. «Als wir sie befreiten, brauchten wir nur in ihre Augen zu schauen, um zu verstehen, was sie durchgemacht hatten.» Sie trugen warme Kleidung, das hat sie gerettet. Unter den Überlebenden ist «laut Blick» auch Giorgia G. (22) aus Rapperswil SG. Wie ihre Mutter am späten Freitagabend auf Facebook mitteilte, sei ihr das bestätigt worden. Ebenfalls unter den Überlebenden waren die Frau und der achtjährige Sohn von Giampiero Parete. Das Schicksal der Familie Parete bewegt die Italiener besonders. Der Familienvater hatte gerade das Hotel verlassen, um in seinem Auto Tabletten zu holen für seine Frau, die an Kopfschmerzen litt, als die Lawine niederging. Die Schneemassen streiften seinen Wagen nur. Parete versuchte danach verzweifelt, Hilfe zu organisieren. Die Freude über die Rettung der Lieben ist aber nur eine halbe, da die sechsjährige Tochter des Paares am Freitagabend noch immer als verschollen galt. Die Geborgenen wurden mit Helikoptern in die nahen Spitäler geflogen, doch alle schienen wohl auf zu sein. Manche waren unterkühlt, mehr nicht. Die italienischen Medien zeigten immer wieder dieselben Bilder von der berührenden Rettung eines Jungen und seiner Mutter. «Das Wunder von Rigopiano», nennen sie es nun. Die gute Nachricht stärkte auch die Hoffnung, dass weitere Überlebende gefunden werden. Am Freitagabend wurden jedoch noch immer mehr als ein Dutzend Menschen vermisst. Fünf konnten nur tot geborgen werden. 135 Helfer waren im Einsatz, in Schichten rund um die Uhr. Und da das Wetter endlich besser geworden war und kein Schnee mehr fiel, hatten auch die schweren Räumungsgeräte der Armee zum Hotel gebracht werden können. Das Rigopiano lag fast

vollständig begraben unter den Schneemassen. Mit 300 Kilometern pro Stunde soll die Lawine in die Tiefe gerollt sein. Auf ihrem Weg hatte sie alles mitgerissen, Bäume entwurzelt, schweres Geröll mitgetragen. Am Ende, als sie das Hotel erreichte, war die Wand aus Schnee und Eis 700 Meter breit – eine gewaltige, wuchtige Walze. Ein Kubikmeter Lawine, schreibt «La Repubblica», könne bis zu 10 Tonnen schwer wiegen. Das erklärt, wie es dazu kommen konnte, dass das dreistöckige Hotel Rigopiano in Farindola am Fuss des Gran Sasso, auf 1200 Metern über Meer, unter den Massen verschwand, dass es erdrückt und als Ganzes verschoben wurde. Man fand Matratzen mehrere Hundert Meter weiter unten im Tal, weggetragen von der rollenden, rasenden Furie. Doch die Gewalt der Natur erklärt in diesem Fall nicht alles. Die Staatsanwaltschaft in der Provinzhauptstadt Pescara hat eine Untersuchung eingeleitet, ihr Verdacht lautet auf «fahrlässige Tötung». Die Ermittler werden sich unter anderem mit der Frage befassen, ob das Hotel nicht hätte geschlossen oder evakuiert werden müssen. Die Wetterprognose für die erste Wochenhälfte war nämlich dermassen deutlich gewesen, dass wegen des grossen Schneefalls Alarmstufe 4 galt – auf einer Skala, die bis 5 reicht. Und es kam noch schlimmer: Es fiel so viel Schnee wie in dieser Region seit 50 Jahren nicht mehr. Wahrscheinlich hätte aber bereits Stufe 4 genügen sollen, um die Behörden zu alarmieren. Niemand schlug Alarm. Dann bebte die Erde. Die Ermittler werden sich auch mit der Präfektur beschäftigen müssen. Sie hat die ersten Notrufe nach dem Niedergang der Lawine offenbar missverstanden, obschon die Notrufer insistierten. Ging deshalb fahrlässig viel Zeit verloren, bevor sich die Rettungsmannschaft auf den Weg machte – auf Ski, weil die Strasse zum Hotel nicht befahrbar war? Und warum hatte man nicht schon viel früher versucht, die Strasse zu räumen? Fehlte es an Schneepflügen? Der alte Skandal Die Justiz wird sich bei ihren Ermittlungen unweigerlich auch einer alten Geschichte neu annehmen müssen: eines Gerichtsfalls, den man in Farindola für immer geschlossen wähnte. Das 4-Sterne-Resort Rigopiano war nämlich ein «gigantisches Beispiel für illegales Bauen», wie es die Zeitung «La Stampa» nennt. Früher stand da, wo 1972 das Hotel entstehen sollte, eine rustikale Hütte für Hirten und Wanderer. Der Platz war Weideland, umgeben von schönen Wäldern, die sich hochziehen zum Gran Sasso. Von dort hat man eine schöne, unverstellte Aussicht auf das Hochplateau und seine Idylle. Ob es gefährlich sein könnte, ein Hotel so dicht an den Berg zu bauen, fragte man sich damals nicht. Man baute sogar bald stark aus. Damit aus dem einfachen Gästehaus ein luxuriöses Resort mit Wellnessbereich und Pool werden konnte, wurde öffentlicher Boden verbaut. Die damalige Gemeindeverwaltung von Farindola bot Hand dazu, geriet aber bald in den Ruch, Bestechungsgeld angenommen zu haben – angeblich rund 26 000 Euro. Gegen den linken Bürgermeister, dessen Vize, einige Beamte im Rathaus und gegen die Bauherren des Hotels wurde 2008 ein Verfahren eingeleitet. Eingestellt wurde es erst letzten November, alle Angeklagten wurden freigesprochen. Selbst wenn sie verurteilt worden wären, hätten sie nichts zu befürchten gehabt: Das Vergehen wäre schon verjährt gewesen.

Im Namen der Rose (807)

Der Niedergang der Sozialisten in Frankreich ist symptomatisch für den Zustand ihrer Parteien in ganz Europa. Doch eine moderne Sozialdemokratie wird mehr denn je gebraucht. Wer den Niedergang der Linken verstehen will, dem bietet der französische Parti Socialiste einen Crashkurs. Es ist keine fünf Jahre her, da stand die Partei mit der Rose in voller Blüte. Ob in den Grossstädten, Regionen, dem Parlament oder im Elysée-Palast – überall regierten Sozialisten. Sie hatten alle Macht, ein florierendes, stolzes, rot grundiertes, also soziales Frankreich zu schaffen. Und heute? Da streiten sieben Zwerge bei Urwahlen ihrer Partei, die am Sonntag stattfinden, um das verlorene Erbe des Noch-Präsidenten François Hollande. Die roten Rosen sind in der kalten Verachtung der Franzosen erfroren. Der Partei droht bei den Wahlen im Frühjahr ein Debakel, das ihre Existenz bedroht. Der Schuldige scheint gefunden zu sein: der unbewegte Mann im Elysée. Hollande hat mit einem Stoizismus, der an Phlegma grenzt, seine Jahre an der Macht verstreichen lassen. Erst wollte er sich von einem Wirtschaftsaufschwung treiben lassen, der nicht kam. Dann quälte er sich zu ein paar Reförmchen – zu zaghaft, zu spät. Die Linke ist tief gefallen. Das konnte nicht gut gehen in einem Land, in dem alles auf den Präsidenten ausgerichtet ist. Dieses System braucht einen Charles de Gaulle oder François Mitterrand an der Spitze, um zu funktionieren, eine Persönlichkeit, die weiss, was sie mit der Macht will. Lahmt der Präsident, lähmt das ganz Frankreich. Dennoch wäre es unfair, alle Schuld am Niedergang der Sozialisten Hollande zuzuschreiben. Die Roten erleben auch in anderen Ländern schwarze Zeiten. Die deutsche SPD taumelt der 20-Prozent-Marke entgegen. Die Labour Party Grossbritanniens muss zusehen, wie die Konservativen das Land ins Abseits treiben. Der Partito Democratico in Italien hat seinen Premier Matteo Renzi verloren und könnte bald von der Fünfsternebewegung entmachteter werden. Dabei wirken die Zeiten

ideal für eine Sozialdemokratie, die dem Schutz der Schwachen dienen will. Doch die Benachteiligten – und die, die sich so fühlen – laufen der gemässigten Linken davon, sehr oft, um ins Lager der Rechtspopulisten zu rennen. Hier erhoffen sie sich Schutz und Verständnis. Das beflügelt in Frankreich den Front National von Marine Le Pen. Der Grund? Im Lauf des 20. Jahrhunderts gaben weite Teile der Linken realistisch das Ziel auf, den Kapitalismus abzuschaffen. Nun wollten sie ihn nur noch zähmen. Viele Menschen finden jedoch, dass in Wahrheit der Kapitalismus die Sozialdemokratie gezähmt hat. Deren Regenten – ob sie nun Blair, Schröder oder Hollande hiessen – schafften es nicht ausreichend, die soziale Marktwirtschaft in Globalisierungszeiten zu verteidigen. Parteien, die rote Blumen mit sich führen, wird das besonders übel genommen. Der Misserfolg lässt die Risse in der Linken aufklaffen. Reformen, die das System – und dazu gehört die EU – verbessern wollen, stehen Radikalen gegenüber, die es umstürzen möchten. Im französischen Parti Socialiste tobt der Streit besonders heftig, was Hollandes Amtszeit vergiftete. So paradox es klingt: Will die Partei wieder erstarben, muss sie sich aufspalten – in eine sozialdemokratische und eine radikale Linke. Fürs Erste erscheint beiden die Opposition gewiss. Eine Chance für Macron Wenn es die Sozialdemokratie, in Frankreich und anderswo, jedoch schafft, in der Niederlage einen europafreundlichen, marktwirtschaftlichen und zugleich sozialreformerischen Kurs zu steuern, kann sie wieder auferstehen. Die Ära der Nationalisten und Rassisten, der Trumps, Le Pens und Farages wird vorübergehen, sobald ihre Anhänger merken, wie teuer sie deren Wüten kommt. Dann wird die Sozialdemokratie für den Wiederaufbau gebraucht. Dann kann sie in Frankreich das Elysée zurückerobern – womöglich unter einem jungen, charismatischen Reformen namens Emmanuel Macron, der diesmal noch als unabhängiger Kandidat antritt.

Vorwahlen der Sozialisten Sieben wollen Präsident werden

Am Sonntag treten sieben Politiker zur Präsidentschaftsvorwahl der französischen Sozialisten an. Ex-Premier Manuel Valls kann laut Umfragen in der ersten Runde auf einen Sieg hoffen, aber auch zwei frühere Minister rechnen sich gute Chancen aus. Es gibt zwei Wahlrunden. Bei der ersten am Sonntag werden von den sieben Kandidaten die beiden mit den meisten Stimmen ermittelt. Sie kommen in die Stichwahl vom 29. Januar. Der Sieger dieser zweiten Runde wird Präsidentschaftskandidat der Sozialisten. Für die erste Runde gilt Ex-Premier Valls als Favorit, doch laut einigen Umfragen könnte der 54-Jährige in der zweiten Runde geschlagen werden: entweder vom früheren Wirtschafts- und Industrieminister Arnaud Montebourg oder vom ehemaligen Bildungsminister Benoît Hamon. Der 54-jährige Montebourg und der 49 Jahre alte Hamon werden dem linken Lager der Sozialisten zugerechnet, Valls dem reform- und wirtschaftsorientierten rechten Lager. Alle anderen Anwärter gelten als Aussenseiter. Amtsinhaber François Hollande hatte Anfang Dezember erklärt, er verzichte auf eine erneute Kandidatur. Er ist damit der erste Präsident in der Geschichte der Fünften Republik, der nicht zur Wiederwahl antritt. Hollande hatte angesichts von schwachem Wirtschaftswachstum und Rekordarbeitslosigkeit so schlechte Umfragewerte, dass Valls ihn zum Verzicht drängte. Sozialisten-Parteichef Jean-Christophe Cambadélis rechnet mit rund 1,5 Millionen Teilnehmern bei der Vorwahl am Sonntag. Die französischen Konservativen konnten im November mehr als 4 Millionen Menschen für die erste Wahlrunde mobilisieren, also fast dreimal so viele.

Syrien überlässt Moskau den Marinestützpunkt Tartus (63)

Die russische Marine darf den syrischen Mittelmeerstützpunkt Tartus auf unbestimmte Zeit nutzen. Die russische Regierung veröffentlichte einen entsprechenden Vertrag. Danach darf Russland die Marinebasis für 49 Jahre nutzen mit automatischen Verlängerungen um 25 Jahre. Die russischen Seestreitkräfte können den Hafen modernisieren und für grössere Schiffe vertiefen. Russland darf den Stützpunkt auch mit eigenen Waffen gegen Angriffe verteidigen.

Korruptionsjäger bei rätselhaftem Absturz getötet (53)

Der für Korruptionsermittlungen gegen brasilianische Politiker zuständige Bundesrichter Teori Zavascki ist unter ungeklärten Umständen bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen. Gestern wurde die Leiche des 68-Jährigen aus dem Atlantik bei der Stadt Paraty im Bundesstaat Rio de Janeiro geborgen. Zavasckis Sohn sprach von zahlreichen Bedrohungen in letzter Zeit.

Bis zu 170 Tote nach Angriff auf Flüchtlingscamp (69)

Nach dem irrtümlichen Luftangriff auf ein Flüchtlingslager in Nigeria geht die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (MSF) von bis zu 170 Todesopfern aus. Dies ergebe sich aus Berichten von Lagerbewohnern und örtlichen Verantwortlichen, erklärte MSF. Allein Mitarbeiter der Organisation

hätten 90 Tote gezählt. «Die meisten Opfer waren Frauen und Kinder», hiess es. Das Bombardement vom Dienstag ereignete sich, als Hilfsgüter verteilt wurden.

SEITE 6

«Immerhin ist ein Unternehmer US-Präsident» (1069)

Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann ist zuversichtlich, was die US-Konjunktur betrifft. Er hofft sogar auf ein Freihandelsabkommen. Doch auch die EU bleibe wichtig. Bereits vor dem Amtsantritt von Donald Trump hat sich der Dollar stark aufgewertet, die Börsen sind auf Rekordlevel. Ist Trump gut für die Schweizer Wirtschaft? Tatsächlich hat die Wahl die Wirtschaftsstimmung in den USA belebt. Dort und im Fernen Osten ist unter den Investoren Optimismus aufgekommen. Darum reden die Industriefirmen auch bei uns wieder über Wachstum. Wie kommt das? Das ist der Effekt des Infrastrukturprogramms, das Trump versprochen hat, und der angekündigten Steuersenkungen. Aber nicht nur. Noch wichtiger ist, dass Trump zumindest in der Innenpolitik an liberalen Prinzipien festhält: Leistung soll sich in Zukunft wieder lohnen. Sie klingen erstaunlich optimistisch, was Trump anbelangt. Ich versuche, realistisch zu bleiben. Weder jammere ich, noch werde ich euphorisch. Aber immerhin ist jetzt ein Unternehmer Präsident der USA. Sie haben zehn Minuten mit Trump telefoniert. Hat er Sie überzeugt? Das Gespräch war kurz. Es gab aber keinen Hauch von Zynismus oder Kritik. Er gebrauchte kein falsches Wort. Es war ein gutes Gespräch. Haben Sie das Gefühl, dass man mit ihm etwas Positives bewegen kann? Für mich ist die Besetzung der Ministerien spannend. Hier nimmt eine Truppe mit vielen Unternehmern die Sache an die Hand. Das ist eine Chance, aber ich mache mir keine Prognose an. Experten sprechen von einem möglicherweise höheren Wirtschaftswachstum in den USA als bisher. Lassen Sie uns das als Einladung annehmen, mit Optimismus vorwärtszugehen. Sie haben gesagt, Sie würden gerne die Sanktionen gegen Russland aufheben. Gibt es Gespräche mit Russland oder den USA? Ich habe gesagt, dass die internationalen Sanktionen gegen Russland einen negativen Einfluss auf die Schweizer Wirtschaft haben. Und ich sagte, die Spitzenpolitiker der beteiligten Länder müssten sich an einen Tisch setzen. Gespräche führen wir derzeit nicht. Hat die Schweiz einen Vermittlungsauftrag oder versucht sie, zu vermitteln? Nein, es gibt keinen Auftrag. Der Bundesrat hat aber immer betont, wie wichtig direkte Gespräche auf der Suche nach politischen Wegen der Konfliktlösung sind. Sollten die Sanktionen bedingungslos aufgehoben werden? Nein. Es braucht dazu politische Schritte, die Situation muss sich ändern. Sie haben nun schon oft am WEF mit den Handelsministern verhandelt. Ein ziemlicher Marathon. Wie lange bleiben Sie noch Bundesrat? Diese Frage habe ich längst beantwortet. Ich bin bis Ende 2019 gewählt. Sie müssen sich auch weiterhin mit der Alten Welt beschäftigen. Braucht es die verschiedenen EU-Dossiers und Rahmenverträge überhaupt noch, wo doch die EU an Bedeutung verliert? Die EU ist und bleibt wichtig. Tatsächlich haben wir verschiedene offene EUDossiers, vom Zugang zum Strommarkt über Zusammenarbeitsdossiers bis hin zu Updates bisheriger Abkommen. Hinzu kommen die Verhandlungen zum Institutionellen Rahmenabkommen. Diese Themen sind von unterschiedlicher Dringlichkeit für die Schweiz. Welche dieser Abkommen es noch braucht, werden wir in den kommenden Monaten besprechen. Als Nächstes soll die Frage der Masseneinwanderungsinitiative mit einem Gegenvorschlag zu Rasa geklärt werden. Der Bundesrat hat entschieden, dass er einen Gegenentwurf dazustellen. Es kann gut sein, dass die Initianten ihre Initiative stehen lassen. Damit würde sie nach Durchlaufen des parlamentarischen Prozesses zur Abstimmung kommen. Bevor oder nachdem die Dossiers mit der EU behandelt werden? Das kann ich Ihnen so nicht beantworten. Mit Brüssel ist abgemacht, dass wir die Dossiers angehen, von denen wir sicher sind, dass wir sie zu einem positiven Ende bringen können und wollen. Sie zeichnen ein positives Bild der Wirtschaftsentwicklung. Doch die Industrie hat 2016 über 12 000 Stellen verloren. Könnte nun die Trendwende kommen? Ich hoffe sehr, dass die US-Konjunkturlokomotive zu ziehen beginnt und die chinesische Wirtschaft mehr Schwung erhält. Mit etwas Zeitverzug würde sich dann auch unser Aussenhandel beleben. Das würde uns Aufwind geben – die Jobs in der Schweiz würden sicherer. Positiv sollen auch weitere Freihandelsabkommen sein, so wie eines mit China abgeschlossen wurde. Seit Jahren verhandeln Sie darüber mit Indien. Nun haben Sie eine Deadline von zwei Monaten gesetzt. Wollen Sie auf die Inder Druck machen? Nein das war ein gemeinsamer Entscheid. Er hatte nicht zum Ziel, sich Konzessionen aufzuzwingen. Aber wir haben jetzt in 15 Runden neun Jahre lang verhandelt. Wegen des Regierungswechsels in Indien war das Geschäft eineinhalb Jahre blockiert. Es dauerte, bis klar war, wer auf der indischen Seite die Verhandlungen führt. Als ich am Rande des WEF die Handelsministerin traf, sagte ich ihr, dass wir jetzt wissen wollen, ob wir eine

Lösung finden. Will sie? Ja, sie hat uns gesagt, sie glaube daran, dass sich eine Lösung finden lasse. Im Februar werden wir telefonieren. Wenn eine Lösung realistisch ist, wollen wir die offenen Fragen bis Mitte Jahr ausarbeiten. Sind die Fronten hier geklärt? Die Pharmabranche verteidigt den Patentschutz vehement. Ich würde das nicht als «Front» bezeichnen. Repräsentanten der Branche reisten mit uns nach Indien und sprachen direkt mit der Handelsministerin. Es gibt Signale, dass beide Seiten etwas flexibler werden wollen. Ich werde aber kein Freihandelsabkommen mit Indien abschliessen, ohne sicher zu sein, dass die Pharma damit leben kann – und will. Gibt es ein Vetorecht für die Pharmaindustrie? Ein Mitgestaltungsrecht. Wir reden mit allen betroffenen Branchen. Bei der Pharma ist die Lage aber am heikelsten. Der Patentschutz muss wasserdicht sein. Ich verstehe, dass man in den Konzernzentralen auf diesen Punkt aufpasst. Vor Jahren scheiterte der Abschluss eines Freihandelsvertrags mit den USA. Nun sagte Didier Burkhalter, ein solcher könnte wieder möglich werden. Warum? Die Verbesserung der Rahmenbedingungen mit den USA ist eines der wichtigsten Ziele des Bundesrats. Das Land ist unser zweitwichtigster Markt. In den letzten Jahren haben wir mit den USA auch immer wieder über eine Einbindung ins Freihandelsabkommen TTIP gesprochen, über welches die USA mit der EU verhandelt. Die Bedingungen waren klar: Entweder man akzeptiert das Abkommen, so wie es ist, oder man bleibt ihm fern. Nachverhandlungen gibt es nicht. Das klingt jetzt doch alles anders. Der Vertrag mit der EU ist tot, und Donald Trump hat den Engländern einen Deal vorgeschlagen. Es ist momentan unklar, was tatsächlich gilt. Aber Trump hat sich nie so explizit gegen das transatlantische Freihandelsabkommen ausgesprochen wie gegen die transpazifische Partnerschaft. Das ist eigentlich egal. Die Europäer wollen nicht. Sollte aus dem Vertrag mit der EU nichts werden, entgeht uns die Chance, an einem guten Vertrag teilzuhaben. Dann müssen wir uns Alternativen überlegen. Ein Freihandelsabkommen mit den USA wurde aber bereits einmal verhindert, weil die Landwirtschaft ihr Veto ingelegt hatte. Das war ein Grund. Der andere war, dass sich die Schweiz damals stärker auf die Verhandlungen mit der EU konzentrierte, weil sie glaubte, dort schneller voranzukommen.

Schneider-Ammans Offensive. Näher an Moskau heranrücken (449)

Das Wirtschaftsdepartement plant für die Zeit nach den Sanktionen.

Bundesrat Johann Schneider-Ammanns Plädoyer in mehreren Zeitungsinterviews für ein Ende der Russlandsanktionen sorgt in Bern für Aufregung. In den anderen Departementen reagiert man «mit Erstaunen» auf die Aussagen des Wirtschaftsministers. Sie würden der offiziellen Bundesratsposition widersprechen. «Schneider-Ammann macht das immer wieder: Er ist sich nicht bewusst, dass er mit solchen Interviews nicht nur für sich, sondern immer auch im Namen des Gesamtbundesrats spricht», sagt eine bundesratsnahe Person aus einem anderen Departement. Besser vorbereitet waren offensichtlich die Mitglieder der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK). Hier war Russland in den vergangenen Monaten wiederholt Thema. Zuletzt in dieser Woche. Gemäss Nationalrat Hans-Peter Portmann (FDP) haben Schneider-Ammann und das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) die APK informiert, dass nach Wegen für eine wirtschaftliche Wiederannäherung gesucht werde. Dazu zählt auch die Reise von Seco-Chefin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch nach Moskau im November. Portmann begrüsst die Offensive des Wirtschaftsministers. Er und Kommissionskollegin Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP) vermuten, dass es dafür in der APK eine Mehrheit gebe. Sie fordern beide, dass die Schweiz auch die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Russland, die nach der Annexion der Krim im Frühjahr 2014 gestoppt wurden, wieder aufnehme. Schweizer Exporte brechen ein. Die Schweiz hat sich den Wirtschaftssanktionen, welche die EU 2014 gegen- über Russland verhängt hat, nie angeschlossen, sondern nur Massnahmen aktiviert, die verhindern sollen, dass die Sanktionen via Schweiz umgangen werden. Von russischen Gegensanktionen blieb sie verschont. Trotzdem ist es für Schweizer Firmen schwieriger geworden, in Russland zu geschäften. Auch weil das Land wegen der EU-Sanktionen vermehrt einheimische Produzenten fördert. Da es gleichzeitig von einer schweren Krise erschüttert wird, sind die Schweizer Exporte um die Hälfte auf rund 2 Milliarden Franken eingebrochen. Noch 1 Prozent der Schweizer Ausfuhren gehen derzeit nach Russland. Versuche, die EU-Sanktionen via Schweiz zu umgehen, habe es bislang kaum gegeben, heisst es aus der Bundesverwaltung. Sollte dies zutreffen, könnte sich auch SP-Nationalrat Tim Guldemann eine Aufhebung der Gegenmassnahmen vorstellen. Das müsse dann vom Bundesrat aber entsprechend kommuniziert werden. Nicht einverstanden wäre der ehemalige Ukrainegesandte der OSZE mit einer reinen Freundschaftsgeste der Schweiz in Richtung Wladimir Putin. Denn die EU-Sanktionen hätten durchaus ihre Wirkung gehabt: Sie hätten Russland zu Zugeständnissen bei den Verhandlungen in Minsk bewegt. Keine Freude an Schneider-Ammanns Plänen dürfte die EU haben. Erst vor wenigen Wochen haben die Mitgliedsstaaten die

Russlandsanktionen einstimmig um ein halbes Jahr verlängert – obwohl Vertreter mehrerer EU-Länder davor und danach ein Ende forderten. Und auch in den USA hat Barack Obama als eine seiner letzten präsidentialen Amtshandlungen die Sanktionen bis März 2018 verlängert. Nachfolger Donald Trump soll das Aufheben möglichst schwergemacht werden. Währenddessen wird in der Ostukraine weitergekämpft, und im Kreml denkt niemand daran, die Krim zurückzugeben.

SEITE 7

Polizisten erleben bei Xi-Besuch ein Desaster (521)

Bilanz nach dem Polizeieinsatz in Genf: Bettwanzen, Bazillen und Brechreiz.

Quizfrage: Wie lautet der Codename, den sich die Genfer Polizei für ihren Einsatz zur Visite des chinesischen Präsidenten Xi Jinping ausdachte? Die Antwort: Panda. Den Polizisten ist das Lachen letzte Woche allerdings schnell vergangen. Der Grund: Sie schlugen sich in Genf mit ausgesprochen unlustigen Tierchen herum – mit Bettwanzen. Und mit aggressiven Bazillen. Die Bilanz: Ein Drittel der 300 Polizisten, die für die Zypern-Gespräche und die Visite von Xi Jinping im Einsatz standen, erlitt eine Lebensmittelvergiftung. Manche mussten im Spital behandelt werden. Manche litten an Brechattacken. Andere beklagten sich über Übelkeit. Schuld war wohl ein verdorbenes Kalbsragout, das den Polizisten aus den Kantonen Tessin, Freiburg, Neuenburg und Genf serviert worden war. Vier Duschen für 40 Personen Katastrophal war nach Schilderung von Westschweizer Medien auch die Unterbringung der Polizeibeamten. Zunächst bezogen die Sicherheitskräfte eine Zivilschutzunterkunft in Bernex. Die dortigen Matratzen waren aber von Bettwanzen befallen, wie das Westschweizer Radio und Fernsehen RTS recherchierte. Daraufhin habe man die Polizisten in Unterkünfte in Vernier und Lancy gebracht. Diese Massenlager allerdings waren kaum geheizt. Es fehlte an Leintüchern und Schlafsäcken. Ungenügend waren auch die sanitären Anlagen: Für 40 männliche und weibliche Einsatzkräfte standen in einer Unterkunft nur vier Duschen zur Verfügung. Es gab kein warmes Wasser. Und kaum Privatsphäre. Für den Verband Schweizerischer Polizeibeamter (VSPB) sind das unhaltbare Zustände. Präsidentin Johanna Bundi Ryser: «Diese Polizisten sind tagelang weg von zu Hause. Sie machen unter Umständen viele Überstunden. Sie stehen den ganzen Tag draussen in der Kälte. Da ist es das Mindeste, dass sie eine adäquate Unterkunft erhalten, in der sie sich mit warmem Wasser waschen können und in der sie nicht ständig gestört werden, wenn Kollegen vom Einsatz kommen oder zum Einsatz aufbrechen.» Für Bundi Ryser steht die Politik in der Pflicht. Die Kantone müssten in der Vereinbarung über interkantonale Polizeieinsätze Mindeststandards für Unterbringung und andere soziale Aspekte festlegen. In Deutschland und Frankreich sei dies längst Realität. «Man muss uns nicht den roten Teppich ausrollen. Wir wollen keinen Luxus», sagt Bundi Ryser. Aber eine einigermaßen ansprechende Unterkunft müsse vorliegen. Es brauche genügend Platz, ein ausreichendes Angebot an sanitären Anlagen, warmes Wasser, Tageslicht und ein Mindestmass an Privatsphäre, so Bundi Ryser. Als Vorbild nennt sie die Infrastruktur beim WEF in Davos. Dort wohnen die Polizisten unter anderem in (2- bis 3-Stern-)Hotels. «Ein Problem, das keines ist» Hans-Jürg Käser, Berner Regierungsrat und Präsident der Polizeidirektorenkonferenz, kennt die Berichte vom Genfer Polizeieinsatz. «Da gibt es gar keine Frage: Diese Unterbringung war unter jedem Hund», sagt er. Trotzdem lehnt Käser die Forderung nach verbindlichen Mindeststandards im Polizeikonkordat ab. «Meine Polizisten stehen oft in anderen Kantonen im Einsatz. In aller Regel sind die Unterkünfte tadellos. Natürlich muss man mit den Verantwortlichen in Genf das Gespräch suchen und ihnen die Postordnung durchgeben», sagt Käser. Aber wegen dieses Einzelfalls neue Regulierungen zu erlassen, halte er für den völlig falschen Weg. «Einerseits, weil wir uns nicht immer neue Gesetze und Regeln auferlegen sollten. Andererseits, weil eine Korrektur des Konkordats von allen Kantonen genehmigt werden müsste. Das wäre ein Riesenaufwand für ein Problem, das eigentlich gar keines ist.»

Schweiz und Türkei wollen ein Rückübernahmeabkommen (133)

Die Schweiz und die Türkei haben sich auf ein Rückübernahmeabkommen geeinigt. Das gab das Staatssekretariat für Migration (SEM) in der Sendung «Rendez-vous» von Radio SRF bekannt. Die Gespräche zum Abkommen hätten Mitte Dezember abgeschlossen werden können, sagte SEM-Sprecher Martin Reichlin. Offen ist, wann das Abkommen unterzeichnet wird. Dazu sagte Reichlin: «Der Bundesrat wird die aktuelle Situation in der Türkei und die Situation zwischen der Türkei und Europa im Auge behalten und dann entscheiden, wann der rechte Zeitpunkt ist, um dieses Abkommen zu unterzeichnen.» Tritt das Abkommen in Kraft, können illegal aus der Türkei in die Schweiz Eingereiste einfacher in die Türkei zurückgeführt werden. Das betrifft Türkinnen und Türken, aber auch Angehörige

anderer Staaten, zum Beispiel Syrerinnen und Syrer, die via Türkei illegal in die Schweiz eingereist sind.

Kommission gegen Hilfe an ehemalige Parlamentarier (87)

Ausgeschiedene Parlamentsmitglieder sollen keine Überbrückungshilfe mehr erhalten. Das verlangt die Staatspolitische Kommission des Nationalrats. Sie hat mit 17 zu 7 Stimmen eine parlamentarische Initiative von Natalie Rickli (SVP, ZH) gutgeheissen. Nach Ansicht der Kommissionsmehrheit handelt es sich bei der Überbrückungshilfe um eine ungerechtfertigte Besserstellung. Heute kann ein Ratsmitglied nach dem Ausscheiden während maximal zweier Jahre die Hilfe beanspruchen, wenn es kein gleichwertiges Einkommen hat. Seit 2004 seien insgesamt 820 000 Franken an 22 Personen ausbezahlt worden, schreibt Rickli in ihrer Initiative.

SEITE 8

Ist diese Reform eine gute Lösung? (999)

Mit der Unternehmenssteuerreform III, über die am 12. Februar abgestimmt wird, sollen Steuerprivilegien für Firmen abgeschafft und durch neue Steuerabzüge ersetzt werden.

Drei Wochen vor der Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform (USR) III haben die Angstmacher das Zepter übernommen. In beiden Lagern. Die Befürworter drohen, bei einem Nein würden grosse Arbeitgeber und Steuerzahler fluchtartig das Land verlassen. Die Gegner drohen, die Vorlage provoziere dermassen grosse Steuerausfälle, dass jeder Haushalt 1000 Franken mehr Steuern bezahlen müsse. Angesichts solcher Polemik lohnt es sich, sich auf die Fakten zu besinnen. Zu einem Umbau der Unternehmensbesteuerung gibt es keine Alternative. Die Steuerprivilegien, mit denen viele Kantone internationale Konzerne anlocken, werden von der EU und der OECD nicht länger toleriert. Würde die Schweiz diese Privilegien ersatzlos streichen, wäre ein Firmenexodus mittelfristig unvermeidlich. Dabei geht es nicht nur – wie manche glauben – um dubiose Briefkastenfirmen in Zug oder unsympathische Ölhändler in Genf. Von den Privilegien profitieren auch urschweizerische Konzerne wie Roche oder Novartis. Total bezahlen die privilegierten Unternehmen rund ein Viertel aller Firmensteuern: über 5 Milliarden Franken pro Jahr. Damit die Schweiz mindestens einen Teil dieses Steuersubstrats halten kann, führt die Reform neue Abzüge ein. Zusätzlich senken viele Kantone ihre Steuersätze für alle Firmen. Das führt zu Ausfällen. Als Kompensation zahlt der Bund den Kantonen jedes Jahr 1,1 Milliarden Franken. Diese Fakten zeigen, dass Bund und Kantone eine schwierige Aufgabe clever gelöst haben. Die USR III erlaubt es der Schweiz, sich aus der internationalen Umklammerung zu lösen. Kurzfristig werden die Einnahmen zwar sinken. Längerfristig bietet die Reform aber eine realistische Chance für Neuansiedlungen, neue Investitionen, neue Arbeitsplätze. Damit dürften auch die Steuereinnahmen wieder steigen. Noch besser und fairer wäre die Reform, wenn die bürgerliche Parlamentsmehrheit im Gegenzug die Firmeneigentümer stärker belastet hätte. Einen Schritt in diese Richtung hat das Parlament aber gemacht: Ein Kanton, der die zinsbereinigte Gewinnsteuer einführt, muss im Gegenzug die Dividendensteuern anheben. Steuerausfälle in jedem Fall. Die Auswirkungen einer solchen Reform genau zu berechnen, ist unmöglich. Sicher ist nur, dass sie – zumindest kurzfristig – Ausfälle in Milliardenhöhe verursacht. Aber auch ohne USR III würde ein substanzieller Anteil der erwähnten 5 Milliarden Einnahmen wegbrechen. Bloss gäbe es in diesem Fall wenig Aussicht auf eine spätere Erholung. Der Druck für generelle Steuersenkungen dürfte ohne USR III sogar noch grösser werden als mit. Die Reform abzulehnen, ist darum nicht zielführend. Die Referendumsführer sind ein kohärentes Gegenkonzept schuldig geblieben. Und selbst im optimistischen Fall dauert die Erarbeitung einer neuen Vorlage zwei Jahre. Damit würde sich die Rechtsunsicherheit für die Firmen weiter verlängern. Viele von ihnen brauchen aber rasch eine Änderung, weil auch sie wegen ihrer Schweizer Steuerprivilegien im Ausland unter Druck sind. Ohne USR III können die Kantone solchen Firmen kein Auffangnetz anbieten. Sinnvoll ist deshalb, die Reform rasch einzuführen und zu beobachten, wie sie sich auswirkt. Dann kann man – falls nötig – nachjustieren. Das könnte sogar der Linken nützen. Denn sollten ihre düsteren Prognosen für den Mittelstand trotzdem eintreffen, eröffnet sich ihr eine historische Chance. Sie hätte dann mit einer Volksinitiative zur Einführung der Kapitalgewinnsteuer bessere Chancen als je zuvor. Auch aus solchen Überlegungen kann man ein Ja einlegen.

Auf beiden Seiten werden zum Teil haarsträubende Aussagen als Fakten aufgetischt. So etwa die Behauptung der Befürworter, dass bei einem Nein in drei Jahren ein Loch von fünf Milliarden Franken bei der AHV und den Pensionskassen entstehen werde. Da kann man nur sagen: gaga. Die Wirtschaftsforscher, welche die Zahl errechnet hatten, sagten selber, dass sie utopisch sei. Dass es so weit

gekommen ist, liegt am Gewerbeverbandsdirektor und Zürcher FDP-Nationalrat Hans-Ulrich Bigler. Als Mitglied des Pro-Komitees hat er kein Problem damit, Stimmbürger irrezuführen. Er gefällt sich in der Rolle des Scharfmachers. Zugespitzt gesagt, stimmen wir wegen Bigler über diese Reform ab. Warum? Dem Parlament lag eine ausgewogene Vorlage des Bundesrats vor. Sie hatte drei Pfeiler: Das neue Steuersystem sollte international akzeptiert sein, es sollte wettbewerbsfähig sein, und die Steuern sollten ergiebig sein. Bund und Kantone hätten Steuerausfälle akzeptiert, sofern diese durch neue Einnahmen kompensiert würden. Der erwartete Verlust lag 2014 per Saldo bei 500 Millionen für den Bund und «zwischen minus 20 und plus 40 Millionen» bei Kantonen und Gemeinden. Das schrieb der Bundesrat. Das wäre verkraftbar gewesen, und die Schweiz wäre steuerlich trotzdem ein Magnet geblieben. Firmen hätten von Steuersenkungen profitiert, Aktionäre hätten höhere Steuern zu gewärtigen gehabt – per Saldo ein faires Nullsummenspiel. Die geeigneten Mittel wären nach übereinstimmender Meinung von Bund und Kantonen eine höhere Teilbesteuerung der Dividenden und Teilbesteuerung der Kapitalgewinne gewesen. Die Betonung lag auf massvoll. Der Bundesrat wollte Kapitalgewinne nur zu 30 Prozent besteuern. In der Öffentlichkeit wird pauschal kolportiert, «die Kapitalgewinnsteuer sei <politisch chancenlos>». Dabei attestierten selbst Bürgerliche bei abgestelltem Mikrofon, dass die Kapitalgewinnsteuer «steuersystematisch die bessere Steuer» wäre. Die Dividenden- und Vermögenssteuer könnten dann abgeschafft werden. Biglers Trick mit der Drohung Doch dann trat Bigler auf und sagte, Steuerrabatte seien gut, aber eine Mehrbesteuerung der Aktionäre käme nicht infrage. Das sei seine «rote Linie», dann ergreife er das Referendum. Diese Drohung griffen die bürgerlichen Wortführer im Parlament dankend auf. Bei jeder Gelegenheit sagten sie entschuldigend, dass zwar eine höhere Besteuerung von Aktionären sachgerecht wäre, aber Bigler drohe halt mit dem Referendum. Biglers Taktik ging auf: Er spielte den Bad Cop, die anderen Wirtschaftspolitiker den Good Cop. Sie schmiedeten einen Pseudokompromiss, der selbst von Befürwortern als Murks bezeichnet wurde. So ist die Reform entstanden, über die wir abstimmen: Sie erfüllt die Ziele internationale Akzeptanz und Wettbewerbsfähigkeit, nicht aber die finanzielle Ergiebigkeit. Die geschätzten dokumentierten Steuerverluste belaufen sich heute auf mindestens 2,9 Milliarden jährlich. Dieses Milliardenloch werden wir früher oder später über reduzierte Budgets für Schulen, Polizei, Kultur, Spitäler und Strassen zu spüren bekommen; oder aber über höhere Einkommenssteuern. Mit einem Nein wäre der Weg frei für ein neues Paket. Alles ist da, die Reform könnte bis 2021 in Kraft treten, ohne dass die Schweiz Sanktionen riskiert. Eine solche Verzögerung hätte einen bisher nicht diskutierten Vorteil: Wir könnten mitverfolgen, wie andere Länder ihre Steuerregimes durch neue ersetzen, denn alle müssen über die Bücher. An diesen Umsetzungen könnten wir Mass nehmen.

SP stoppt eigene Falschaussagen (365)

Die Partei muss eines ihrer Argumente gegen den neuen Strassenfonds berichtigen. Die Vorlage sei nichts als ein gigantisches Strassenbauprogramm. Mit dieser Warnung versucht die Linke, das Stimmvolk für ein Nein zum Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds (NAF) zu gewinnen. Ein zentrales Argument namentlich der SP zielt auf das «A» im NAF: Ursprünglich, so schreibt die Partei in ihrem Argumentarium, hätten mit den Agglomerationsprogrammen auch der öffentliche Verkehr (ÖV) sowie der Fuss- und Veloverkehr gefördert werden sollen. Doch habe die bürgerliche Mehrheit «massive Abstriche» in diesem Punkt gemacht. So würden bei einem Ja am 12. Februar nur die «Strasse und der strassengebundene ÖV» berücksichtigt, warnt die SP im Papier. Das Resultat sei eine «absolut einseitige und masslose Fokussierung» auf den Strassenbau. Die Darstellung der SP ist nicht korrekt. Zwar hat die Verkehrskommission des Nationalrats darauf gepocht, dass vom NAF nur Strassenprojekte profitieren sollen, auch im ÖV-Bereich. Doch damit kam die Kommission unter Führung von SVP und FDP im Parlament nicht durch. Deshalb können mit dem NAF auch ÖV-Projekte in den Genuss von Bundesgeldern kommen, die nicht direkt strassengekoppelt sind – etwa Trams mit eigenem Trasse sowie Projekte im Fuss- und Veloverkehr. Die SP selber «bedauert den Fehler, der uns im Sekretariat unterlaufen ist», wie Sprecher Michael Sorg auf Anfrage schreibt. «Es war selbstverständlich nie unsere Absicht, irgendjemand [sic] zu täuschen.» Das sehen die NAF-Promotoren freilich anders. «Die SP verbreitet gezielt Falschinformationen», zeigt sich SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz überzeugt. Nationalrat Thierry Burkart gibt sich vorsichtiger: Es handle sich entweder um eine bewusste Falschinformation, oder es zeige, dass der NAF nicht verstanden worden sei. «Beides spricht nicht für die SP», folgert der Freisinnige. Die SP hat den Lapsus eigenen Angaben gemäss selber entdeckt und ihn Anfang Januar von der Website entfernt. Allerdings war die falsche Passage diesen Dienstag noch immer abrufbar – via einen Link auf der SP-Website zum Argumentarium der Partei. SP-Sprecher Sorg

begründet dies so: «Es ging schlicht vergessen», das entsprechende PDF-Dokument zu entfernen. Das sei nun aber auch geschehen. Sorg legt Wert auf die Feststellung, dass der NAF für die SP «absolut keine Priorität hat»: Die SP investiere keinen Franken Werbung in diese Vorlage. «Das soll den Fehler nicht entschuldigen», so Sorg, «kann aber zumindest erklären, warum er zuvor niemandem aufgefallen ist.»

SEITE 9

Nicht nur Doris Leuthard kritisiert die Davoser Preise (597)

Der Davoser Landammann Tarzisius Caviezel und die WEF-Direktion überlegen sich Massnahmen gegen unverschämte Anbieter von Hotelbetten, Wohnungen, Lokalen und Essen.

Die Preise in Davos seien unverschämt, vor allem von Hotels. Dies sagte Bundespräsidentin Doris Leuthard gestern am WEF in Davos. «Ihr tut damit nichts Schlaues», sagte sie dazu dem Lokaljournalisten. In Genf existiere dasselbe Problem: Da würden teilweise «unverschämte» Hotelpreise verlangt. Das bereite dem gesamten Bundesrat Sorgen. «Die Schweiz ist schon sonst sehr teuer.» Aber es sind nicht nur die Davoser Hotelpreise, die schockieren: 2500 Franken die Nacht in einem überpinselten 3-Stern-Hotel, das heute mit 5 Sternen wirbt. Es sind auch die Event-Lokale und die Wohnungen. 500 000 Franken blätterte Microsoft letztes Jahr für seine Event-Räume gleich vis-à-vis dem Kongresshaus hin, schrieb die «SonntagsZeitung». Dieses Jahr war Microsoft trotzdem wieder da. Die «Aargauer Zeitung» ihrerseits hat den teuersten Hamburger von Davos entdeckt: 59 Franken kostet der. Nun hat auch Tarzisius Caviezel, der Landammann von Davos, genug. «Wir können die Preis-Exzesse nicht einfach hinnehmen. So machten einige wenige die gute Arbeit von sehr vielen kaputt, sagt er. «Exzesse gibt es beim Essen – ein Hamburger für 59 Franken, das kann man einfach nicht erklären –, eventuell bei Hotelbetten und vor allem bei Wohnungen und bei Event-Räumen.» Genug hat auch das WEF von den Übertreibungen, wie Alois Zwinggi, Managing Director des WEF, bestätigt. «Darum wollen wir Alternativen schaffen», sagt der Landammann. «Wir können keine Preisvorschriften erlassen. Darum sind wir mit dem WEF zusammen daran, Ideen zu entwickeln, wie wir mittels Containern zusätzliche Wohnungen und Event-Räume anbieten können.» Vor allem geht es darum, dass darin wenigstens die WEF-Mitarbeiter untergebracht werden können und Firmen, denen der Umbau von Lokalen schlicht zu teuer geworden ist. Technisch sei das heute kein Problem. Bei Weltcuprennen gebe es das bereits. Die Unterkünfte hätten ein 3-Stern-Niveau. Die Gemeinde würde ihren Anteil dazu beisteuern, das Land zu finden, um die Alternativen anzubieten. Betreiben würden die Wohnungen und die Konferenzräume Private, sagt Caviezel. WEF bestätigt Pläne Noch ist nichts definitiv. Laut Caviezel soll ein Entscheid im Frühling fallen – nach der Lagebesprechung mit dem WEF. Eine solche hat allerdings schon letztes Jahr stattgefunden, aber offensichtlich nichts gebracht. Laut Zwinggi ist es mit den vielen Trittbrettfahrern noch schlimmer geworden. Noch mehr Ladenbesitzer seien weich geworden und hätten während des Forums ihre Räume für viel Geld zur Verfügung gestellt. Eine Ausnahme gab es: die Besitzerin eines Souvenirladens. Sie schaffte es sogar in den «Blick». Zwinggi hat sie besucht und ihr Blumen gebracht. Für Davos ist es wichtig, dass die Exzesse aufhören, weil sonst das Image leidet, was für den Tourismus verheerende Folgen haben könnte. Denn ausserhalb der WEF-Zeit ist Davos keine Luxusdestination, sondern ein Skiort, der auf den Mittelstand angewiesen ist. Und der bleibt weg, wenn die Preise zu hoch sind. Darum geht der Landammann mit den schwarzen Schafen in seiner Gemeinde hart ins Gericht. «Das sind die inneren Feinde von Davos, genauso wie jene, die Immobilienspekulation betreiben. Das sind Faktoren, die wir im Gegensatz zur Frankenstärke oder dem Klimawandel selber beeinflussen können», sagt Caviezel. Wie hinter den Kulissen zu hören ist, übt das WEF einigen Druck aus, dass jetzt wirklich etwas geschieht. Es hängt die Drohung in der Luft, dass das WEF auch andernorts stattfinden könnte. Caviezel: «Ich glaube allerdings, dass, wenn das WEF beispielsweise nach Montreux ziehen würde, was ein Plan B sein soll, es dort genauso zu Preisexzessen käme.» Darum rechnet er nicht mit dem Schlimmsten. Aber: «Wenn denn das WEF einmal wegziehen würde, dann wären wegen dieser inneren Feinde alle betroffen.» Es brauche bei einigen in Davos mehr Gemeinsinn.

Syngenta und Chemchina reichen Antrag in den USA ein (94)

Der chinesische Staatskonzern Chemchina hat bei der US-Wettbewerbsbehörde den Zulassungsantrag für die Übernahme des Basler Agrochemiemultis Syngenta gestellt. «Chemchina und Syngenta bleiben der Transaktion uneingeschränkt verpflichtet und sind zuversichtlich, dass sie abgeschlossen wird», erklärte eine Syngenta-Sprecherin. Die US-Wettbewerbsbehörde hat nun 30 Tage Zeit, den Antrag zu prüfen.

Grünes Licht für den Deal hat es bereits von den Wettbewerbshütern in Australien sowie vom amerikanischen Sicherheitskomitee CFIUS gegeben. Die EU-Kommission hat die Frist für die vertiefte Prüfung um weitere zehn Tage bis zum 12. April 2017 verlängert.

Angeschlagene Toshiba will Firmenteile versilbern (97)

Der japanische Industriekonzern Toshiba sieht sich zu Notverkäufen gezwungen. Laut Insidern will das Management Teile des wichtigen Chipgeschäfts zu Geld machen. Vorbereitungen für die Veräusserung eines Minderheitspakets seien bereits getroffen worden. Toshiba braucht dringend neues Kapital, um finanziell handlungsfähig zu bleiben. Das noch von einem Bilanzskandal aus dem Jahr 2015 geschwächte Traditionsunternehmen ist nach dem Kauf einer US-Firma, die Atomkraftwerke baut, 2016 tief in die Krise gerutscht. In diesem Geschäftsbereich laufen Projektkosten aus dem Ruder, was den Mutterkonzern zu drastischen Abschreibungen zwingt. Diese könnten sich auf bis zu 6 Milliarden Dollar summieren.

Strafe gegen Standard & Poor's verlangt (107)

Die Staatsanwaltschaft im süditalienischen Trani fordert gegen die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) Haftstrafen für fünf Manager. Sie sollten wegen Marktmanipulation jeweils zwei bis drei Jahre ins Gefängnis, sagte Staatsanwalt Michele Ruggiero am Freitag vor Gericht. Zusätzlich sei eine Strafe von 4,6 Millionen Euro für S&P angebracht. Die Ermittler werfen der Ratingagentur vor, während der Staatsschuldenkrise durch Studien zu Italien und dem Bankensystem des Landes für starke Verluste an der Mailänder Börse verantwortlich zu sein. S&P wies die Anschuldigungen zurück. Anhörungen hätten ergeben, dass die Analysen des Hauses im Einklang mit denen der Bank von Italien und internationaler Organisationen gestanden hätten.

Stärkeres Wachstum löst Chinas Probleme nicht wirklich (478)

Die chinesische Wirtschaft wächst wieder etwas schneller. Ein Grund sind steigende Staatsausgaben. Der Schuldenberg wächst. Das Wachstum der chinesischen Wirtschaft hat sich Ende 2016 erstmals seit zwei Jahren wieder beschleunigt. Dazu trugen steigende Staatsausgaben und eine Kreditvergabe durch Banken in Rekordhöhe bei. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) legte von Oktober bis Dezember um 6,8 Prozent zu im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, wie aus den am Freitag veröffentlichten amtlichen Daten hervorgeht. Das ist ein Tick mehr als im Vorquartal und auch als im Gesamtjahr. 2016 legte die nach den USA zweitgrösste Volkswirtschaft der Welt zum dritten Mal in Folge um 6,7 Prozent zu. Für dieses Jahr gibt die Regierung Insidern zufolge 6,5 Prozent als Zielmarke aus. Die steigende Verschuldung, die schwache globale Konjunktur und die Gefahr eines Handelskriegs mit den USA unter dem neuen Präsidenten Donald Trump könnten den Exportweltmeister belasten. Trumps Drohungen «China wird sich neuem Gegenwind ausgesetzt sehen», prognostizierte Louis Kuijs von Oxford Economics in Hongkong. Trump ist ein Dorn im Auge, dass die Vereinigten Staaten viel mehr aus China importieren als dorthin verkaufen und viele Fabriken in die Volksrepublik verlagert wurden. Er hat deshalb mit Importzöllen gedroht. Zudem wirft er China vor, den Kurs der heimischen Währung Yuan zu drücken und sich so Vorteile auf den Weltmärkten zu verschaffen. Ein Handels- und Währungskrieg würde China hart treffen. Gefahr geht zudem vom Kurs der US-Notenbank (Fed) aus, die ihre Leitzinsen angesichts der guten Konjunktur stärker anheben könnte. Das würde Investitionen in amerikanische Anlagen attraktiver machen. «Das würde zu stärkeren Kapitalabflüssen aus China führen und das Finanzsystem Chinas unter Stress setzen», warnt Analyst Bill Adams von der PNC Financial Services Group. Bereits 2016 setzte diese Aussicht den Yuan unter Druck. Er wertete sich seither so kräftig ab wie keine andere grosse asiatische Währung. Rekordhohe Schulden Als problematisch sehen Experten auch die enormen Schulden der Volksrepublik an. Diese machen inzwischen 277 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung aus, nachdem es Ende 2015 noch 254 Prozent waren. Viele neue Kredite würden allein deshalb aufgenommen, um Zins und Tilgung für Altschulden stemmen zu können, heisst es in einer Studie der UBS. «Die Wachstumsraten werden tendenziell zurückgehen», erwartet deshalb der Chefvolkswirt der VP Bank, Thomas Gitzel. Nach einem jahrzehntelangen Boom mit teilweise zweistelligen Wachstumsraten will die Führung in Peking das exportlastige Wirtschaftsmodell stärker auf die Binnenkonjunktur ausrichten und den privaten Konsum ankurbeln. Dafür nimmt sie ein schwächeres Wachstum in Kauf. Zugleich stemmt sie sich gegen eine Überhitzung des Immobilienmarktes. Dank höherer Staatsausgaben hat sich die Wirtschaft in den letzten Monaten stabilisiert. Allerdings schwächeln die privaten Investitionen weiter. So stiegen die Anlageinvestitionen im vergangenen Jahr nur noch um 8,1 Prozent und damit so langsam wie seit 1999 nicht mehr. Experten hatten mit 8,3 Prozent gerechnet. Auch die Industrieproduktion lag zuletzt unter den

Erwartungen: Sie stieg im Dezember im Vergleich zum Vorjahresmonat um 6 Prozent. Experten hatten mit 6,1 Prozent gerechnet.

SEITE 10

Wasserkraftwerk ohne Stromleitung (772)

Im Wallis entsteht mit Nant de Drance eines der grössten Pumpspeicherkraftwerke Europas. Doch gegen die Leitung, die den Strom abführen soll, wehren sich Anwohner. Nächste Woche ziehen sie vor Bundesgericht.

Schon heute kommt es im Wallis immer wieder zu Engpässen im Stromnetz. Die bestehenden Leitungen reichen nicht, um die gesamte Elektrizität aus den Wasserkraftwerken wegzutransportieren. Nun stösst noch das neue Pumpspeicherkraftwerk Nant de Drance hinzu. Es soll eine Leistung von 900 Megawatt erbringen – mehr als die beiden Atomkraftwerke von Beznau zusammen, wenn sie denn beide laufen. Dieser zusätzliche Strom wird die heutigen Leitungen definitiv überfordern. Dem möchte die Elektrizitätswirtschaft vorbeugen, indem sie eine neue Höchstspannungsleitung zwischen Chamoson und Chippis baut. Bereits vor 30 Jahren hat sie mit ersten Planungsarbeiten begonnen. Doch die Leitung steht immer noch nicht. Swissgrid, die seit 2013 für das schweizerische Höchstspannungsnetz zuständig ist, hat noch nicht einmal eine definitive Baubewilligung. Grund dafür sind Einsprachen von Anwohnern. Sorgen um 700 Schüler Da sind zum Beispiel die besorgten Mütter von Grône, einem Dorf in der Nähe von Sitten. Sie befürchten, dass ihre Kinder krank werden wegen der neuen Leitung. Diese soll nämlich nur gut 100 Meter neben dem Schulzentrum von Grône vorbeiführen. Die rund 700 Schülerinnen und Kindergartenkinder, die dort unterrichtet werden, könnten unter den elektromagnetischen Feldern leiden, warnen die Mütter. Auch Gemeindepräsident Marcel Bayard, wehrt sich vehement gegen die geplante Stromleitung. Er will nicht, dass die Kinder von Grône zu «Laborratten» verkommen und die Schule dereinst Leukämiefälle beklagen muss. Vielmehr verlangt Bayard die Verlegung der neuen Leitung unter die Erde. Swissgrid hält dagegen an der geplanten Freileitung fest. Mit ihr überschreite man nirgendwo den vorgeschriebenen Grenzwert. In der Schweiz beträgt dieser 1 Mikrottesla für «Orte mit empfindlicher Nutzung». Das entspricht einem Hundertstel der Magnetfeldbelastung, die in der EU erlaubt ist. Bei der Turnhalle von Grône in der Nähe der Leitung werde sich der Wert auf 0,08 Mikrottesla belaufen, sagt Marie-Claude Debons von Swissgrid. Die Kinder von Grône könnten also auch in Zukunft bedenkenlos zur Schule gehen. Doch die besorgten Mütter von Grône trauen Swissgrid nicht. Sie berufen sich auf Studien, die auch bei Werten unter 1 Mikrottesla ein erhöhtes Krebsrisiko ausmachen. Und sie befürchten, dass Swissgrid die Leistung der Leitung später erhöhen werde. Rasches Urteil würde helfen Nun kommt der Fall vor Bundesgericht. Beschwerde erheben aber nicht die Mütter von Grône. Sie wären dazu gar nicht berechtigt, weil sie nicht von Anfang an juristisch gegen die Stromleitung vorgegangen sind. Vor Bundesgericht ziehen stattdessen vor allem Anwohner aus Salins, einer Ortschaft am Südhang von Sitten. Ihnen missfällt, dass die geplante Leitung über ihr Gebiet geht, statt unterirdisch verlegt zu werden. Eine erste Beschwerde der Anwohner lehnte das Bundesgericht bereits 2013 ab. Es machte Swissgrid aber Auflagen, den Lärm der Stromleitungen zu reduzieren. Gegen dieses angepasste Projekt haben die Anwohner erneut Einspruch erhoben. Sie scheiterten im Dezember jedoch vor Bundesverwaltungsgericht und gelangen nun abermals vors Bundesgericht. «Wir werden sicher Rekurs erheben», sagt ihr Anwalt Jacques Philippoz. Voraussichtlich nächste Woche will er das Schreiben einreichen. Dadurch verzögert sich der Bau der Höchstspannungsleitung weiter. Und es ist fraglich, ob die Übertragungskapazität bereitstehen wird, wenn Nant de Drance voraussichtlich 2019 ans Netz geht. Ohne die neue Leitung wird das 2 Milliarden Franken teure Kraftwerk nicht voll produzieren können – zum Leidwesen der Hauptaktionäre Alpiq und SBB. Auch andere Walliser Werke wären vom Engpass betroffen. Laut Swissgrid könnte ein Drittel der Walliser Stromproduktion nicht abtransportiert werden – ein weiterer harter Schlag für die ohnehin schon darbenende Elektrizitätswirtschaft. Womöglich lässt sich ein solches Debakel aber knapp vermeiden. Die Chancen dafür stehen umso besser, je schneller das Bundesgericht entscheidet (im Sinn von Swissgrid) und je länger es bis zur Inbetriebnahme von Nant de Drance dauert. Ursprünglich hätte das Pumpspeicherkraftwerk bereits dieses Jahr ans Netz gehen sollen. Der Start musste aber mehrmals verschoben werden – unter anderem wegen mangelhafter Stahlbauteile. Gegenwärtig rechnet Sabine Labonte von Nant de Drance mit 2019. Ein Jahr nach der Inbetriebnahme der ersten Pumpturbine soll dann auch die sechste und letzte Maschinengruppe ans Netz gehen. Swissgrid wiederum hofft auf ein rasches, bestätigendes Urteil des Bundesgerichts. Danach will sie die Bauarbeiten möglichst schnell auslösen. Der Bau selbst dürfte laut Sprecherin MarieClaude Debons etwa 16 Monate

dauern. Und wenn es nicht reicht? Werden die Kraftwerke dann entschädigt? Dazu wollen sich gegenwärtig weder Swissgrid noch Nant de Drance äussern. Entsprechende Gespräche finden laut Swissgrid aber statt. In Zukunft sollen die Verfahren für Stromleitungen nicht mehr so lange dauern. Bundesrat und Parlament wollen den Planungsprozess mit der Energiestrategie 2050 straffen. Fälle von untergeordneter Bedeutung sollen neu nicht mehr bis vor Bundesgericht gezogen werden können. Auf das aktuelle Projekt im Wallis wird sich dies aber nicht mehr auswirken.

Tote Leitung bei Tausenden Swisscom-Kunden (531)

Swisscom stellt das Festnetz auf die neue IP-Technologie um. Dabei gibt es Pannen: Tausende Kunden in der ganzen Schweiz blieben tagelang ohne Anschluss.

«Flexibel, einfach, effizient.» So wirbt die Swisscom derzeit für die Umstellung des Festnetzes auf die neue IP-Technologie. Es ist ein Mammutprojekt. Jeden Monat werden rund 50 000 Anschlüsse umgestellt. Bis Ende des laufenden Jahres soll der Wechsel vom analogen auf das digitale Netz im ganzen Land abgeschlossen sein. «Die Umstellung für Privatkunden ist einfach», beruhigt der Staatskonzern in seinen Werbeunterlagen und verweist auf die vielen Vorteile, welche die IP-Technologie mit sich bringt: eine verbesserte Sprachqualität, die einfache Sperrung von Rufnummern oder eine automatische Namensanzeige. Für Roland Studer* klingt das wie ein Hohn. Letzten Dienstag hat Swisscom seinen alten analogen Festnetzanschluss stillgelegt. Doch der neue IP-Anschluss, der funktioniert bei ihm nicht. «In einem Brief wurde uns euphorisch versprochen, was künftig alles besser wird», erzählt er. Das zugehörige Material werde rechtzeitig zur Umschaltung eintreffen. Doch das Material – ein neuer Router – kam nicht. «Seit Tagen habe ich nun eine tote Leitung», wettet Studer. Er ist bei weitem nicht der Einzige, wie die Swisscom bestätigt. «Es waren wenige Tausend Kunden in der ganzen Schweiz davon betroffen», so ein Sprecher des Telekommunikationsriesen. Verloren in der Warteschlange Die frustrierten Kunden wurden ziemlich hilf- und ratlos zurückgelassen. «Ich hing minutenlang in der Warteschlange der Helpline. Dann wurde mir mitgeteilt, es gebe Lieferschwierigkeiten. Es sollte bis Ende Woche klappen», erzählt Studer. Ein Angebot für eine Entschädigung habe die Mitarbeiterin nicht gemacht. «Sie meinte lapidar: Heute läuft eben alles automatisch», erklärt der Selbstständigerwerbende, für den Internet und Telefon zentrale Arbeitsinstrumente sind. «Höhere Zufriedenheit» Der normale Ablauf sehe vor, dass die Kunden das für die neue IP-Technologie nötige Material «ein bis zwei Tage vor der Abschaltung rechtzeitig» erhalten, erklärt die Swisscom. Das habe jetzt nicht immer geklappt. Schuld waren «Wartungsarbeiten an Prozesssystemen», wie der Sprecher erklärt. «Dadurch wurden einige Pakete in den letzten Tagen bis zu drei Tage verzögert ausgeliefert.» Inzwischen habe man den Rückstau aber abgearbeitet. Die heutige analoge Festnetztechnologie ist im Kern rund 160 Jahre alt. Weltweit wird deshalb auf die modernere IP-Technologie umgestellt. Sie basiert auf dem sogenannten Internet Protokoll (IP). Nicht nur Daten lassen sich so übermitteln, sondern auch Bilder, Filme, Musik und Sprache. Die Swisscom arbeitet seit 2014 am Transfer. Das kostet sie rund 1,7 Milliarden Franken pro Jahr. Für Private ist der Wechsel theoretisch simpel. Sie müssen nur das Modem wechseln. Einzig wenn sie noch ein altes ISDN-Telefon besitzen, brauchen sie auch ein neues Gerät für das IP-Netz. Das sind gemäss Swisscom-Schätzungen aber nur noch rund 4 Prozent der privaten Kunden. Bei Firmen ist die ISDN-Rate deutlich höher. Zudem benötigt es auch bei rund 300 000 Liften, Alarmanlagen und anderen Sonderanwendungen mit Verbindung zum Festnetz einen Sondereffort. So einfach die Umstellung für Private auch theoretisch ist – es gab immer wieder Schwierigkeiten und Kritik. Wenn ein Kunde den Umstieg nicht selbst schafft, muss er Hilfe anfordern und dafür meist zahlen. Zudem wird der Technologiewechsel mitunter dazu benutzt, bestehende Verträge aufzulösen und in höherpreisige Abos zu wandeln. «Für die allermeisten Kunden läuft der Umstieg reibungslos», so der Sprecher. Die Kundenzufriedenheit sei nach dem Wechsel meist gleich oder sogar höher.

Über zahlt Millionen wegen Irreführung (142)

Mit einer Millionenzahlung räumt der umstrittene US-Fahrdienstanbieter Uber Vorwürfe der amerikanischen Wettbewerbsbehörde aus dem Weg, Fahrer mit falschen Versprechungen angelockt zu haben. Uber Technologies erklärte sich zu einer Zahlung von 20 Millionen Dollar bereit, wie die US-Wettbewerbsbehörde FTC mitteilte. Mit dem Geld sollen betroffene Fahrer entschädigt werden. Die FTC hatte Uber vorgeworfen, bei den Einnahmemöglichkeiten in bestimmten Städten übertrieben zu haben, um neue Fahrer zu gewinnen. Auch seien die Bedingungen für ein Programm zur Fahrzeugfinanzierung attraktiver dargestellt worden, als sie in Wirklichkeit gewesen seien. Laut Wettbewerbsbehörde versprach Uber Fahrern in New York einen mittleren Jahresverdienst von 90 000 Dollar, Fahrern in San Francisco

einen von 74 000 Dollar. Die FTC kam in ihren Berechnungen für New York aber nur auf 61 000 Dollar, für San Francisco auf 53 000. Für die Differenz machte Uber andere Berechnungsarten verantwortlich.

SEITE 11

EU-Ombudsfrau will mehr über diskrete Bankergruppe wissen (174)

EU-Ombudsfrau Emily O'Reilly will die Mitwirkung der Europäischen Zentralbank am hochrangigen Expertengremium G-30 der Finanzwirtschaft unter die Lupe nehmen. Zunächst will sie sich ein Bild darüber verschaffen, in welchem Ausmass die EZB bei der G-30 beteiligt ist, wie aus einem Brief von O'Reilly an EZB-Chef Mario Draghi hervorgeht, der auf der Website der Ombudsfrau einsehbar war. O'Reilly fordert von der EZB entsprechende Informationen. Sie reagiert damit auf eine Beschwerde der Nichtregierungsorganisation Corporate Europe Observatory. Diese wirft der EZB unter anderem zu grosse Nähe zur Bankenbranche und mögliche Interessenkonflikte mit ihrer Rolle als oberster Bankenaufseher der Eurozone vor. Die privat finanzierte G-30-Gruppe setzt sich aus hochrangigen Vertretern der Bankenbranche, der Notenbanken, der Wissenschaft und der Politik zusammen. 1978 gegründet, will sie unter anderem Fragen des internationalen Finanzsektors und politische Entwicklungen besprechen. Zu ihren Mitgliedern zählen CS-Chef Tidjane Thiam, UBS-Verwaltungsratspräsident Axel Weber, EZB-Präsident Draghi, der britische Notenbankpräsident Mark Carney und der Präsident der Bank von Japan, Haruhiko Kuroda. Die G-30-Mitglieder treffen sich unter Ausschluss der Öffentlichkeit zweimal im Jahr.

Amag: Mehr Umsatz, weniger Marktanteil (86)

Der Autohändler Amag vermeldet für das vergangene Jahr 2016 eine Umsatzsteigerung, aber auch einen Rückgang des Marktanteils. Mit den Marken Volkswagen, Audi, Skoda und Seat seien im vergangenen Geschäftsjahr rund 4,55 Milliarden Franken umgesetzt worden, heisst es in einer Mitteilung vom Freitag. Dies entspricht einer Zunahme von 150 Millionen Franken gegenüber der Vorjahresperiode. Zusätzlich wurden 213 neue Arbeitsplätze geschaffen, was die Gesamtzahl der Mitarbeiter auf 5573 erhöht hat. Insgesamt ging der Marktanteil der Amag-Marken um 0,3 Prozentpunkte auf 29,3 Prozent zurück.

800 Prozent Inflation in Venezuela (95)

Die Konsumentenpreise in Venezuela sind 2016 vorläufigen Daten der Zentralbank zufolge um 800 Prozent gestiegen, so stark wie noch nie in der Geschichte des südamerikanischen Landes. Die Wirtschaftsleistung schrumpfte um 18,6 Prozent und damit so stark wie seit 13 Jahren nicht mehr. Einer der Gründe für den Niedergang ist der Fall des Ölpreises. Venezuela erwirtschaftet nahezu alle seine harten Devisen durch das Ölgeschäft. Der linksgerichtete Präsident Nicolás Maduro macht für die Wirtschaftskrise auch seine Gegner verantwortlich, die seiner Ansicht nach mithilfe der USA einen Wirtschaftskrieg gegen das Land führen.

Viel mehr als nur ein Fleisch- und Wurstimperium (585)

Einst war Bell eine Schweizer Metzgereikette, nun ist es ein internationaler Konzern für Fleischwaren und Fertiggerichte – auch vegetarische. Jetzt gehört auch die Frostag Food-Centrum AG zu Bell. Das Unternehmen in Landquart produziert Frischteigwaren und vegetarische Gerichte. Der Konzern teilte gestern mit, die Bündner Firma mit 118 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von über 10 Millionen Franken übernommen zu haben. Die Akquisition passt in die Entwicklung der letzten Jahre, in denen sich Bell von einem Fleischverarbeiter mit eigenen Metzgereiläden in vielen Schweizer Städten zu einem internationalen Konzern gewandelt hat. Längst vertreibt er mehr als nur Würste und Fleisch. Die Produktpalette ist breit und umfasst Fertigsalate, Fertiggerichte und Tofu. Von jeher ist Bell eng mit Coop verbunden. Das geht zurück aufs Jahr 1913, als die 1869 von Samuel Bell-Roth gegründete Basler Ochsenmetzger respektive die in den Folgejahren ständig gewachsene Bell AG vom Verband Schweizerischer Konsumvereine übernommen wurde. Aus dem Verband der Konsumvereine wurde Coop und aus der Metzgereikette ab den 1970er-Jahren mehr und mehr ein im Grosshandel tätiger Fleischverarbeiter. Bell ist eine Coop-Tochter. Weil Bell Fleisch und Würste vermehrt nicht nur in den eigenen Filialen und bei Coop verkaufte, sondern auch an andere Händler und in Restaurants lieferte, wollte Coop das Aktionariat öffnen und brachte Bell entsprechend an die Börse. 1995 wurde eine Tranche von 20 Prozent am Unternehmen abgetreten, 1997 weitere 20 Prozent. Heute hält Coop 66 Prozent an Bell, und Coop-Verwaltungsratspräsident Hansueli Loosli

präsiert gleichzeitig auch das oberste Führungsgremium der Tochtergesellschaft. Sich definitiv von den Wurzeln verabschiedet hat sich Bell 2004. Damals wurden sämtliche Metzgerei-Fachgeschäfte abgestossen. Betrieb Bell 1994 noch über 70 Filialen, waren es vor 13 Jahren nur noch deren 19. Drei davon wurden geschlossen, die anderen verkauft. Die Trennung von den eigenen Verkaufsgeschäften ebnete dem Unternehmen den Weg in die Gegenwart. 2008 machte Bell mit der Übernahme des deutschen Charcuterie-Herstellers Zimbo, der Beteiligung am ebenfalls deutschen Schinkenspezialisten Abraham sowie der Akquisition der Charcuterie-Marke M^ossieur Polette einen grossen Schritt ins Ausland. Noch bedeutender war indes der Beschluss, die eigene Produktion von Fertigmenüs mit jener der Hilcona zusammenzuführen und eine Mehrheit an dem liechtensteinischen Unternehmen zu übernehmen. Auf einen Schlag hievte sich Bell damit zum Schweizer Marktführer von frischen Fertigmenüs, den sogenannten Convenience-Produkten. Die Expansion schlug sich in den Umsatzzahlen nieder: 1990 als Metzgereikette setzte Bell 384 Millionen Franken um. 2003 betrug die Erlöse 1,5 Milliarden Franken, und letztes Jahr dürfte der Konzern erstmals die 3-MilliardenMarke überschritten haben. Die aktuellen Umsatz- und Gewinnzahlen werden erst Ende Februar veröffentlicht. Rund 60 Prozent des Geschäfts macht Bell mit Coop respektive deren Grosshandelstochter Transgourmet. Trotz einer Auslandexpansion stammen nach wie vor drei Viertel des Umsatzes aus der Schweiz. Mitte letzten Jahres zählte der Bell-Konzern knapp 8300 Mitarbeitende. Ausbau der Convenience-Sparte Das Bell-Imperium wurde in letzter Zeit ständig erweitert: Letztes Jahr hat das Unternehmen sein Firmenportfolio mit nicht weniger als vier Akquisitionen ausgeweitet. So wurde die Eisberg-Gruppe – ein Anbieter von Fertigsalaten und geschnittenen Früchten – gekauft und damit die Convenience-Sparte gestärkt, von der derzeit nicht ganz ein Fünftel des Konzernumsatzes stammt. Übernommen wurden auch der Gastronomiezulieferer Geiser und der Walliser Charcuterie-Produzent Cher-Mignon. Das internationale Geschäft wurde mit der Übernahme des österreichischen Pouletverarbeiters Huber vergrössert. Rückschlüsse, wie viel Geld Bell für die Zukäufe aufwarf, werden erst nach Publikation des Jahresberichts möglich sein. Es waren aber mehrere Hundert Millionen Franken. Sichtbar wird die Expansion der letzten Jahre im Unternehmenswert. Mit dem aktuellen Aktienkurs gerechnet, ist Bell derzeit 1,67 Milliarden Franken wert. Das ist mehr als das Doppelte von 2007, als die Coop-Tochter mit ihrer Einkaufstour begann.

Ein feines Tuch aus Orangen (438)

Die Sizilianerin Adriana Santanocito bringt Mode und Zitrusbauern zusammen.

Bei Orangen denken alle an Saft, Sonne, Süden. Adriana Santanocito, die an der Ostküste Siziliens zwischen Zitrusplantagen aufgewachsen ist, ging es nicht anders. Bis zu dem Moment, als die 37-Jährige einen Vortrag der britischen Umweltaktivistin Livia Firth hörte. Santanocito sass 2001 gerade in Mailand an ihrer Abschlussarbeit für die Modeschule Afol. Firth sprach darüber, wie Spitzendesigner nach innovativen Materialien suchten. Neue, exotische Stoffe seien das Lieblingsspielzeug der Modeschöpfer, sagte die Frau des Schauspielers Colin Firth – und veränderte damit schlagartig Santanocitos Sicht auf die Früchte ihrer Heimat. Auf der Suche nach umweltfreundlichen Textilien experimentiert die Bekleidungsindustrie auch mit Geweben aus ganz anderen Rohstoffen: Krebsen, Milch, Mais. «Mich reizte es, zwei italienische Spitzenprodukte zu verbinden: Mode und Orangen», sagt Santanocito. Auf die Idee mit den Orangen kam die Sizilianerin noch aus anderen Gründen. Die Saftersteller haben mit der Entsorgung ihres Abfalls ein Riesenproblem: Die Schalen der Orangen fermentieren und belasten die Böden. In Italien muss jährlich 1 Million Tonnen ausgequetschter Früchte beseitigt werden. Also holte Santanocito sich Hilfe von Chemikern der Technischen Universität in Mailand. Acht Monate verbrachte sie im Labor, 2014 gründete sie Orange Fiber in Catania. Mit ihrer Firma meldete Santanocito ein Patent auf ihre Orangenfasern an und sammelte internationale Förderpreise ein. Sie präsentierte einen matt glänzenden Twillstoff als Prototyp. 2015 baute Orange Fiber eine Pilotanlage zur Gewinnung von Zellulose auf dem Firmengelände des grössten Safterstellers Siziliens, inzwischen hat eine Weberei in der Seidenstadt Como bereits 5000 Meter des Orangentuchs hergestellt. 2017 soll der Sprung auf den Markt gelingen, in der Kollektion eines italienischen Luxuslabels. Der Rohstoff und die Modewelt passen gut zusammen: «Sonne, Sizilien, Zitrusduft – Orangen haben eine positive Aura», sagt Santanocito. In der griechischen Mythologie waren sie ein Symbol für Fruchtbarkeit. Zeus liess die Orangenbäumchen aus der Mitgift seiner Gattin gar von den Hesperiden bewachen. Heute steht die glitzernde Modewelt aber auch im krassen Kontrast zur rauen Wirklichkeit auf Sizilien: Der Verfall der Agrarpreise bedroht die Existenz der Orangenbauern, mit den Grossplantagen in Spanien und Brasilien können viele nicht mithalten. Von der Saftindustrie erhalten sie 10 Cent für 1 Kilo ihrer Früchte, für Tafelobst sind es 30

oder 40 Cent. In Italien ist bereits fast ein Drittel der Orangenhaine verschwunden. Nun setzt den Bauern auch noch ein Virus zu, das ihre Pflanzen befällt. Santanocito will ihrer Insel deshalb mit ihrem Projekt einen Impuls geben. Und den Modekunden bietet sie auch etwas: Ihr Stoff ist gut für die Haut. Mithilfe von Nanotechnologie präpariert Santanocito das Gewebe mit ätherischen Ölen der Zitrusfrüchte. So spendet die Kleidung beim Tragen auch Vitamin E und C.

SEITE 12

Kalt und abgehoben (842)

Am Weltwirtschaftsforum geisselte sich die globalisierte Elite selber. Doch sie ist unfähig, wirklich etwas zu verändern.

Die globalisierte Elite der Weltwirtschaft gelobt, besser hinzuhören, was die gewöhnlichen Menschen beschäftigt. Das war an den Panels des diesjährigen Weltwirtschaftsforums immer wieder zu hören. Auf den ersten Blick ist der Grad der Erkenntnis hoch: «Die Leute haben genug von der Elite, von der Art, wie geführt wird. Es gibt ein Anti-Davos-Gefühl – ein Gefühl gegen alles, wofür Davos steht», sagte etwa der Begründer des weltgrössten Hedgefonds. Was aber bedeutet dieses demonstrative In-sich-Gehen der Davos-Männer und wenigen Davos-Frauen? Nicht viel. Erstens ist das, was in Davos als Einsicht daherkam, vor allem Ausdruck von Sorge, Unsicherheit und Angst; die berechtigte Angst vor gefährlichen Entwicklungen, die dem Einfluss der sich in Davos versammelten Manager und Staatsmänner entzogen bleiben könnten. Von einem neu anbrechenden Zeitalter war diese Woche im Bündner Alpendorf oft die Rede, von tektonischen Verschiebungen. Doch worin diese Verschiebungen genau bestehen, das weiss niemand. Die Unsicherheit darüber war fühlbar. Auch die präsentierten Studien zeichneten nur grobe Szenarien – klar scheint einzig: Die Verschiebungen versprechen nichts Gutes. Im Gegenteil: Mehr Populismus, mehr Abschottung, mehr Nationalismus, mehr Konflikte, möglicherweise sogar militärische – das ist die Erwartung. Vor allem werde die Globalisierung enden, die seit den 80er-Jahren in der Welt für tektonische Verschiebungen gesorgt habe. Der Davos-Mann verliert an Einfluss Die Sorgen, die sich die Weltelite um die gewöhnlichen Bürger macht, gehen zweitens auch auf die Erkenntnis zurück, dass ihr Einfluss auf die politischen und ökonomischen Entwicklungen gesunken ist. Man hat in Davos schon früher über die problematischen Seiten der Globalisierung gesprochen. Das war stets ein kleiner Tribut an die Bewegung der Antiglobalisierer, die das WEF oft mit grösseren Demonstrationen begleitet hat. Davon war dieses Jahr nichts mehr zu sehen. Aber Demonstrationen gegen die Eliten und die Globalisierung sind auch unnötig geworden. Gegner der wirtschaftlichen Öffnung – wenn auch solche mit einer ganz anderen Gesinnung als die einstigen – haben die Schalthebel der Macht erobert. Seit gestern sitzen sie mit Donald Trump im Oval Office des Weissen Hauses. Doch es geht um mehr als um Machtverlust: Der Davos-Elite entgleitet auch die Deutungshoheit, die sie bisher innehatte. Öffnung, weltweite Vernetzung und das Suchen von Lösungen für globale wirtschaftliche sowie politische Herausforderungen – aus diesen Ideen bestand das Credo des WEF. Auf einer anderen Existenzgrundlage kann es nicht aufbauen. Doch diese Ideen haben stark an Anziehungskraft eingebüsst – die Versprechungen der Globalisierung wurden für viele nicht eingelöst. Deshalb fehlt der Davos-Elite drittens schlicht die Glaubwürdigkeit, dass sie bereit sein könnte für echte Änderungen. Die Davos-Männer und -frauen denken nicht nur in völlig anderen Kategorien, ihr Leben findet weit weg statt von dem der gewöhnlichen Leute, deren Anliegen in Davos beschworen wurden. Es sei kein Wunder, befinde sich in den USA die öffentliche Infrastruktur in einem solch schlechten Zustand, merkte an einem Podium ein Teilnehmer kritisch an. Die anwesende Elite benutze diese ja kaum. Dass die gleiche Elite weder den Brexit kommen sah noch die Wahl von Donald Trump, liege daran, dass sie sich nie um die Stimmung an der Basis gekümmert habe. Sonst wäre sie weniger überrascht gewesen über den Ausgang dieser Volksbefragungen. Das sagte Anthony Scaramucci, der einzige anwesende Vertreter der neuen Trump-Regierung. Die grossen Auftritte aus den USA hatten die Mitglieder der abgetretenen Administration: Aussenminister John Kerry und Barack Obamas Vize Joseph Biden. Wie schwierig es ist, hergebrachte Denkmuster zu durchbrechen, machte auch Christine Lagarde, die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), an einem Podium in Davos klar. Als sie und andere beim IWF das Thema der wachsenden Ungleichheit und dessen Bedeutung für die wirtschaftliche und politische Entwicklung zu lancieren versuchte, habe das in ihrer Institution zu Widerstand geführt. Viele seien der Meinung gewesen, Ungleichheit sei schlicht kein angemessenes Thema für den Fonds. Es geht vor allem ums Geschäft Die Glaubwürdigkeit, welche die WEF-Elite bei breiten Bevölkerungsschichten verloren hat, hat nicht nur mit diesen starren Denkmustern zu tun. Vielen Vertretern dieser Elite geht es schlicht ums

Business. Solange die eigene Kasse stimmt, interessiert es sie gar nicht, dass andere nicht von der viel gepriesenen wirtschaftlichen Öffnung profitieren. Dabei unterschätzen sie den sozialen und politischen Sprengstoff, der sich derzeit in vielen Ländern bildet. Vor allem Vertreter der in Davos anwesenden Wirtschaftselite aus den USA erkennen – wie sie im privaten Rahmen auch Journalisten erzählen – vorderhand vor allem Profitmöglichkeiten, die ihnen gerade die Wahl von Donald Trump bietet: durch tiefere Steuern, weniger Regulierungen und Infrastrukturinvestitionen. Trumps Drohungen, den Freihandel einzuschränken, werden weitgehend verdrängt. Der neue Präsident wolle einfach einen für die USA faireren Handel durchsetzen, heisst es dann. Daran könne doch gar nichts schlecht sein. Darüber hinaus war in Davos die Tendenz zu erkennen, dass sich die Davos-Menschen mit den neuen Umständen irgendwie zu arrangieren versuchen. Der Aufstieg der Populisten wurde etwa mit dem Argument begrüsst, diese hätten zwar keine Lösungen bereit, würden aber zumindest die richtigen Fragen stellen. Deshalb sei die Entwicklung doch nicht ganz so schlecht. Diese Erkenntnis ist das Eingeständnis der Eliten, wie abgehoben sie sind. Und es kommt einer gewaltigen Unterschätzung der Risiken gleich, die mit diesen Bewegungen und ihren führenden Vertretern verbunden sind.

Auf dem Abstellgleis (503)

Das Schlechtreden der Eritreer muss aufhören.

Eritreer stellen im Moment die grösste Flüchtlingsgruppe in der Schweiz dar. Ihr gesellschaftliches und politisches Ansehen ist seit längerer Zeit angeschlagen. Der Grund liegt in den widersprüchlichen Stimmen innerhalb der eritreischen Diaspora. Das sorgt für Unschärfen und Schwierigkeiten in der Beurteilung ihrer Situation. Nicht wenige derjenigen, die wegen des Unabhängigkeitskriegs vor 25 Jahren nach Europa geflüchtet sind, verehren den Militärdiktator Isayas Afewerki als Freiheitskämpfer. Sie sind regimefreundlich und wehren sich gegen die politische Verurteilung Eritreas. Die neue Flüchtlingsgruppe aber flieht vor einem Regime, das seit den politischen Unruhen im Jahr 2001 paranoid und äusserst repressiv geworden ist. Gemäss dem Anfang Jahr veröffentlichten Bericht der EU-Botschafter in Asmara ist Eritrea ein «intransparenter, repressiver Staat ohne Rechtssystem». Übersetzt heisst dies: Die Menschenrechtslage ist katastrophal, der Nationaldienst bedeutet für viele unbegrenzte (institutionelle) Zwangsarbeit. Presse- und Meinungsfreiheit gibt es nicht. Und zu den Gefängnissen hat nicht einmal das IKRK Zugang. In die Illegalität gedrängt In verschiedenen Zeitungsberichten der vergangenen Woche wird die Situation in Eritrea (wieder einmal) relativiert. Politische Kreise nutzen diese kontroversen Beurteilungen schamlos aus. Sie prägen durch ihre populistische Polemik das gesellschaftliche Ansehen unserer grössten Flüchtlingsgruppe. Nicht zuletzt dieser Druck hat zur Praxisänderung beigetragen, dass der Bund in der zweiten Jahreshälfte 2016 die Asylgesuche von mehreren Hundert Eritreern abgelehnt und gegen diese Wegweisungen verfügt hat. Das geschah, obwohl den Betroffenen in Eritrea noch immer Gefängnisstrafen von mehreren Monaten drohen. In Wirklichkeit wird aber niemand abgeschoben. Unsere Behörden wissen, dass man diese Menschen nicht zurückschaffen kann und dass sie auch nicht freiwillig zurückkehren werden. Sie haben fortan einen illegalen Status und werden als Sans-Papiers geführt. Die meisten von ihnen wohnen ganz offiziell in einem Asylzentrum und vegetieren mit einer Nothilfe von acht Franken pro Tag vor sich hin. Sie stehen wie ein Auto ohne Nummernschilder in der Landschaft. Es ist kein Ruhmesblatt für die Schweiz, eine Gruppe von Menschen in ein gesichtsloses Dasein zu drängen, sie ihrer menschlichen Rechte und Würde zu berauben. Die neue Strategie der Behörden scheint auf Abschreckung zu zielen und dient dazu, Druck gegenüber eritreischen Flüchtlingen aufzubauen, damit sie in ein Nachbarland ausweichen. Wir begleiten in Riggisberg seit über zweieinhalb Jahren eritreische Flüchtlinge. Wir kennen diese Menschen und ihre Geschichten. Wir sehen auch die Abgewiesenen, die in ständiger Angst, ohne Hoffnung, Perspektive und Alternative leben. Haben diejenigen zynischen Politiker, die in diesen Tagen populistisch Stimmung machen, je mit einer abgewiesenen Eritreerin gesprochen? Mit einer Frau, die vor dem menschenunwürdigen Nationaldienst illegal aus ihrem Land geflüchtet ist, die Gewalt und Leid auf ihrer Flucht erlebt hat und nun in der Schweiz unmenschliche Ausgrenzung erfahren muss? Sie verdienen Freundlichkeit Das politische Bashing gegenüber den Eritreern ist seit längerer Zeit im Gang. Diese Menschen, die Gewalt und Entwürdigung erfahren haben, verdienen es aber, freundlich und respektvoll aufgenommen zu werden. Militärdiktaturen haben in der Regel eine beträchtliche Langlebigkeit. Bis zum Moment, in dem echte Verbesserungen in Eritrea eintreten, ist es für uns eine Pflicht, zu einer Anstandskultur zurückzukehren und diese Flüchtlinge menschenwürdig leben und arbeiten zu lassen.

SEITE 13

Zauberin aus Schwamendingen (367)

Sebastian Tobler findet die Kollegin mit den sieben Vornamen ziemlich verdächtig. Der Zürcher Gamedesigner vermutet, Philomena Schwab verfüge über magische Kräfte. «Manchmal scheint sie im Besitz eines Time-Turner zu sein.» Der «Time-Turner» ist ein Amulett in «Harry Potter», das die Zeit zurückdreht und so erlaubt, an einem anderen Ort zusätzlich einzugreifen. Was Tobler meint: Schwab scheint überall zu sein. Sie reist von Kongress zu Ausstellung, gibt Interviews und referiert an Konferenzen. Ihre Hyperaktivität machte sie in den letzten Jahren zur wichtigsten Botschafterin der Schweizer Gamedesigner. Nun ist auch «Forbes» auf die Zürcherin aufmerksam geworden: Das Wirtschaftsmagazin zählt sie zu Europas 30 wichtigsten TechnologieCracks unter 30. Ein Aufsteller nach einem harten Arbeitstag sei die «Forbes»-Mail gewesen, sagt die 28-Jährige, die seit drei Monaten ein eigenes Game-Studio im Kreis 5 leitet. Aufgewachsen ist Schwab in einer Grossfamilie in Schwamendingen, die ihr auch die vielen Vornamen gab. Ihre Mutter arbeitet mit lernschwachen Kindern, ihr Vater ist Verkäufer. Mit neun Jahren bekam sie einen Gameboy – «dann gings los». Sie habe als Kind verstanden, wie ein Buch oder ein Bild entsteht, aber Games seien ihr als pure Magie erschienen. «Und ich wusste nicht, wie man Zauberer werden kann.» Nach der Matura begann Schwab ein ZHDK-Studium in Gamedesign, es folgten Praktika, etwa beim renommierten Zürcher Blindflug-Studio. Ihre Abschlussarbeit ist das Game «Niche», das von der Züchtung einer überlebensfähigen Tierart handelt. Es verbindet Schwabs Begeisterung für Comics mit derjenigen für Genetik. Schwab ist überzeugt von der Indie-Philosophie, der zufolge nicht riesige Teams, sondern Einzelpersonen programmieren sollten – der Gamedesigner als Autor, dessen Werk die Persönlichkeit spiegelt. Als es um die Finanzierung und die Vermarktung von «Niche» ging, zahlte sich Schwabs Netzwerk aus: Über die Sammel-Site Kickstarter.com holte sie weit mehr Geld herein als erwartet. Gezielt hatte Schwab die nischigen Web-Foren besucht, wo sie mögliche Anhänger ihres «genetics survival game» vermutete. Echte Fans seien wertvoller als jedes Werbebanner, sagt sie. Sie muss es wissen, kann sie doch bereits jetzt von den globalen Online-Erlösen von «Niche» leben – und das, obwohl das Spiel erst im Sommer fertig wird und bisher nur als Testversion gekauft werden kann. Nein, den Verdacht der digitalen Zauberei wird Philomena Naomi Om-Chanti Cosma Ruben Rahel Anastasia Schwab so schnell nicht los.

Heute sind sie wenigstens randständig (618)

Ein AfD-Politiker verklärt die Nazivergangenheit. Skandal? Bis in die 90er-Jahre taten das viele. Während des «Historikerstreits» der 80er-Jahre klagten rechtskonservative Professoren und Politiker über eine deutsche «Schuldbesessenheit», welche die Nation angeblich hindere, aufrecht zu gehen. Der Genozid an den Juden sei in der Geschichte gar nicht «einzigartig» und müsse daher nicht Gegenstand ständiger Erinnerung sein. Ein Kritiker fragte ironisch zurück, was sich denn ändern würde, wäre der Holocaust «nicht einzigartig» gewesen? Würde der Bundeskanzler sich nicht mehr in Yad Vashem verneigen oder der Bürger sich besser fühlen? In der aufgeheizten Atmosphäre des Wahljahres 2017 lohnt es sich, an solche typischen Konflikte der alten Bundesrepublik zu erinnern. Wer in ihr aufwuchs, der erlebte, wie ein Land erwachsen wurde. Er sah, wie sich diese Republik als Gegenmodell zum Nazistaat entwickelte, wie der Spuk des alten Ungeistes langsam, oft sehr langsam verblasste. CDU wollte Altnazis verschonen Und doch will diese Vergangenheit noch immer nicht vergehen. Die Ausfälle eines AfD-Prominenten aus Thüringen gegen das Berliner Holocaustdenkmal fielen in dieselbe Woche wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das zum Verdruss vieler die rechtsextreme NPD nicht verbot. Hat man aus der Geschichte nichts gelernt, ist «so etwas» wie kaum kaschiertes Verkünden von Nazigedankengut wieder möglich? So lauten manche Formeln der öffentlichen Empörung. Doch bei allem berechtigten Zorn: Eher verhält es sich so, dass «so etwas» immer noch möglich ist und nicht schon wieder. Es ist heute nur sehr viel randständiger als früher. Der erste Kanzler der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, koalierte mit dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten, einem Sammelbecken alter Nazis. Zweimal, 1965 und 1979, haben zahlreiche Bundestagsabgeordnete versucht, die Strafverfolgung von NS-Verbrechen auslaufen zu lassen. Ein CDU-Mann legte dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, 1992 nahe, seine Heimat sei doch Israel. Noch 1995 nannte der CDU-Politiker Alfred Dregger das Kriegsende vom 8. Mai 1945 nicht einen Tag der Befreiung, sondern einen der Unterwerfung. Derlei Positionen waren einst salonfähig, heute sind sie gesellschaftlich unmöglich geworden. Das ist aber nicht so, weil «die Medien» oder «das System» dem Volk das Joch verordneter Selbstgeißelung auferlegen würden. Die Kultur eines würdigen Umgangs mit historischer Schuld ist über Jahrzehnte gewachsen; sie hat weder die Wiedervereinigung verhindert noch den Aufstieg Deutschlands

in Europa, im Gegenteil. Sie gehört zur Identität der Bundesrepublik, gerade weil sie den giftigen Mix aus Minderwertigkeitskomplexen und Lebenslügen verdrängte, der nach 1945 so verbreitet war. Genau deshalb war und ist diese Erinnerung am rechten Rand so verhasst. Neu ist freilich, dass sich dort eine Partei positioniert, in der das alte, von antisemitischen Tönen durchsetzte Lied der geknechteten Nation wieder erschallt. Im Herbst zieht die AfD wohl auch ins nationale Parlament ein. Eine wehrhafte Demokratie, wie sie Bundespräsident Joachim Gauck kürzlich beschwor, muss die Auseinandersetzung mit solchen Gedanken und Gegnern nicht fürchten. Sie kann sich eher glücklich schätzen, dass der alte Nazigeist in der Zivilgesellschaft und den Parteien, welche die Demokratie tragen, fast ausgestorben ist. Gewiss, die AfD hat in den Bundesländern grosse Wahlerfolge erzielt und ein Potenzial an Unzufriedenen um sich geschart. Diesen Topf will sie am Kochen halten und durch immer radikalere Provokationen im Gespräch bleiben. Was würde sich in Deutschland dafür besser eignen als Naziparolen? Mit solchen liefen die AfD aber Gefahr, ihre bürgerlicheren Anhänger zu vergraulen. Keine glorreiche Vergangenheit Die deutsche Vergangenheit unterscheidet die AfD auch von vielen vergleichbaren Parteien in Europa. Daher beruft sie sich zu Unrecht auf angebliche nationale Geistesbrüder wie die Briten: Beim Brexit spielt die Identität einer traditionsreichen Nation mit, die einst allein dem Nazireich entgegentrat. Deutsche Rechtspopulisten haben es nie geschafft, sich geistig von den dunklen Schatten ebendieses Reiches zu lösen. Wenn die Partei den Weg gehen sollte, den die Hetze gegen das Holocaust-Mahnmal weist, wird es ein Weg ohne Wiederkehr sein.

Ein bisschen Heimatschutz (336)

Soll Zürich die «Gammelhäuser» kaufen? Unbedingt.

Unter der rot-grünen Regierung ist Zürich zu dem geworden, was es heute ist: attraktiv, beliebt, lebenswert. Eine Stadt am See, der Studien die zweithöchste Lebensqualität weltweit zuschreiben. Und eine Stadt, in der sich das gute Leben an zentraler Lage immer weniger leisten können. Dies führt Wiedikon vor: Wer früher an der Weststrasse lebte, zahlte wenig, ertrug dafür Lärm und Abgase des Verkehrs. Die Schliessung der Stadtautobahn hat das Quartier belebt, aber auch verteuert. Menschen mit wenig Geld mussten wegziehen, reichere zogen hin. Kaum an einem anderen Ort zeigt sich dieser Gegensatz so deutlich wie an der Neufrankengasse im Kreis 4. Wohlhabende leben und wirtschaften direkt am Bahngeleis in neuschickten Büro- und Wohnhäusern; diese setzen fort, was an der Europaallee beim Bahnhof beginnt. Unmittelbar daneben, in zwei Hausblöcken aus den 60er-Jahren, wohnten Menschen, die kaum eine andere Wohnung gefunden hätten. Mit ihnen hausten Dealer und Drogensüchtige in den Treppenhäusern. Kürzlich hat die Stadt diese «Gammelhäuser» geräumt. Für die einen waren sie ein Schandfleck, für die Betroffenen ein unwürdiges Daheim – aber immerhin eine Bleibe. Nun will die Stadt die beiden Häuser und ein drittes an der Magnusstrasse 27 kaufen. Die kleinen Wohnungen sollen günstig vermietet werden, auch an Studenten und Asylbewerber. Das ist gut so: Wer sonst, wenn nicht die Stadt, soll weniger Vermögenden ermöglichen, zentral in Zürich zu leben? Die bürgerlichen Parteien sind skeptisch oder lehnen solche Massnahmen ab. Der Kauf von Liegenschaften sei nicht die Aufgabe der Stadt, sagt etwa die SVP. Dabei hat sich dieses Vorgehen bewährt: Bereits früher hat die Stadt Häuser gekauft – auch im LangstrassenQuartier –, hat Wohnungen saniert, fair vermietet und damit für eine gute Durchmischung gesorgt zwischen reich und arm, jung und alt. Die Wohnungen in Zürich sind knapp, die Nachfrage bleibt gross. Wer in einer solchen Situation den Immobilienmarkt den Privaten überlässt, toleriert, dass Menschen an zentralen Lagen irgendwann entweder im einen oder im anderen Extrem leben werden: unter schaurigen Bedingungen wie in den «Gammelhäusern». Oder in Eigentumswohnungen, die Millionen kosten.

SEITE 14

Husky-Gespann verliert Führerin (104)

Ein herrenloses Husky-Gespann hat am Donnerstag im österreichischen Feldkirch eine gross angelegte Suchaktion ausgelöst. Die Hundebesitzerin war im grenznahen Waldgebiet in Feldkirch/Bangs unterwegs, als sie die Kontrolle über das Gespann verlor und stürzte. Unbeeindruckt liefen die Hunde weiter, wie die Vorarlberger Polizei gestern informierte. Die 33-Jährige suchte zu Fuss nach ihren Hunden. Eine einheimische Frau hatte inzwischen das führerlose Gespann bemerkt und die Polizei gerufen. Aufgrund von Spuren am Schlitten, die auf einen Unfall hindeuteten, wurden 18 Bergretter, 16 Polizisten und ein Helikopter für eine aufwendige Suche aufgeboden. Dank einem Chip an einem der Huskys konnte die Hundebesitzerin schliesslich kontaktiert werden.

Suche nach Vermissten (79)

Obwohl sie die ganze Nacht gearbeitet haben, fanden Rettungskräfte bis gestern Morgen weder Überlebende noch Leichen in den Trümmern eines Hochhauses in Teheran, das während eines Löscheinsatzes am Donnerstag eingestürzt war. Sie suchten nach rund 20 Feuerwehrleuten, die vermisst werden, seit das 1962 eröffnete 15-stöckige Plasco-Gebäude einstürzte. Zuvor konnte das älteste Hochhaus Irans evakuiert werden, über 80 Menschen wurden nach Angaben der Nachrichtenagentur Irna aber verletzt. Im Plasco-Hochhaus waren ein Einkaufszentrum sowie rund 400 Nähereien untergebracht.

Amokfahrt in Fussgängerzone (399)

Im australischen Melbourne kommen mindestens 4 Menschen ums Leben.

Mitten auf der Kreuzung vor Melbournes grösstem Bahnhof drehte das dunkelrote Auto des Typs Holden Commodore wilde Kreise. Der Fahrer lehnte sich aus dem Fenster und schrie auf die zahlreichen Passanten ein. Er fuhr weiter und bog, verfolgt von Polizisten, in die Bourke Street Mall ein, die zentrale Fussgängerzone der australischen Millionenstadt. Sie war am Freitagmittag um halb zwei voller Menschen. Dort gab er Gas. Mit Schuss gestoppt Offenbar in voller Absicht, so stellte die Polizei danach fest, raste er auf die in Panik fliehenden Leute zu. «Er hat sie umgefahren wie Dominosteine», berichtete ein Augenzeuge australischen Medien. «Menschen sind über die Motorhaube geflogen, andere lagen unter dem Auto», erzählte eine andere Zeugin. Wiederum andere sahen, wie das Auto einen Kinderwagen erfasste: «Das Baby flog durch die Luft, und die Mutter lag blutend auf dem Boden.» Erst zwei Häuserblocks hinter dem Ende der Fussgängerzone gelang es der Polizei, den Amokfahrer mit Schüssen und einem Ramm-Manöver zu stoppen. Die Verfolger zogen den nach Polizeiangaben mit nicht lebensgefährlichen Schusswunden verletzten Mann aus seinem demolierten Auto und nahmen ihn fest. Doch da lagen bereits 3 Menschen – ein Mann, eine Frau und ein kleines Kind – sterbend auf der Strasse. Später teilte die Polizei mit, dass eine vierte Person gestorben sei. Mindestens 25 Menschen wurden in die umliegenden Spitäler gebracht, mindestens 4 von ihnen mit lebensgefährlichen Verletzungen. In einem Operationssaal des Royal Children's Hospital kämpften Ärzte stundenlang um das Leben eines drei Monate alten Babys. Der 26-jährige Amokfahrer war den Behörden bereits in der Vergangenheit «bei vielen Gelegenheiten» aufgefallen, wie Polizeipräsident Graham Ashton auf einer Pressekonferenz mitteilte. Der Mann hat demnach seit langer Zeit psychische Probleme, nahm Drogen und war in Fälle von häuslicher Gewalt verwickelt. Erst vor einer Woche war er wegen eines gewalttätigen Angriffs auf ein Familienmitglied angeklagt worden. Verfolgung abgebrochen Am frühen Morgen hatte er im südlichen Vorort Windsor auf seinen Bruder eingestochen, der sich später schwer verletzt in einem Spital meldete. Auch seine Mutter soll bei der Auseinandersetzung verletzt worden sein. Als einer Polizeistreife sein rätselhafter Fahrstil auffiel, war er in Begleitung einer Frau, die er möglicherweise als Geisel genommen hatte. Sie konnte jedoch aussteigen, bevor er die Innenstadt erreichte. Polizeipräsident Ashton erklärte, der Streifenwagen sei dem Mann gefolgt, habe die Verfolgung aber aus Angst um die öffentliche Sicherheit abgebrochen. Danach habe ihn ein Polizeihelikopter im Auge behalten.

Obelix will Karriere machen (90)

Es gibt Neues aus dem unbeugsamen gallischen Dorf: Im Oktober kommt das 37. Asterix-Album auf den Markt. Auch diesmal nehmen Asterix und Obelix die Leser mit auf eine abenteuerliche Reise, wie Autor Jean-Yves Ferri und Zeichner Didier Conrad am Freitag ankündigten. Es gehe um «Besuche von historischen Monumenten, gastronomische Entdeckungen und Begegnungen mit Einheimischen und Berühmtheiten». Womöglich spielt Obelix diesmal die Hauptrolle: In vorab enthüllten Zeichnungen ist zu sehen, dass er nicht mehr länger nur Hinkelsteinhauer sein will. Stattdessen will er ein Krieger wie Asterix werden.

Fünfte Staffel Polit-Intrigen (37)

Zur Amtseinsetzung des nicht fiktiven US-Präsidenten hat Netflix gestern das Startdatum der fünften Staffel von «House of Cards» um Präsident Frank Underwood bekannt gegeben. Die Serien-Intrigen gehen in den USA am 30. Mai weiter.

Tödlicher Unfall beim Schulsport (88)

Bei einem Sportunfall im Berufsunfall Weiterbildungszentrum in Zofingen AG hat ein 21-jähriger Maurerlehrling tödliche Verletzungen erlitten. Vor Beginn der Sportlektion turnte er an den Ringen und

fiel hinunter. Der Lehrling sei hin- und hergeschwungen, sagte eine Sprecherin der Aargauer Staatsanwaltschaft dem Regionalsender Tele M1. Er habe die Beine über den Kopf genommen und ein «Päckli» gemacht. Plötzlich habe er die Ringe losgelassen und sei mit dem Kopf auf einer Turnbank aufgeschlagen. Der Unfall ereignete sich bereits am Montag. Die Staatsanwaltschaft leitete eine Untersuchung ein.

100 Jahre Ausleihgebühr (90)

Das Buch heisst «Forty Minutes Late», doch das ist schwer untertrieben: Tatsächlich wurde es der Leihbibliothek in San Francisco 100 Jahre zu spät zurückgebracht. Ausgeliehen hatte das Buch 1917 Phoebe Johnson, die eine Woche vor Ablauf der Verleihfrist verstarb. Ihr Urenkel Webb Johnson hat es jetzt retourniert – nachdem die Bibliothek eine Amnestie für säumige Ausleiher verkündet hatte. Ohne diesen Straferlass hätte das den Nachfahren 3600 Franken Ausleihgebühren gekostet, weshalb er den Kurzgeschichtenband gemäss «San Francisco Chronicle» auch nicht zurückbrachte, als er ihm 1996 in die Hände fiel.

Kollision mit Todesfolge (52)

Beim Zusammenstoss zweier Autos sind am Freitag in Büsserach SO ein 50-jähriger Beifahrer getötet und der 27-jährige Fahrzeuglenker schwer verletzt worden. Der Fahrer des korrekt fahrenden Autos blieb unverletzt. Der Unfallverursacher hatte in einer Linkskurve die Kontrolle über sein Auto verloren, das ins Schleudern und auf die Gegenfahrbahn geriet.

Von Krokodil totgebissen (58)

Im Norden Australiens ist ein Mann von einem Krokodil totgebissen worden. Wie die Polizei gestern mitteilte, griff das Krokodil den 47-jährigen Australier am Donnerstag an, als er den East Alligator River zu Fuss durchwatete. «Cahills Crossing ist bekannt für seine Krokodile», sagte Polizeichef Warren Jackson gestern. «Es zu Fuss überqueren zu wollen, ist eine Torheit.»

Mit Drehleiter gerettet (61)

Beim Brand eines Gebäudes in Puidoux VD sind zwei Personen von der Feuerwehr mit einer Drehleiter über das Dachfenster gerettet worden. Wegen Atembeschwerden wurden sie ins Spital von Vevey gebracht. Das Feuer brach am Donnerstagabend im Parterre des Gebäudes aus, die beiden Personen in der Wohnung im zweiten Stock konnten das Haus nicht mehr auf normalem Weg verlassen.

SEITE 15

Herrliberg first (832)

Eine Stunde nach Donald Trump sprach Christoph Blocher im Albisgüetli zu seinem Volk. Moderater im Ton, inhaltlich gar nicht so weit entfernt.

Dreimal nahm Christoph Blocher auf seinen Vorredner auf der anderen Seite des Atlantiks Bezug, dreimal sprach er von diesem «Trömp», wie er hier von vielen genannt wird. Dieser Trömp, der schwöre auf die Verfassung. Dieser Trömp, der baue eine Mauer zu Mexiko und mache so etwas gegen die unerwünschte Migration. Dieser Trömp! Der direkte Bezug zu Donald J. Trump wäre nicht nötig gewesen. Wer eine Stunde zuvor die Inaugurationsrede des seit gestern 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten gesehen hatte, der konnte gar nicht anders, als die jährliche «Standortbestimmung» von Alt-Bundesrat Christoph Blocher im Albisgüetli daran zu messen. Und ja: Da reden zwei vom Gleichen. Vom Volk. Von den Eliten. Von der Machtlosigkeit der einen und der Machtversessenheit der anderen. Und von jenen, die die Verhältnisse wieder zurechtrücken. Von sich. Der böse Keim im Bundesrat Um das Volk retten zu können, um die Power wieder den People zu geben, wie es Trump und «Batman»-Bösewicht Bane in den exakt selben Worten sagen, muss zuerst die herrschende Ordnung diskreditiert werden. «Washington» im Fall des amerikanischen Präsidenten, «Bern» im Fall von Blocher. Dieser redete nicht mehr von der «Diktatur von Bundesbern» wie noch vor einem Jahr, inhaltlich meinte er aber dasselbe. «Die Entmachtung der Bürger ist in vollem Gange», sagte Christoph Blocher. Und die Keimzelle dieser Entmachtung, die sitze im Bundesrat, wo die Unabhängigkeit des Landes und die direkte Demokratie schon lange nicht mehr geachtet würden. Blocher meinte damit das institutionelle Rahmenabkommen mit der Europäischen Union, das auf der diesjährigen Prioritätenliste des Bundesrats steht. «Gute Nacht, Freiheit! Gute Nacht, Selbstbestimmung! Gute Nacht, Unabhängigkeit!», sagte, nein,

rief Blocher, und forderte den Saal mit den über tausend SVP-Freunden zum Widerstand auf. Zum aktiven Widerstand, mit einem Ausrufezeichen. Und dieser Widerstand gegen die ach so Liberalen, gegen die Netten und Guten, gegen die Mainstream-Medien und Besserwisser sei flächendeckend nötig. Bei der Energiestrategie, bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative («so böse hat man die Verfassung noch nie verletzt!»), bei Rasa. Immer ist es: Sie gegen uns. «Das Establishment nennt uns die Dummen, die Unanständigen, die Stilllosen und Populisten.» Wir gegen sie, immer, überall Dabei sei es die Schweizerische Volkspartei, seine Partei, die für dieses Volk einstehe. «Wer hat vor allen anderen die Scheinasylanten entdeckt? Wer zuerst den Islamismus? Wer hat mit der Minarett-Initiative eine klare Grenze gezogen?» Ja, wer wohl. «Bei all diesen Dingen ging die SVP voran!» Wir gegen sie. Das Volk gegen das Establishment. Das Volk gegen die Elite. Und was für eine Elite das ist! Richter, Professoren, Politiker, die das Volk entmachten, knechten, und eigenmächtig definieren, was Recht ist. Blocher nannte den ehemaligen US-Präsidenten Richard Nixon, der nach dem Watergate-Skandal gesagt hatte, wenn ein Präsident so etwas anordne, sei es nicht illegal. Blocher nannte Carl Schmitt, der die Herrschaft Adolfs Hitlers juristisch legitimiert hatte. Und dazwischen nannte er eine anonyme Nationalrätin der Grünliberalen, welche die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative mit den Worten verteidigte, das Parlament dürfe die Initiative so umsetzen, wie es ihm passe. Alles Beispiele für das Anpassertum der Elite. Das seien die Gleichen, wie die, die sich damals bei den Nazis in Windeseile dem neuen Regime untergeordnet hätten. Hauptsache Posten und Lohn stimmen. Und das sind die Gleichen, die es heute und ganz aktuell zu bestrafen gilt. «Das sind die Totengräber unserer Demokratie. Sie gehören abgewählt!» Verhöhnern, verachten, verdammen: Das macht Blocher nicht nur bei Politikern, das kann er auch bei Akademikern (denen er selber angehört). Ausführlich zitierte er aus einem Buch zur Reform der Volksrechte des ehemaligen Geschichtsprofessors und Blocher-Intimfeinds Georg Kreis und anderen. Von Leuten, die sich für gescheit halten würden. «Dabei haben sie nur studiert, das ist nicht das Gleiche.» Was er sagen wollte, und was er nach einer etwas umständlichen Volte rund um seine Frau Silvia schliesslich tatsächlich auch sagte, war: «Akademiker sind Dorftrottel.» Gelächter im Saal. Applaus im Saal. Dann sang der ehemalige Bundesrat ein Lied («Wer soll das bezahlen») und der Saal sang mit. Es hatte fast schon etwas Liebliches, etwas sehr Schweizerisches. In Washington lieferten sich zum gleichen Zeitpunkt Demonstranten und Polizei Strassenschlachten, an der Endstation Albisgüetli komplimentierten Zürcher Beamte eine Handvoll Juso-Protestler mit ausgeschnittenen BlocherMasken wieder zurück ins Tram. 2017 für die Geschichte In Washington sagte Trump, der 20. Januar werde in die Geschichte eingehen als jener Tag, an dem das Volk wieder die Herrscher dieser Nation würden. In Zürich sagte Blocher, dass man wieder Demokratiefreunde statt Demokratiefeinde brauche. 2017 sei das Jahr des Widerstands, «nicht der Anpassung!», das Jahr der Unabhängigkeit, das Jahr, in dem man mit aller Macht um die gefährdeten Volksrechte kämpfen müsse. «Es brodeln im Volk. Die Herrschenden sollten sich nicht in der Illusion wiegen, man könne den Volkswillen überfahren, und alles sei bestens.» Alle Power dem Volk. Und zwar dem eigenen. «America first!», rief Trump den Menschen zu. «Es lebe die Schweiz!», waren die letzten Worte von Blocher an seine Getreuen im Albisgüetli. «Die Schweiz zuerst!» hätte auch gepasst.

Ein Abend lang drängeln (459)

Albisgüetli auf der anderen Seite: Was neben Reden, Gesang und Tombola sonst noch passierte. Draussen scharen sich Polizisten um einen Mann, der seinen Rucksack öffnen soll. Fünf gegen einen. Vielleicht ein Juso-Aktivist? Kurze Zeit später folgt eine Medienmitteilung der Jungsozialisten: Sie hätten eigentlich bloss friedlich gegen die menschenverachtende Politik der SVP demonstrieren wollen. So etwas wie geordnete Hektik auch drinnen im Albisgüetli. Das fängt schon beim Eingang an. Das SVP-Volk steht dicht an dicht. Wie eine Mauer. Farbig sind vor allem die Krawatten der Herren. Durchsetzen ist später auch Thema in der Rede von Christoph Blocher. Er spricht von der kleinen Schweiz gegen das grosse Europa. «Nicht lockerlassen», sagt er mehrmals. Das Mantra auch, bis die Besucher im Gewühl ihren Tisch gefunden haben. Diese verteilen sich über mehrere Räume: unten nah der Bühne, auf der Bühne oben und in zwei Nebenräumen fern des Hauptsahls. Doris Leuthard (CVP) ist nicht gekommen, schon das zweite Mal nicht in ihrer Funktion als Bundespräsidentin. Auch so ein Mantra, Blocher wird nicht müde, es zu betonen. Dafür sind andere da. Ein Selfie mit Ueli Maurer An den vorderen Tischen unterhält sich Markus Somm, Chefredaktor der «Basler Zeitung», mit dem ehemaligen CS- und UBS-CEO Oswald Grubel, der schon als Redner hier war. Max Binder, Natalie Rickli, Walter Frey, Heinz Brand sind da, Roger Köppel trägt den schicksten Anzug des Abends. Applaus gibt es für Fast-Bundesrat Thomas Aeschi, ebenso für Albert Röstli, obwohl der verspätet eintrifft. Und dann ist da natürlich Bundesrat Ueli

Maurer. Er wird gleich umzingelt: Ein Selfie muss sein. Um die Tombola drängen sich die Frauen, bunt sind ihre Kleider, elegant auch. Zwei junge Männer, ebenfalls in Grau (aber durchaus charmant), verkaufen Los um Los. Ihre roten und gelben Töpfe sind noch voll, alles muss weg. Sie werden nicht aufgeben. Dürfen sie auch nicht. Mit der Tombola, über die mehr geredet wird an diesem Abend als über Politik (Blochers Rede nicht eingerechnet), finanziert die SVP einen Teil des Anlasses. Zu gewinnen gibt es unter anderem Würste, Sirup, Caotina und Wein. Applaus gibt es viel an diesem Abend, für die Blasmusikanten in ihren grünen Uniformen und vor allem für Christoph Blocher, der auch diesmal wieder viel und lange redet. Er merkt es selbst. Und entschuldigt sich für die drei Minuten, die er überzogen hat. Lautes Gelächter. Der Hunger hat sich breitgemacht, der Durst auch. Bei der Küche stehen die Kellnerinnen bereit. Eine nach der anderen trägt etwas Farbe in den Saal: Zürcher Geschnetztes mit buntem Gemüse. Gleich neben der Ausgabe stehen die Frauen Schlange. Zum Beispiel Alice, die Frau von Polo Hofer. Was Polo National wohl vom Gesang Blochers hält? Der Überraschung des Abends? Der singt, und alle stimmen ein: «Wer das soll bezahlen?» Auch darauf wissen wir keine Antwort.

SEITE 16

Urs Allemann, der Entschärfer (699)

Ein Sozialarbeiter soll verhindern, dass aus jungen Winterthurer Islamisten werden. Um 17 Fälle kümmerte er sich bereits, von harmlos bis gravierend. Christian, Editha, Hajan, Valdet, Visar, S. – seit 2014 sind immer wieder junge Muslime aus Winterthur ins Gebiet des Heiligen Kriegs gereist, radikalisiert durch Kollegen, salafistische Vorbeter, das Internet. Es ist Urs Allemanns Aufgabe, dafür zu sorgen, dass sich diese Liste nicht verlängert. Auf dem 39-Jährigen, der seit Oktober 2016 die neue Winterthurer Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention leitet, lastet einiger Druck. Die Stadt ist zum Kristallisationspunkt der Deutschschweizer Islamismusdebatte geworden. Hier spielte sich der Fall jener zwei minderjährigen Geschwister ab, die 2014 nach Syrien reisten, und hier durchsuchte die Polizei im November 2016 frühmorgens die An’Nur-Moschee im Quartier Hegi, um einen Prediger zu verhaften, der mutmasslich zu Mord aufgerufen hatte. Über 20 Journalisten sind an diesem Freitag angereist, um Allemanns erste Zwischenbilanz zu hören. Schliesslich hatte Stadtpräsident Michael Künzle (CVP) persönlich die Fachstelle als Kernstück der Winterthurer Massnahmen gegen den Islamismus angekündigt – inspiriert von der Stadt Zürich, die eine ähnliche Stelle betreibt. «Gewisse Verunsicherung» Allemann, gelernter Landschaftsgärtner, klein gewachsen, fast zierlich, arbeitete Ende der 90er-Jahre in einem Jugendtreff in Zürich-Altstetten. Es war die Zeit der Kosovokrise, bis zu 100 junge Flüchtlinge besuchten damals den Treff – «und ich Sprenzel war als Praktikant mittendrin. Damals musste ich lernen, mich durchzusetzen». Heute sind andere Fähigkeiten gefragt. Allemann, inzwischen ausgebildeter Sozialarbeiter, will in Winterthur Behörden, Schulen, Vereine und Moscheen besser vernetzen, um möglichst früh zu erfahren, wenn ein Jugendlicher auffällt. In seinen ersten 100 Tagen habe er eine «gewisse Verunsicherung» in der Winterthurer Bevölkerung gespürt. Um 17 Fälle kümmerte er sich bisher, von harmlos bis gravierend. Darunter war ein Vermieter, der sich Sorgen machte, dass sich in seinem Lokal ein radikaler Verein einnisten könnte. Tatsächlich aber war der interessierte Kulturverein bei der Stadt längst bekannt und wurde als ungefährlich eingestuft. Eine zweite Anfrage drehte sich um einen 13-jährigen Schüler mit afrikanischen Wurzeln, der im Unterricht plötzlich arabische Schriftzeichen malte und von Jihad-Videos erzählte, die ihm in einem Gebetszentrum während einer Familienreise nach Frankreich gezeigt worden seien. Allemann stellte fest, dass die leibliche Mutter kürzlich einen überaus konservativen Mann geheiratet hatte; er wies die Lehrerin an, den Schüler weiter im Auge zu behalten. Sollte sich in den nächsten Wochen nichts ändern, wird die Mutter für ein Gespräch aufgeboten. Der bisher heikelste Fall war ein Vater, der von seinem Sohn erzählte. Der 19-Jährige hatte die Trennung der Eltern miterlebt, war ohne Ausbildung, arbeitete nicht, kiffte. Allemann sprach nicht direkt mit dem Sohn, sondern traf sich mehrmals mit dem Vater, dessen Neuigkeiten immer beunruhigender wurden: Der Junge konvertierte zum Islam und begann, mit dem Vater über Alkohol und Schweinefleisch zu streiten. Bald kritisierte er den Westen und veränderte auch seine Kleidung. In Notizen des Sohnes fand der Vater den Satz «Jihad ist Pflicht». Auf dem gemeinsamen Computer sah er, dass sein Sohn Reisen nach Istanbul angeschaut hatte. Allemann und der Vater einigten sich darauf, die Polizei einzuschalten. Diese Abklärungen dauern an. «Kein Winterthurer Phänomen» Der Winterthurer Sozialvorsteher Nicolas Galladé betont an der Medienkonferenz, dass seit «längerer Zeit» niemand aus der Stadt mehr in den Jihad gezogen sei. Ohnehin sei Islamismus «kein Winterthurer Phänomen», so der SP-Politiker – «wir haben keinen Hinweis

darauf, dass es in Winterthur ein ausgeprägtes Extremismusproblem gibt». Ähnliche Netzwerke gebe es in allen Landesteilen. Für Allemann, dessen Mandat bislang bis Ende 2018 befristet ist, bleibt Islamismus aber das beherrschende Thema. 16 seiner bisher 17 Fälle drehten sich darum, obwohl die neue Fachstelle auch für christlichen und politischen Extremismus zuständig sei. «Umso wichtiger ist es, dass wir zu den sechs Winterthurer Moscheen einen guten Draht haben», sagt er. Die Leitungen der Gotteshäuser seien ein Teil der Lösung, nicht des Problems. Es gehe nun darum, Vertrauen zu schaffen, sodass die Vereine die Fachstelle anriefen, wenn sie Probleme mit Extremisten hätten. Die umstrittene An’Nur-Moschee meint Urs Allemann explizit mit: «In der Vereinsleitung gibt es auch sehr gute Kräfte.» Über einzelne Figuren, Imame oder islamistische «Hotspots» in der Stadt will Urs Allemann allerdings nicht sprechen: «Ich muss nun viele Gespräche führen. Wie soll ich Vertrauen aufbauen, wenn ich öffentlich über Einzelpersonen rede?» Präventionsarbeit sei ein Marathon, kein Sprint, und er starte erst.

Dschingis hat die Männermode revolutioniert (329)

Sein Geschäft im Clipper-Haus kannte früher jeder Mann, der im Sog der 68er-Jahre die graue gegen eine farbige Hose eintauschte. Jetzt ist Dschingis gestorben. Niemand kannte Heinrich Grau unter seinem richtigen Namen. Er war ganz einfach Dschingis. So wollten ihn schon seine Eltern taufen, doch die Behörde legte ein Veto ein. Dschingis hiess auch sein legendäres Geschäft, das sich über 44 Jahre im Clipper-Haus an der Lagerstrasse befand, bevor er vor sechs Jahren an den Bleicherweg in die Enge dislozierte. Dschingis führte keinen Laden. Es war ein Treffpunkt. Hier wurde nicht nur geshoppt, hier wurde ein Glas Wein getrunken, Schach gespielt und getratscht. Zu den Freunden gehörte auch Pepe Lienhard: «Er hat nicht nur mich, sondern seit meinen Anfängen auch mein Orchester eingekleidet», sagt er. Lienhard schwärmt von den weissen Smokings, die sie damals trugen. 1967 begann Dschingis zusammen mit seiner Frau Lisa Grau, Zürichs Männermode zu revolutionieren. Als Erster in der Stadt stellte er grelle Kostüme, flippige Hemden, selber bedruckte Manchesterjeans, Latzhosen und später lange Ledermäntel ins Schaufenster. Als Abenteurer, der gern reiste, kaufte er in der legendären Carnaby Street ein, liess in Indien verrückte Seidenmassanzüge herstellen. Sein Geschmack traf den Zeitgeist. Das sprach sich rasch herum, weil es damals in Zürich nichts Vergleichbares gab. Samstags wurde jeweils eine Umkleidekabine aufs Trottoir gestellt, um den Andrang zu bewältigen. Alle, die heute zur Generation Ü-60 gehören und damals in der Zürcher Künstler-, Werber-, Grafiker- und Journalistenszene verkehrten, kauften bei ihm ein: Theophil Butz, Walter Bosch, Jürg Ramspeck, Andy Illien und Udo Jürgens. Einige von ihnen waren wie Dschingis Mitglied des Fussballclubs Frischauf Seefeld, der aus Szene-Hobbyfussballern bestand. Dschingis war lebenslustig, charismatisch und liebenswürdig. Sein Sortiment passte er seiner Kundschaft an, die mit ihm älter wurde. Dabei mussten Qualität, Schnitt und Preis stimmen. Schon seit längerer Zeit war Dschingis krank. Trotzdem stand er bis Ende letzten Jahres mit Lisa Grau im Laden. Bald wäre er 80 Jahre alt geworden. Am letzten Sonntag ist er gestorben.

Ein weiterer Schritt zum neuen Kinderspital (317)

Die Baudirektion hat den Gestaltungsplan für den Kispi-Neubau in der Lengg festgesetzt. Der Gestaltungsplan bildet die planungsrechtlichen Voraussetzung für die neuen Gebäude neben der Psychiatrischen Universitätsklinik Burghölzli, die das Kinderspital wegen der Platznot am angestammten Ort in Hottingen beziehen möchte. Ohne rechtskräftigen Gestaltungsplan kann die Stadt keine Baubewilligung erteilen. Das Projekt stammt von den Basler Architekten Herzog & de Meuron, die zwar überall auf der Welt bauen, nur bisher in Zürich nicht. Sie haben das Akutspital mit 200 Betten auf dem Areal Süd als dreigeschossige Pavillons konzipiert und den Labor-, Lehr- und Forschungstrakt auf dem Areal Nord als sechsgeschossigen Rundbau. Der Entwurf des Gestaltungsplans lag von April bis Juni öffentlich auf. 29 Einwendungen gingen gemäss Mitteilung der kantonalen Baudirektion vom Freitag ein, zur Hauptsache wegen der Verkehrserschliessung. Das neue Kinderspital soll zu 80 Prozent über die Forchstrasse angefahren werden; maximal 450 Parkplätze sind erlaubt. Zudem wird das Spital mit einer neuen Buslinie erschlossen. Das Vorhaben kostet rund 600 Millionen Franken. Es wird finanziert über mehrere Kanäle: eine 300-Millionen-Anleihe der Zürcher Kantonalbank und der UBS, ein verzinsliches 150-Millionen-Darlehen des Kantons, einen 50-Millionen-Baukredit der ZKB und 100 Millionen Franken von Sponsoren und Mäzenen. «40 Millionen sind in trockenen Tüchern», sagt Martin Vollenwyder auf Anfrage, der Präsident der Eleonorenstiftung, die das Kinderspital führt. Mit weiteren Gönnern, insbesondere Stiftungen, sei er im Gespräch. Die restlichen 60 Millionen würden ihm jedenfalls kein Bauchweh bereiten. Baubeginn in einem Jahr Nachdem der Gestaltungsplan festgelegt ist, kann jetzt das Baugesuch eingereicht werden. Das passiert nach Vollenwyders Worten Ende Februar/Anfang März.

Wenn alles gut läuft, sprich keine Einsprachen kommen, beginnen die Bauarbeiten im Januar 2018. Der mehrere Monate dauernde Umzug des Spitals vom Kreis 7 in den Kreis 8 könnte dann Ende 2021 beginnen. Was der Kanton mit dem frei werdenden Areal in Hottingen vorhat, ist noch offen. Klar ist, dass er es als eigene Raumreserve versteht.

SEITE 17

«Einen authentischen Blick ermöglichen» (351)

Roland Portmann, Mediensprecher von Schutz & Rettung, zieht eine erste Bilanz des gestrigen Twitter-Tags. Die Stadtzürcher Blaulichtorganisationen haben einen Tag lang in Echtzeit über ihre Arbeit berichtet.

Es war eine erfolgreiche Aktion: Ende 2011 berichtete die Zürcher Stadtpolizei erstmals 24 Stunden in 400 Tweets über 250 Einsätze. Die Stadtpolizei zählte danach 2700 Followers mehr als vorher. Gestern Freitag wiederholte die @StadtpolizeiZH die Aktion zusammen mit @SchutzRettungZH, also mit Sanität und Feuerwehr. Warum macht Schutz & Rettung bei der Twitter-Aktion auch mit? Wir wollen der Bevölkerung einen authentischen Blick ermöglichen auf das, was wir täglich machen. Mit Twitter können wir das gewissermassen in Echtzeit tun. Von den über 40 000 Einsätzen im Jahr erfährt die breite Öffentlichkeit nur einen Bruchteil. Es ist auch eine PR-Aktion. Wird denn die Arbeit der Einsatzkräfte zu wenig gewürdigt? Das kommt darauf an. Ich kann nicht sagen, dass es zu wenig ist. Wir erhalten hie und da auch ein Kompliment und ein Dankeschön nach einem Rettungseinsatz. Wir freuen uns über jedes. Welche Meldungen sind für die Einsatzkräfte die schlimmsten? Ja, schlimme oder tragische Einsätze gehören zu unserem Alltag. Bei uns gehen pro Jahr über 100000 Notrufe aus mehreren Kantonen ein. Kürzlich hatten wir etwa einen Bub, den wir mit starken Fieberkrämpfen und Atembeschwerden mit Blaulicht ins Kinderspital bringen mussten oder auch eine erfolglose Wiederbelebung. Aber es gibt natürlich auch viele weniger spektakuläre Einsätze. Welche Bilanz ziehen Sie aus dem Twitter-Tag? Eine sehr gute. Am Morgen um 7 Uhr, als es losging, hatten wir schon ein Kribbeln im Bauch. Wir sind aber überwältigt von den vielen Reaktionen, Komplimenten und Fragen, die wir von der Zürcher Bevölkerung erhalten haben. Und: Wir verzeichnen auch über 1000 neue Followers. Was wollten die Leute wissen? Sie fragten zum Beispiel, wie man Rettungssanitäter werden kann und wie lange die Ausbildung dauert. Oder sie stellten allgemeine Fragen zu unseren Abläufen. Einige brachten uns sogar Kaffee vorbei. Wissen Sie schon, ob Sie so einen Twitter-Tag wiederholen werden? Es ist derzeit noch zu früh, um das zu beurteilen. Wir werden zuerst alles genau analysieren. Aber: Es hat auf jeden Fall Spass gemacht.

«WE ARE IN LOVE» (272)

Wer es noch nicht wusste, weiss es jetzt: Bei der Stadtpolizei und bei Schutz & Rettung ist nicht schlecht was los.

«Eine ältere Dame stürzt auf Treppe, sie blutet am Hinterkopf, Problem: sie nimmt Blutverdünner. #Rettungsdienst mit Sondersignal unterwegs #SID24.» Das meldet ein Tweet am Freitag kurz vor 17 Uhr. Hätten Stadtpolizei und Schutz & Rettung nicht ab Freitagmorgen während 24 Stunden fast alles vertwittert, was in ihrem Einflussbereich los war, wäre der breiten Öffentlichkeit das Schicksal der älteren Dame verborgen geblieben. Denn Ereignisse, die nicht eine gewisse Erheblichkeit haben oder durch ihre Aussergewöhnlichkeit Aufmerksamkeit erregen oder einen Zeugenaufruf nötig machen, schaffen es bei den beiden Organisationen bestenfalls zu einem Eintrag ins interne Journal. Das ist auch nachvollziehbar, wenn man weiss, dass Stunde für Stunde, Tag für Tag, durchschnittlich alle zwei Minuten ein Notruf hereinkommt, dass allein die Stadtpolizei 60000-mal pro Jahr ausrückt. Bis zur Halbzeit des Twitter-Marathons wurden mehrere Hundert Tweets verschickt. Polizeisprecher Michael Wirz sprach von einem «Rieseninteresse» der Bevölkerung. Und auch darüber hinaus: Das schnusige JunghundBild vom #PuppyTraining «aus wärmeren Tagen» generierte über 100 Herzen und begeisterte über die Landesgrenzen hinaus: «WE ARE IN LOVE» twitterte die Polizei Frankfurt. Nicht nur die Meldungen, teilweise skurril, teilweise dramatisch, teilweise informativ, finden Beachtung. Auch viele Fragen wurden gestellt. @StadtFuchs beispielsweise will wissen, ob es bei einer Kollision in jedem Fall eine Busse gibt. Über die Busse, wird ihm beschieden, entscheide die «richterl. Behörde». @Sven hätte gerne ein Video von der Berufsfeuerwehr. Er wird auf Youtube verwiesen, weil im Moment grad nichts verfügbar sei. Dort erklärt Belinda auch, wie die Calltalker bei Schutz & Rettung arbeiten.

SEITE 18

Eklat an Zürcher Tagesschule Bungertwies (262)

Der gute Ruf der Stadtzürcher VorzeigeTagesschule Bungertwies war schon länger am Bröckeln. Eltern und Lehrer beklagten sich im TA im letzten Frühjahr über das schlechte Klima an der Schule, das viel gepriesene Gemeinschaftsgefühl von Lehrern, Betreuern, Schulleitung und Eltern sei verschwunden. Die Schulleitung und Schulpflege bagatellisierten die Probleme stets. Zu Unrecht, wie sich nun zeigt. Ein langjähriger und beliebter Lehrer verlässt per Ende Schuljahr die Schule. Er begründete seinen Schritt am Montag mit unüberbrückbaren Differenzen mit der Schulleitung, wie die NZZ schreibt. Am gleichen Tag teilte die Schulpflegepräsidentin Mirella Forster (FDP) mit, dass die Schulleiterin und der Leiter Betreuung auf Ende April gekündigt hätten. Sie wollen der Schule so einen Neustart ermöglichen. Zum Eklat geführt hat unter anderem ein gescheiterter Teambildungsprozess. Diesen hatten Betreuungspersonen vor gut einem Jahr angestossen, um das 40-köpfige Team vor dem Zerfall zu retten. Seit dem Antritt der Schulleiterin war es zu zahlreichen Kündigungen gekommen. Forster bezeichnete die Meinungsverschiedenheiten in Sachen Schulentwicklung als «nichts Aussergewöhnliches». Wie freiwillig der abtretende Lehrer seine Stelle aufgibt, darüber kann nur spekuliert werden. Jedenfalls hatten sich Eltern und Schüler mit allen Mitteln bei der Schulpflegepräsidentin Forster dafür stark gemacht, dass der Lehrer dem Bungertwies erhalten bleibt. An der Elternratssitzung Mitte Woche war von Druck seitens der Behörden die Rede. Mit der Kündigung hätte der Lehrer einer sofortigen Freistellung entgehen können. Ähnlich tönte es schon bei früheren Abgängen. Die Involvierten bewahren Stillschweigen in dem Fall. Forster dementiert die Anschuldigung von Eltern, die Aufsichtspflicht verletzt zu haben. Vielmehr schaut sie in die Zukunft und spricht bereits vom Neuanfang im «Bungi».

Abstimmung 12. Februar - Wahlhürde (48)

Die Initiative «fares Wahlrecht für Züri» will die geltende Wahlhürde abschaffen, die kleine Parteien und Bewegungen aus dem Stadtzürcher Parlament ausschliesst. Heute werden bei der Sitzverteilung nur jene berücksichtigt, die in mindestens einem Wahlkreis einen Wähleranteil von 5 Prozent oder mehr erreicht haben.

Ordnungsdienst SIP (59)

Die SIP, die Dienstleistung für Sicherheit, Intervention und Prävention des Zürcher Sozialdepartements, soll eine Rechtsgrundlage erhalten. Die SIP vermittelt auf Meldung hin bei Nutzungskonflikten und schreitet bei Streit, Lärm oder Littering ein. Im Fokus der Arbeit stehen alle Personen, die sich im öffentlichen Raum aufhalten. Weiterhin wird die SIP kostendeckende Leistungsvereinbarungen mit anderen Gemeinden im Kanton eingehen.

Neues Schulhaus im Kreis 5 (49)

Für den Neubau der Schulanlage Pfingstweid im stark wachsenden Escher-WyssQuartier beantragen Stadt- und Gemeinderat 29,48 Millionen Franken. Das Schulhaus kommt auf den nordöstlichen Teil des Pfingstweidparkes zu stehen und bietet Platz für neun Primarklassen und eine Sporthalle. Alle Parteien im Gemeinderat empfehlen ein Ja.

Stadtratswahl (31)

Für den zurückgetretenen grünen Stadtrat Matthias Gfeller wird ein Nachfolger gewählt. Folgende Kandidaten bewerben sich: Jürg Altwegg (Grüne), Barbara Huizinga (EVP), Christa Meier (SP), Daniel Oswald (SVP) und Michael Zeugin.

Neues Backpacker-Hostel an der Langstrasse (526)

Dort, wo früher das Langstars-Hostel war, eröffnet bald wieder eine günstige Unterkunft. Geplant war etwas anderes.

Es brennt blaues Licht in der verwaisten Bar des ehemaligen Langstars-Hostels. In der Liegenschaft mitten im Rotlichtquartier im Kreis 4, unweit der Ecke Militär-/Langstrasse, tut sich etwas. Einkehren können die Tausenden Feiernden, die hier jedes Wochenende vorbeiströmen, aber nicht. Die Bar ist geschlossen, das Hostel ist zu. Seit Ende September, also seit fast vier Monaten, steht das Haus an der Langstrasse 120 leer. Die Hostel-Anschrift ist weg, die Rucksacktouristen, die hier unterkamen und in der Bar Bier tranken, sind verschwunden. Das Tapasrestaurant, das im Oktober auf das Langstars folgen sollte, zog nie ein. Laut Lukas Hofstetter, der das Langstars-Hostel mit Schlafplätzen für rund 45 Franken

fünf Jahre lang als Geschäftsführer leitete, unterschrieb die vorgesehene Nachmieterin zwar den Mietvertrag, Geld sei aber nie geflossen. Der Hausbesitzer, ein umtriebiger Finanzberater, mag die Angelegenheit nicht kommentieren. Lieber spricht er über das, was kommt: Er hat mittlerweile solvente Nachmieter gefunden. Sie planen in dem Haus wieder ein Backpacker-Hostel, kombiniert mit einem Hotel. Es handle sich um junge Leute mit Erfahrung in der Hotellerie und Gastronomie, sie stammten aus Zürich und dem Thurgau, so der Hausbesitzer zum «Tages-Anzeiger». In drei Monaten soll das neue HotelHostel an der Langstrasse eröffnet werden. Bevor es öffnet, lässt der Eigentümer das Haus komplett sanieren. «Es soll mehr sanitäre Anlagen geben», sagt er auf Anfrage. «Bis jetzt war das ein Provisorium.» Der Umbau soll mehrere Hunderttausend Franken kosten. Der Besitzer, der das Haus 2009 übernahm, wollte auf keinen Fall ein Bordell im Haus. Er habe es vom Milieu befreit, und das solle auch so bleiben. Über 1000 Liveauftritte Die Liegenschaft an der Langstrasse 120 hat eine bewegte Geschichte. Ende der 90er-Jahre war hier ein illegaler Spielclub. 2005 kam es in der damaligen Bikini Beach Bar zu einer Messerstecherei. Ein Beteiligter erlitt einen Stich in die Niere, der Wirt eine Bisswunde. 2011 richtete der junge Hotelier Lukas Hofstetter ein Hostel ein. Das Schweizer Fernsehen begleitete Hofstetter und seine Freunde dabei, bald war das Langstars schweizweit bekannt und mit Gästen aus aller Welt gefüllt. In der Bar sind in den fünf Jahren ihres Bestehens über 1000 Musiker und Bands live aufgetreten. Mythos vom grossen Umsatz Ende September 2016 zog Hofstetter weiter, ins Niederdorf. Dort betreibt er heute das Hotel Otter oberhalb der Wüste-Bar. Grund für den Wegzug von der Langstrasse in die Altstadt sei die Miete gewesen, sagt Hofstetter. 27 500 Franken monatlich habe er dem Vermieter für das ganze Haus bezahlt. Längerfristig sei ihm dieser Mietzins aber zu hoch gewesen. «Alle denken, an der Langstrasse habe es viele Leute und man verkaufe viel. Aber das stimmt so nicht», sagt Hofstetter. Kundschaft, die wirklich konsumiere, habe es vor allem am Freitag und Samstagabend zwischen 22 und 2 Uhr. «Acht Stunden mit viel Umsatz reichen aber nicht, um einen hohen Mietpreis zu decken.» Wie viel die neuen Mieter zahlen werden, will der Hausbesitzer nicht verraten. «Die Mietzinshöhe ist adäquat zur Lage und den Möglichkeiten ohne Milieunutzung», sagt er. Den ehemaligen Mieter Hofstetter lobt er: «Er hat seine Arbeit gut gemacht, die Langstrasse 120 ist jetzt eine bekannte Hostel-Adresse.»

Die erste sprechende Ampel (144)

Die erste sprechende Ampel der Schweiz ist seit Freitag in Winterthur in Betrieb. Wird die Taste gedrückt, sagt eine weibliche Stimme: «Danke, es wird gleich grün.» Die Initiative zum Pilotprojekt kam von der Stadtpolizei, wie die Stadt mitteilt. Im Winter vor zwei Jahren waren bei starken Minustemperaturen verschiedene mechanische Drücker bei Ampeln eingefroren, sodass nach einer Alternative gesucht wurde. Neben der sprachgesteuerten Rückmeldung hat das Gerät auch einen weiteren Vorteil für sehbehinderte Menschen: Auf der Seite sind Fahrbahninformationen in Blindenschrift angebracht. Die spürbaren Erhebungen zeigen an, ob es beispielsweise zwei oder drei Fahrspuren sind oder ob sich auf der Strasse eine Schutzinsel befindet. Je nach Lärmpegel passt das Gerät die Lautstärke der Umgebung an. Der neue Drücker wird nun an der Stadlerstrasse in Oberwinterthur getestet. Sollte er sich bewähren, werden künftig neue Anlagen aus- und defekte Handdrücker in Winterthur umgerüstet.

Explosion in Zürich verläuft glimpflich (138)

Vor einem Baucontainer im Zürcher Kreis 5 ist am Freitagmorgen eine Gasflasche explodiert. Verletzt wurde niemand. Allerdings gingen bei einer nahen Fabrik zahlreiche Fensterscheiben in die Brüche. Rund 120 Mitarbeitende konnten wegen der Kälte und der Glasscherben nicht mehr weiterarbeiten und wurden nach Hause geschickt. Nach ersten Erkenntnissen der Stadtpolizei wollte ein 52-jähriger Arbeiter kurz nach 8.30 Uhr vor einem Baucontainer mit einem Gasbrenner Steinplatten enteisen. Plötzlich bemerkte er eine Stichflamme zwischen der Gasflasche und dem Brenner. Er rannte weg und warnte seine Arbeitskollegen. Alle konnten sich laut der Mitteilung der Stadtpolizei in Sicherheit bringen, bevor die Gasflasche explodierte. Wegen der herumfliegenden Glasscherben und der rasch absinkenden Temperatur im Gebäude musste in der Betriebshalle die Produktion eingestellt werden. Ob es aufgrund eines technischen Defektes oder menschlichen Versagens zur Explosion kam, ist noch unklar.

Rentner schiessen illegal Kormorane ab (118)

Zürcher Kantonspolizisten sind am Donnerstag Hinweisen aus der Bevölkerung nachgegangen, wonach wiederholt Kormorane abgeschossen würden. Bei einem Polizeieinsatz am Rhein im Bezirk Andelfingen wurden die Beamten fündig. Sie sichteten zwei Rentner und kontrollierten diese. Dabei wurde ein

Kleinkalibergewehr sichergestellt. Bei den anschliessenden Hausdurchsuchungen an den beiden Wohnorten fanden die Polizisten weitere Waffen, wie die Kantonspolizei gestern mitteilte. Die beiden Männer sind geständig, widerrechtlich und ohne Jagdberechtigung Kormorane abgeschossen zu haben beziehungsweise dies versucht zu haben. Als Motiv gaben sie an, dass Kormorane übermässig viele Fische fressen. Die Fischbestände seien gefährdet. Die beiden Schweizer werden bei der zuständigen Staatsanwaltschaft Winterthur/Unterland wegen Vergehen gegen das Jagdgesetz, das Tierschutzgesetz sowie wegen Verstosses gegen das Waffengesetz angezeigt.

Kulturell zerrissen (50)

Es gibt Probleme, von denen die allermeisten gar nicht wissen, dass es sie gibt. Aber es gibt sie! Zum Beispiel am kommenden Montagabend: Opernhaus und Schauspielhaus halten ihre Generalversammlungen zur genau gleichen Zeit ab. Für jene Kulturfreunde, die Aktionäre beider Häuser sind, ist das eine ganz schwierige Situation.

Streit unter Afghanen ausgeartet: Ein Mann im Spital (60)

In einer Asylunterkunft in Uster haben sich am Freitagnachmittag mehrere Männer heftig gestritten. Ein 23-jähriger Afghane wurde dabei durch Stiche so schwer verletzt, dass er mit der Ambulanz ins Spital gebracht werden musste. Die Polizei verhaftete einen 24-jährigen Landsmann, wie sie mitteilte. Weshalb der Streit ausartete, konnte die Kapo noch nicht sagen.

Stadt Winterthur unterstützt Afro-Pfingsten-Neuaufgabe (89)

Das Festival Afro-Pfingsten erhält für seine diesjährige Neuaufgabe von der Stadt 20 000 Franken für den Konzertbetrieb. Dies hat der Stadtrat beschlossen, wie er mitteilt. Die jeweils über das Pfingstwochenende stattfindende, multikulturelle Markt- und Konzertveranstaltung war mehr als 20 Jahre lang fester Bestandteil des Winterthurer Veranstaltungskalenders. Nach mehreren Jahren mit roten Zahlen musste das Festival 2015 Insolvenz anmelden. Nun will der neue Trägerverein «Eine Welt» die Afro-Pfingsten in alter Form wieder aufleben lassen. Der aktuelle Zustupf bedeutet laut Stadtrat kein Präjudiz für die kommenden Jahre.

Jetzt sagt auch Schönenberg Ja zur Heirat mit Wädenswil (90)

Nach dem Wädenswiler Stadtrat und der Exekutive von Hütten empfiehlt nun auch der Gemeinderat von Schönenberg seinen Stimmberechtigten, der Fusion der drei Gemeinden zuzustimmen. Das ist nicht selbstverständlich. Lange torpedierte eine knappe Mehrheit im Gemeinderat die Bestrebungen. Dann verstarb ein fusionskritisches Mitglied, ein Befürworter wurde gewählt. Darauf kippte die Mehrheit zugunsten des Zusammenschlusses. Abgestimmt wird am 21. Mai. Vollzogen werden soll die Eingemeindung der zwei Berggemeinden in die Stadt am linken Seeufer 2018. Bereits zusammengefunden haben die Nachbargemeinden Horgen und Hirzel.

120 neue Mietwohnungen auf Weinkellerei-Areal (45)

Die Helvetia-Versicherung plant auf dem ehemaligen Gelände der Volg-Weinkellereien im Stadtkreis Veltheim eine neue Überbauung mit dem Namen Weinlese. Entstehen sollen auf dem 8000 Quadratmeter grossen Gelände 120 Mietwohnungen zu «fairen Preisen». Bezugsbereit sollen die Wohnungen im Jahr 2020 sein.

Klinik Hirslanden engagiert sich in der Ärzteausbildung (94)

Die Abteilung Innere Medizin und Nephrologie der Klinik Hirslanden ist von der Schweizer Ärzteverbindung als Weiterbildungsstätte mit dem höchsten Status (A) anerkannt worden. Das heisst, dass Facharzt-Anwärter dort während 36 Monaten weitergebildet werden dürfen. Ebenfalls ein A hat die Intensivmedizin, und mehrere andere Abteilungen haben den Status B, was zwei Jahre Weiterbildung ermöglicht. Hirslanden ist bemüht, sich vermehrt in der ärztlichen Aus- und Weiterbildung zu engagieren. Seit September erteilen Fachärzte der Klinik praktischen Unterricht an Studierende; weitere Lehrangebote würden zusammen mit der Universität erarbeitet, schreibt die Klinik.